

Biblioteka
U. M. K.
Toruń

010335/1847
II

Das

050.

Westphälische Dampfboot.

—•••••—
Eine Monatschrift.

Redigirt

von

Dr. Otto Lüning.

Dritter Jahrgang.



=====
November.
=====



Preis für den Jahrgang 2 Thlr. 15 Sgr., für das Semester
1 Thlr. 7½ Sgr.

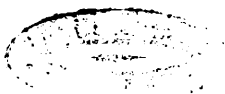
—•••••—
Paderborn.

Druck und Verlag von W. Crüwell.

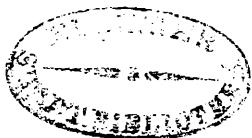
1847.

010335





4. 2



Der Sozialismus in der Tagespresse.

Fast ohne Beispiel in der Geschichte ist es, daß Ideen, wie die des Sozialismus, welche im Anfang so bescheiden, so ohne Sang und Klang austraten, binnen der kürzesten Frist lediglih durch die Macht der Wahrheit einen so allgemeinen, so gewaltigen Einfluß sich errungen hätten. Vor ein paar Jahren noch war das, was jetzt von allen Dächern gepresdigt wird, eine Art von Kuriosum; wer dasselbe verteidigte, der wurde entweder als ein Liebhaber von Paradoxen, oder als ein böswilliger „Destruktiver,“ oder, wenn es gut ging, als Einer betrachtet, mit dem es nicht ganz richtig sei; die Zahl derselben war daher natürlich sehr beschränkt. Wenn sich die politischen Blätter einmal mit solchen Motiven befaßten, so geschah es immer mit einem gewissen Achselzucken, mit einem besorgten Umblick, ob man auch die ostensibeln Handschuhe gehörig bemerkte, mit denen man das gefährliche Ding anzufassen nie unterlasse. Diese Ansicht ist jetzt ziemlich antiquirt; die Hauptorgane der Presse sahen sich in dem vergangenen Hungerjahre zu oft genöthigt, auf die Fragen zurückzukommen, welche der Sozialismus als die wichtigsten des Jahrhunderts bezeichnet; als „daß ein vornehmes Ignoriren oder Bepötteln jetzt noch möglich wäre; die Anhänger des Sozialismus haben trotz aller polizeilichen Gegenmaßregeln ihren Ideen in der Gesellschaft eine so breite Basis zu verschaffen gewußt, — natürlich Alles in der Theorie, nicht in praxi, — daß derselbe in dem besten Barometer der öffentlichen Meinung, in der Tagespresse, als Macht auftritt, die nicht bloß tolerirt sein will, sondern die auf das volle, ungetheilte Interesse der Gesellschaft den gegründetsten Anspruch macht. Früher konnte man ganze Jahrgänge in den Zeitungen durchblättern, ohne ein sozialistisches Korn in dem Haufen von Spreu zu finden; jetzt sehen wir ohne Befremden, wie selbst Blätter, die ihrem eigenen Programme nach nur politische Tendenzen verfolgen, durch den herrschenden Zug gezwungen sind, fast täglich ihre Blicke über den beschränkten politischen Horizont zu erheben, und die soziale Frage

von diesem oder jenem Standpunkt aus mit mehr oder minder Geschick zu besprechen.

Da liegt (es ist Ende Sept.) ein Haufen Zeitungen vor mir auf dem Tisch; wir wollen sehen, inwieweit dieselben meine obige Behauptung rechtfertigen. Zuerst kommt wie billig die „Augsb. Allg. Ztg.“ die sich von ihren Korrespondenten so gern die „erste Zeitung der Welt“ nennen läßt; ich habe die Nummer vom 20. Sept. in Händen; richtig in der Beilage eine Beurtheilung von Th. Hilgard's des Aeltern „12 Paragraphen über Pauperismus und die Mittel ihm zu steuern; Heidelberg 1847.“ Der Berichterstatter beginnt, wie sich von selbst versteht, mit dem verflossenen Nothjahre, ihm ist nicht „die dunkle Gährung entgangen, die mit ihren unheimlichen Schauern die untern Schichten der Gesellschaft durchdrang,“ Menschen sind ihm aufgestoßen, „welche mit satanischer Lust sich und Andere dem verwegenen Sturz in's Bodenlose zudrängten,“ der Himmel allein habe durch die gesegnete Ernte die Gefahr von den Völkern und Staaten abgewendet (in der That ein charmantes Zeugniß für unfre bisherigen staatlichen Einrichtungen!); — sodann kommt er auf die vorliegende Schrift zu sprechen, welche den Pauperismus, die rasch zunehmende Verarmung ganzer Bevölkerungsmassen, das größte Uebel unserer Zeit nenne. Diese Thatsache sei evident, und ein näherer Nachweis überflüssig; die Quelle derselben sei hauptsächlich in der Uebersüßigkeit und in dem unerhörten Mißverhältniß im Besiz zu suchen. Die Mittel dagegen sieht Hr. Th. Hilgard in der durch den Staat geleiteten Auswanderung und in einer theilweisen Abänderung der Intestaterbfolge. Was die Auswanderung anbelangt, so ist gewiß in den wenigsten Fällen wahre Uebersüßigkeit vorhanden; tritt diese wirklich ein, so sind wir allerdings damit einverstanden, daß der Staat „zu diesem Zweck eine hinreichende Position in die Etats aufnehme.“ Der zweite, wichtigere Vorschlag besteht in Gründung eines Erbfonds für Unbemittelte, welchem die Erbschaften in den entfernten Graden der Seitenverwandtschaft ganz, und von den Erbschaften in den nähern Graden gewisse Prozente in steigender Progression nach Verhältniß des Reichthums und des entfernteren Grades zuzuweisen sind. Aus diesem Erbfonds soll eine Anstalt für diejenigen errichtet werden, deren Vermögenskräfte unter Voraussetzung einer gehörigen, aber nicht übermäßigen Arbeit unzureichend sind, sie und die Ihrigen vor Nahrungsforgen zu schützen, und ihnen eine der menschlichen Würde entsprechende Lage zu gewähren. Der Referent der „A. A. Z.“ macht darauf aufmerksam, daß auch Paul Pfizer in seinen 1842 erschienenen „Gedanken über Recht, Staat und Kirche“ eine weitere Ausdehnung des Erbrechts als die Haupt-

quelle aller Uebel bezeichnet habe, welche aus der übermäßigen Anhäufung großer Besizthümer in wenigen Händen, und aus dem allzuschroffen Gegensatz von Reichthum und Armuth entspringen; der wachsenden Bedrängniß sei deshalb etwa dadurch abzuhefeln, daß bloßen Seitenverwandten kein gesetzliches Erbrecht zugestanden, und das Recht, über ihren Nachlaß zu verfügen, bei Ehelosen und bei Kinderlosen wenigstens beschränkt werde. — Was sagen wir zu diesen Vorschlägen? Wir erkennen sie als wohlmeinend an, wir glauben, daß durch Annahme derselben in vielen Fällen eine Quelle der Bedrängniß und Noth verstopft würde, wir können sie aber nur als eine Abschlagszahlung betrachten, die nothwendig ihre weitern Konsequenzen nach sich ziehen muß. —

Legen wir die Augsburgerin bei Seite, und ergreifen wir ein neues Blatt: es ist der „National“ vom gleichen Datum. Hier finden wir gleich auf der ersten Seite folgende Expektoration: „der Kommunismus, als System formulirt, erscheint uns unsinnig; als Gefühlsausdruck dagegen hat er einen tiefern Sinn, er bezeichnet von diesem Gesichtspunkt aus zwei Thatsachen, die wir als unbestreitbar erachten. Die erste derselben besteht darin, daß unerhörte Leiden den größten Theil des Volkes bedrücken; die zweite ist in der Erkenntniß begründet, daß eine Gesellschaft, welche die Mehrheit der Individuen, aus denen sie besteht, dem Elende Preis gibt, eine verkehrte ist, und ihren Zweck, die Wohlfahrt des Ganzen, nicht erreichen kann. Führen wir den Kommunismus auf seinen wahren Ausdruck zurück, so bedeutet er, daß die privilegierten Klassen eines zu großen Antheils der sozialen Güter genießen, daß andere Klassen unter dieser Ungerechtigkeit leiden, daß hier ein entseßliches Uebel vorhanden ist, dessen Dauer den Haß erzeugt und die moralische Ordnung unmöglich macht, ohne welche die materielle Ordnung keine andere Garantien hat, als die Gewalt. Dieses Uebel muß also zerstört werden; jede bedeutende staatliche Veränderung muß also Verbesserung des Looses der Mehrzahl bezwecken; die Formen der Regierung sollen daher nicht eine verblendete, egoistische Oligarchie begünstigen, welche die Gesellschaft in ihrem persönlichen Interesse ausbeutet. Anstatt daß eine einzige Klasse die Früchte der sozialen Arbeit genießt, sollen alle Bürger derselben theilhaftig werden, wir verlangen Anerkennung aller Rechte und der gegenseitigen Interessen. Wir wollen keine Kastentyrannie, weder für die Armen noch für die Reichen; wenn Jeder seine Stimme hören lassen kann, findet für Niemanden Unterdrückung mehr statt. — Das waren die Verheißungen unserer großen Revolution; das müssen wir trachten zu verwirklichen. Zwar wird das Ideal dieses Zustandes nie erreicht werden, so lange noch Vorurtheile und Leidenschaften sich der Realisirung desselben widersetzen; allein die Ehre der

menschlichen Vernunft gebietet es, dieses Ziel anzustreben, und der Ruhm der Starken besteht darin, sich demselben zu nähern. Ja, die allgemeine Verbesserung unserer sozialen Zustände, die Wiederherstellung der Gerechtigkeit, die Ausgleichung der verschiedenen Klassen, die Einsetzung der Arbeit in die ihr gebührenden Rechte, das ist der Zweck der Erneuerung, welche die gegenwärtige Zeit ankündigt und verheißt. Dieser Gedanke allein hält uns aufrecht; und wenn die Politik denselben von sich wies, so würde sie uns unwürdig scheinen, auch nur einen Tag die Herzen gradsinziger und strebender Geister zu erfüllen.“ Das ist heute die Sprache des „National,“ der vor noch nicht langer Zeit kein schöneres Ideal kannte, als die Verfassung der Verein. Staaten, und dem man, bei all' seiner Ritterlichkeit, den militair=republikanischen Pöps auf hundert Meilen weit ansah. —

Ein neues Blatt: die „Alln. Ztg.“ vom 26. Sept.; ihr leitender Artikel bespricht ausführlich den Oekonomisten=Kongreß zu Brüssel, und enthält einige Ideen, die, namentlich in einem politischen Blatte, alle Anerkennung verdienen. Sie beginnt damit, daß es nicht genüge, den Menschen ohne Weiteres durch die Gesetze für frei zu erklären, es komme vielmehr darauf an, ihn zur Freiheit zu erziehen, ihm die Mittel und Bedingungen dazu wirklich zu gewähren; dann kommen Bemerkungen gegen das Pönitentiar=System mit seinem schlechten Zerknirschungsprinzip; mit der Strafe sei dem Verbrecher nie gründlich beizukommen: „wollt ihr das Verbrechen gründlich angreifen, greift seine in den ökonomischen und überhaupt in den sozialen Mißverhältnissen liegenden Quellen an!“ Der Begeisterung für die Danaiden=Arbeit einer isolirten Gefängnisreform seien ihre Tage schon gezählt; aber die ökonomische Reform ziehe um so mehr die besten Kräfte des Geistes und Gemüthes an, je mehr sie ihre eigene Tiefe und Weite offenbare; sie sei das eigentliche, und am meisten noch wahrhaft mächtige und lebendige öffentliche Interesse der Gegenwart! — Den in jenem Kongresse versammelten Freihandelsmännern wird das nicht ganz verdiente Lob gespendet, sie hätten die historische und soziale Bedeutung der Streitfrage wohl zu fassen gewußt; wir müssen gestehen, daß wir bei den Freetraders nichts als die gewöhnlichen Redensarten gefunden haben; die Schußzöllner waren durch Hr. Rittinghausen ziemlich schwach, etwas besser durch Hr. Duchâteaux vertreten; doch waren ihnen die Gegner Hr. de Brouckere, Wolowski, Prince Smith u. s. w. sehr überlegen, so daß dieselben schon voll Siegesgewißheit in die Posaune stießen; da plötzlich erscheint am dritten Tage ein einzelner Redner, der durch seine dem gesunden Menschenverstand entlehnten Argumente die künstlichen Kartenhäuser der allzusebstgewissen Freihändler wie der Schußzöllner

zusammenstürzt, und die Frage auf ihren wahren Standpunkt zurückführt. Auch die „Köln. Ztg.“ nennt Hrn. Weerth einen den Freihandelsstandpunkt bereits überflügelnden Kämpfer, welcher der Handelsfreiheit des bloßen Gehenskräftig entgegengetreten sei; sie führt unter anderem von ihm an: „der Freihandel wird das Prinzip der freien Konkurrenz vollständig entfalten, diese wird erniedrigte Waarenpreise, größern Verbrauch, vermehrte Produktion, Beschäftigung einer größern Anzahl von Arbeitern, und somit eine Zeitlang den Doppelvortheil hoher Löhne und billigerer Waarenpreise herbeiführen. Aber wie lange wird diese Herrlichkeit dauern? Es werden neue Maschinen erfunden werden, welche natürlich Arbeiter unnützlich machen; diese, die leben müssen, werden ihre Arbeit zu geringern Preisen anbieten; der Fabrikant muß von dieser Konkurrenz der Arbeiter Nutzen ziehen, wenn er nicht selbst der Konkurrenz erliegen will, und so wird sehr bald wieder der Tagelohn auf den jetzigen Satz herabgedrückt sein d. h. auf die zum Leben unerläßliche Kleinigkeit. Der Arbeiter wird nach wie vor das Opfer der Konkurrenz der Kapitalien sein; denn wir werden nach wie vor Ueberproduktion, Ueberfüllung der Märkte und Handelskrisen haben; die letztern sind eben auch nur eine Folge der durch nichts geregelten freien Konkurrenz der Kapitalien, die sich nur vom Profit, ohne alle Voraussicht des Bedarfes, leiten lassen, wenn sie sich einem Industriezweige zuwenden. Der Freihandel wird das Loos des Arbeiters also nur für einen Augenblick verbessern, bald wird er ihn in sein altes Elend zurücksinken lassen. Im Namen dieser Millionen nun fordere ich Sie auf, auch noch an andere Mittel als den Freihandel zu denken, wenn Sie die Lage der arbeitenden Klassen wirklich verbessern wollen. Denken Sie daran in Ihrem eigenen Interesse, meine Herren; denn nicht die feindlichen Einfälle der Kosaken haben Sie zu fürchten; aber den Krieg Ihrer Arbeiter gegen Sie, den Krieg der Armen gegen die Reichen, den Krieg der weißen Sklaven gegen ihre Unterdrücker.“ Das ist im Wesentlichen der Inhalt der Rede des Hrn. Weerth, wie ihn die „K. Z.“ angiebt; man denke sich die erstaunten Mienen der siegesfrohen Freihändler, der selbstzufriedenen Bourgeois, die hier in ihrem innersten Heiligthume von einem Vertreter der arbeitenden Klassen mit einem Nachdruck, einem Talent angegriffen wurden, welches den tiefsten Eindruck zu machen nicht verfehlen konnte.

Die „Berl. Zeitungs-Halle“ nennt in No. 223. obige Rede geradezu den Wendepunkt und Anhaltspunkt der ganzen Diskussion; ich entnehme diesem Blatte nach folgende Stellen derselben: „es ist

in diesen beiden Tagen von beiden Seiten sehr viel Theilnahme für das Wohl der arbeitenden Klassen an den Tag gelegt worden, und wahrlich die Arbeiter haben Anspruch auf etwas mehr Großmuth, als ihnen bisher erwiesen wurde; wohin Sie Ihre Blicke wenden, überall finden Sie daselbe Elend des Proletariats, das vergeblich nach seinem Platz und seinem Recht in der Gesellschaft späht. (Großes Aufsehn.) Ich weiß nicht, ob das System des Schutzzolls an dieser fürchterlichen Lage schuld ist; — aber das weiß ich, daß dieses System kein Heilmittel dagegen besitzt; die Lage des Arbeiters ist so tief gesunken, daß ein Schlimmerwerden nicht möglich ist, darum heißen wir jede Aenderung willkommen. Ich bin entschieden für den Freihandel, aber ich theile nicht die Illusionen der Freihandelsmänner, welche eine bleibende Verbesserung des Looses der Arbeiter von denselben erwarten. — Die Ansichten, welche ich ausspreche, sind die der Einsichtsvollsten und Aufgeklärtesten unter den englischen Arbeitern. Sie haben nie den Verheißungen der Antikornlawligue getraut, sie haben vielmehr ihr Heil in ihren eignen Bemühungen gesucht, indem sie sich nur um so enger um das Banner der Volkspartei und ihrer Führer scharten, des unermüdlchen Freiheitskämpfers Duncombe, und des trotz aller Verläumdungen der Bourgeoisie nun doch zu Ihrem Kollegen, meine Herren Englischen Parlamentsmitglieder, erwählten irischen Agitators Feargus O'Connor (Beifall) Die Arbeiter trauen ihren Worten nicht mehr, sie verlangen Thaten; sie, welche in London die Reformagitation unterstützten, welche sich in Paris und Brüssel für Sie geschlagen, wurden damals von Ihnen geliebkostet und fettert; als sie später Brod und Arbeit verlangten, erhielten sie in Paris, in Lyon, in Manchester statt des Brodes Flintentugeln. Und Sie, meine Herren aus Deutschland, denken Sie an das Riesengebirge und seine Weber; die Weber haben nichts vergessen und viel gelernt!“ — Auch nach der „Berl. Stgshalle“ war der tiefe Eindruck, den diese Rede hervorbrachte, unverkennbar. Ich habe das Wichtigste aus beiden Mittheilungen entnommen; denn wenn es irgendetwie klar wurde, daß der Sozialismus eine Macht ist, so hat sich das in Brüssel gezeigt, wo derselbe mitten im Lager der Schutzzöllner und Freihändler sein Banner siegesfroh im Hinblick auf die Zukunft entfalten konnte.

Bei Durchführung des Beweises, der Sozialismus habe sich in der Presse eine einflussreiche Stellung erobert, sind wir bisher, im Durchblättern von deutschen und französischen Journalen, auf keine Schwierigkeiten gestoßen; wollen wir nicht auch ein schweizerisches Blatt zur Hand nehmen? Da ist die „N. Zürch. Zeitung“ vom 28. September, das Organ des legalen Radikalismus; sollte auch sie, die ihre unschuldigen, weisen

Schwingen so intakt zu halten weiß, vom Pesthauch des Zeitgeistes ange- weht sein? Richtig! den Kommunismus habe ich schwarz auf weiß vor mir, aber zu welchem Behufe, in welchem Zusammenhange! Der Verf. des leitenden Artikels benützt ihn nur als Popanz für die bedenklichen Jesuitenfeinde; er sagt: „ihr scheut euch, die Jesuiten auszutreiben, weil in der Bundesakte nichts davon steht; bedenkt aber einmal, wenn ein Kanton oder ein Halbkanton den Kommunismus bei sich „einführte“ (der Kommunismus wird hier immer „eingeführt,“ wie ein Ballen Baumwolle oder wie eine regierungsrätliche Verordnung über die Tanzsonntage), und ihr diese neue Einrichtung für die innere Ruhe und Ordnung der übrigen Schweiz gefährlich sündet, würdet ihr euch da besinnen, nöthigenfalls mit Waffengewalt einzuschreiten, wenn schon die Bundesakte nichts von Kom- munisten sagt?“ . . . In der That, eine köstliche Rolle, die hier der Kom- munismus spielen muß: für diejenigen, denen das Gemeingefährliche des Jesuitismus noch nicht handgreiflich genug ist, muß der Kommunismus die bête noire abgeben, um so von vornherein alle noch etwa möglichen An- griffe siegreich abzuschlagen! — Doch wir wollen billig sein; die Schweiz steckt eben mitten in ihren politischen Wirren, die alle ihre Kräfte in Anspruch nehmen; sie trägt aber indirekt mächtig zur Lösung der sozialen Frage bei — durch immer weitere Durchführung der Demokratie. —

Doch halt! Die Schweizer haben sich kürzlich auch wieder direkt nicht nur mit dem Sozialismus, sondern sogar mit dem Kommunismus be- schäftigt. Ich meine nicht etwa die Waadtländer, wo sogar die ersten Staatsmänner es nicht für unpassend halten, nach der Lösung der sozialen Probleme zu forschen und zu streben. Nein, die schweizerische Geistlichkeit hat den Kommunismus vor ihr Forum gezogen. Der Pfarrer Romang hat auf der eidgenössischen Predigerversammlung zu Bern ein zwei Stun- den langes Referat über den Kommunismus seinem Auftrage gemäß vor- getragen. Natürlich hat er ihn verdammt; das melden alle Blätter; aber keinem einzigen fällt es ein, die Gründe dieser Verdamnung anzugeben. Mag sich vielleicht auch nicht der Mühe lohnen. Nur ein Züricher Blatt führt eine Aeußerung des Pfarrers an, aus welcher hervorgeht, daß die geist- lichen Herren den Kommunismus nicht für eine materielle Frage, nicht für einen Versuch, die Dekonomie der Gesellschaft auf andere Weise zu regeln, halten, sondern vielmehr für eine Aeußerung und einen Ausfluß des theo- logischen Bewußtseins. Pfarrer Romang behauptete nämlich, der Kommu- nismus stamme von der Tübinger theologischen Schule her. Paulus, Strauß, Baur paradiren sämmtlich in dieser Beweisführung, an der die Malice der frommen Herren gegen den von Tübingen nach Bern berufen- en Professor Zeller auch einen erheblichen Antheil haben mag. Hr. Zel-

ler vertheidigte sich etwas schwach gegen den der Tübinger Schule gemachten „Vorwurf,“ als stamme der Kommunismus von ihr her; es habe, sagte er, viele Pantheisten gegeben, wie Spinoza und Hegel, die keine Kommunisten gewesen, wie es umgekehrt auch viele Kommunisten gebe, welche Deisten seien. Und wieder zog Hr. Prof. Ebrard gegen ihn zu Felde; nicht abgeschreckt durch den Esel, welcher Tags zuvor seine Argumentationen mit seiner sonoren Stimme begleitet hatte; die Orthodoxen behaupteten, der Esel habe aus Opposition geschrien, während die Denkgläubigen die Zustimmung eines verwandten Gemüthes wahrzunehmen glaubten. Hr. Ebrard behauptete also: „wenn der moderne Pantheismus Volksreligion werde, so bewirke er den Ausbruch der im Zeitgeiste liegenden kommunistischen Gelüste; die kommunistischen Erscheinungen im Christenthum seien aus einem verderbten Christenthum — demnach war also das Urchristenthum ein verderbtes —, aus dem System einer absoluten Jenseitigkeit hervorgegangen; das System einer absoluten Diesseitigkeit führe ebenfalls zum Kommunismus und zwar zu einem grob materialistischen, nicht zu einem spiritualen; — (was das für einer sein mag? Jedenfalls scheint es nach dieser Deduktion schwer, anders, als durch ein juste milieu in jeder Hinsicht, an dem Kommunismus vorbeizukommen) — lasse der Mensch sich ab von einem lebendig persönlichen Gott, so gerathe er in Abhängigkeit von den dunkeln Mächten der Objektivität, vom Materiellen, vom Besitz und von der Gier nach Besitz.“ Abgesehen davon, daß die geistlichen Herren sonst das Materielle, den Besitz sehr respektiren und häufig ihre Achtung vor diesen dunkeln Mächten bis zur Gier nach Besitz steigern (s. die Korresp. aus Zürich), so haben Sie hier die alte abgeleierte Melodie wieder: die Kommunisten wollen sich nur an die Stelle der Besitzenden setzen, um es nachher ebenso zu treiben, wie diese und Alles beim Alten zu lassen. Je größer die Dummheit ist, desto erheiternder wirkt sie. Darum führe ich noch an, was ein Inspektor Hoffmann 2 Tage darauf ganz ernsthaft am Missionsfeste erzählte. Ein englischer Schiffskapitain habe es mit eigenen Augen gesehen, wie an der Ostküste Asiens Eltern ihre Kinder lebendig begraben, sich dann auf das Grab gesetzt und ruhig eine Pfeife angezündet hätten, als ob Nichts passirt sei. Hr. Zeller, der Pantheist, bekommt dabei gratis den Stich: das geschehe in dem civilisirten, zum reinen Pantheismus des Konfuzius durchgedrungenen China. —

So hätten wir denn unsre Rundschau beendigt: überall stoßen wir auf die weltbewegende Frage der Gegenwart, fast überall finden wir die Wichtigkeit, die Bedeutung derselben anerkannt; wo das nicht der Fall ist,

da sei es uns erlaubt, nicht sowohl auf bösen Willen zu schließen, als vielmehr den schönen Ausspruch anwendbar zu finden: „Herr, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht was sie thun!“ —

Die christliche Mildthätigkeit in den Händen des französischen Clerus. *)

„Es ist die Zeit der schweren Noth!“ — Die Erndte ist in 'ganz Frankreich misrathen, und auch andere Länder sind in solchen Nöthen, daß ihre Zufuhr den Mangel nur unmerklich vermindert. Das Brod hat bereits den enormen Preis von 55 Centimes per Kilogrammes, und die Fruchtpreise zeigen eine fortwährende Neigung zum Steigen; die Erde weigert sich das privilegierte Nahrungsmittel der Armen, die Kartoffeln, in genießbarer Form zu erzeugen und der Winter hat sich mit einer seltenen Strenge eingestellt.

Was kümmert das alles den Bourgeois? Das Brod ist für ihn das unbedeutendste Nahrungsmittel . . . es ist eine Art obligater Begleitung einer Menge der verschiedensten Speisen . . . doch sei dem, wie ihm wolle, für Geld ist das Brod immer noch zu haben, und Geld hat der Bourgeois. Gelüstet es ihm nach Kartoffeln, so stehen sie auf seiner Tafel — heute wie vor 3 Jahren, wo sie das Land noch in Ueberfluß erzeugte.

Für den Bourgeois ist das Arbeiten eine erquickende Abwechslung; er friert gerne einmal . . . und hat er seine Glieder lange genug in kalter Luft gebadet, dann hüllt er sich in warme Pelze, oder zieht sich in seine freundliche, geheizte Wohnung zurück.

Der Reiche hört nur von der Noth, — er fühlt sie nicht! Daß er sie nicht sehe, dafür hat der Staat Sorge getragen. La police dans la rue! — Ruhe und Friede, Geschäftigkeit und wohlhábiges Aussehen auf der Straße . . . Das ist die Moral des französischen Bourgeoisstaates . . . das Elend verwiesen in Kellerlöcher und Dachstuben, aufgefangen in den großen Reservoirs der Depots de Mendicité, der Armenhäuser, Spitäler, Kasernen und Gefängnisse . . . die Arbeitslast zusammengedrängt in abgelegene Ateliers, der Druck des blinden Gehorsams in das düstere Heiligthum der Familie . . .

*) Dieser Aufsatz ist bereits zu Anfang dieses Jahres geschrieben; seine Angaben beziehen sich also auf den vorigen Winter. Mangel an Raum hat uns verhindert, denselben unsern Lesern früher mitzutheilen. Die Red.

Aber Betteln und Vagabundiren, arm sein und Speise begehren, obdachlos herumirren ist verboten . . . arm sein ist ein Verbrechen, wenn sich die Armuth mit stehendem Blicke auf der StraÙe zeigt.

Der Reiche sieht den Armen nicht . . . er weiß nur, daß es Arme gibt, gerade so wie er weiß, welche Verheerungen in Quito ein Erdbeben anrichtete, und wie der Hunger und das Bewußtsein der Unterdrückung die armen Irländer aufreißt.

Armuth und Thränen im Verborgenen — aber Friede und Geschäftigkeit auf der StraÙe. Es muß auch kleine, ganz kleine Gewerbe geben; Schwefelholzkrämer, Wasserträger, Früchteverkäufer, die mit ihren kleinen Wagen oft Tage lang durch die StraÙen ziehen, ohne einen einzigen Krautkopf zu verkaufen . . . sie sind trübselig, hinkend, entnervt, matt vor Hunger, lechzend vor Hitze, steif und erstarrt vor Kälte! Sie sind keine Bettler, — sondern Kollegen des Grand Colbert, der Herrn Giraud, der großen Kaufherren in der Rue Montmatre und Lombard, sie sind in der Handelshierarchie, was ein Liard gegen eine Tausend-Pfund-Note ist, — und doch muß es auch Liards geben. Und die Blinden und Lahmen, die in einem Mauereinschnitte ruhig da sitzen, ohne den Kopf zu erheben, ohne je ein Almosen zu begehren — sie sind auch keine Bettler; sie sind Partikuliers, die Jahr aus Jahr ein an derselben Stelle frische Luft schöpfen, . . . sie sind das andere Ende der Kette, die etwa bei Nothschild beginnt, und bei der blinden Violinspielerin am Jardin des plantes aufhört. Wer kann ihnen wehren auf der StraÙe zu sitzen, wenn sie die Passage nicht versperren?

Der Bourgeois will die lebendigen Mahnzettel an den geschuldeten biblischen Zehnten nicht sehen, nicht mit dem Herzen begreifen . . . er glaubt sie zu kennen, und das ist ihm genug . . . er spendet daher seine Wohlthaten nach einem eingebildeten falschen Maasstabe, nicht nach seinen Kräften, nicht nach der Größe und Intensität der Noth — er spendet sie um mit sich selber abzurechnen, um sich selber zu beruhigen. . . , er schenkt, um nicht leihen zu müssen, um jeder Verbindlichkeit zu entgehen. —

Der Abstand des Reichen vom Armen ist in Frankreich eine Kluft, fast so tief wie in England — so tief wie die Hölle. In Frankreich ist die Armuth ein Maler, eine Schande, ein Verbrechen. In Frankreich kümmert sich der Staat so wenig um den Primärunterricht, daß die armen Volksklassen an Unwissenheit gezähmten Thieren näher stehen als Menschen; in Frankreich ist noch kaum eine Spur von Polizei der Industrie in Bezug auf Leben, Gesundheit, Arbeitszeit und Lohn der Arbeiter . . . das Konkurrenzverhältniß allein regelt die Stellung des Herrn

zu den Arbeitern,*) und daß die Bilanz nie zu Gunsten der Letzteren ausfällt, wer sollte daran zweifeln? Das einzige Gesetz über Koalitionen ist ein grausames Bollwerk der Fabrikherren gegen die Arbeiter, eine Gewaltmaßregel gegen den Hochverrath am Gelde, eine wahre lex Julia gegen die Verletzung der Majestät des herrschenden Bourgeois. —

Dazu kommt, daß die Privat-Bourgeois-Moral dem Prinzipie der Polizei auf der offenen Straße vollkommen entspricht: ein äußerlich anständiges Leben, das alle Excentricitäten meidet und sich in langweiliger Mittelmäßigkeit dahinschleppt, und alle prägnanten Freuden und Leiden, so wie deren ungeschminkten Ausdruck entfernt; kalter stercotyper Anstand; dieselbe Artigkeit und Condescendenz für Jeden; zweifelhafte Versprechungen für den „verschämten Armen,“ dem er einmal nicht ausweichen kann . . . Versprechungen unter vier Augen, die zu nichts verpflichten; strikte Erfüllung aller seiner bürgerlichen Verbindlichkeiten gegen seine Mitbourgeois und gegen den Staat; genaue, rentable, aber dabei doch engherzige Würdigung seines speziellen Geschäftes (Specialité) und eine heuchlerische, oberflächliche, für die gesellige Unterhaltung berechnete Kenntniß von Allem Anderen, . . . und über all diesem eine wahrhafte Verehrung der von ihm gegründeten gesellschaftlichen Ordnung. —

Das Alles steht natürlich der Haltung des Bettlers wie des Proletariers schnurgerade entgegen. Der Bettler d. h. der unthätige Arme, der von Geburt aus, durch Krankheit und Hülflosigkeit verwahrloste Mensch, mit einem Worte, der nichtsnütze, lumpige Bettler und Spitäler, dessen einziger Erwerbzweig passives Almosenempfangen ist, steht ganz außerhalb der bürgerlichen Hierarchie: er ist eine nutzlose Last, eine illegitime Dual für die arbeitsame, erwerbblustige, französische Bürgervelt . . wie würde sie für eine Stunde leicht aufathmen, wenn mit einem Schlage all dies Lumpenvolk von der Erde weggewischt wäre! der lumpige Bettler ist des Reichthums Antipode, das Ungezieser in seinem Bienenkorbe, er ist ein schweres, indifferentes Gewicht an seinem stüchtigen Fuß . . . der lumpige Bettler drückt nur auf den „guten Bürger,“ — dieser hat Recht, wenn er ihn gerne los wäre!

Der lumpige Bettler steht nicht auf gleicher Basis mit dem Bürger, — er steht außerhalb des Systems, und auf seinen Hunger und Durst, über=

*) Ich mache Sie bei dieser Gelegenheit auf ein Faktum aufmerksam, das meines Wissens einzig in seiner Art ist. In Martinique haben die freien Zucker-Plantagen-Arbeiter ganz ohne Gewalt ihre Herren zur Verdoppelung ihres Lohnes gezwungen. Die Kolonisten wandten sich deshalb an das englische Ministerium — und hoffen gewaltsame Reduktion der Arbeitspreise, „sonst sind wir in weniger als 10 Jahren alle verloren.“

haupt auf seine ganze animalische und menschliche Bedürftigkeit ist bei der Formation des Bourgeoisstaates keine Rücksicht genommen worden: er steht daher in der französischen Gesellschaft noch unter dem spartanischen Heloten, unter dem Regersklaven, unter dem Fabrikarbeiter . . . er hat keinen Werth, keine Bedeutung, — als die der Toleranz.

So wie ich ihn beschrieb, ist dieser ganze Zustand offenkundig und anerkannt: — Ausnahmsmaafregeln, wie Armenhäuser, Bordelle und Gefängnisse, in neuester Zeit vermehrt durch s. g. Crèches sollen ihn erträglich machen; öffentliche und Privatwohlthätigkeit sollen die Ehre des Ebenbildes Gottes auch in dieser untersten Schicht des Menschengeschlechtes retten, und die Maxime von der Gleichheit vor dem Gesetze, dieser schreiendsten aller legislativen Heucheleien, soll einen Zustand beschönigen, der im Grunde nur ihr verkörperter Ausdruck ist.

Ich komme zu dem Verhältnisse der Proletarier gegen die Reichen! Die Proletarier bilden die unterste Rangstufe innerhalb der bürgerlichen Hierarchie; sie stehen im System, und der Bourgeois betrachtet sie als Aspiranten seiner Schätze, als das revolutionaire Element im Staate, als seine Feinde. Der Bettler ist der obligate Protegé — quand même — des Bürgers, der Proletarier ist sein Rival. Zwischen beiden ist die Kluft eben so wenig ausfüllbar; sie verschwindet erst, wenn Bourgeois und Proletarier, die beiden Felsen, welche sie bilden, zumal in den Abgrund stürzen und ihn ausfüllen. Feindschaft predigen zwischen Bürger und Proletarier ist daher nicht das letzte Wort, — es giebt ein neues drittes soziales Element, und es muß es geben, dem gelten unsere Sympathien: Wer keine erquickendere Zukunft, kein heitereres Erdenwallen kennt, als die wohlhabige Existenz des Bourgeois, — dessen Plänen und Utopien für den Proletarier schenke ich auch kein Vertrauen.

Dieser Zwiespalt zwischen Bürger und Arbeiter wird durch den generellen Privatcharakter des Letztern eben so wie durch den des Bürgers erweitert. Der französische Proletarier ist der politische Radikale; er lebt und weht in lauter Exzentrizitäten und Unmöglichkeiten, in einfachen, unkomponirten und darum schneidenden Gefühlen und Gedanken. Seine Sentimentalität ist immer eine herzliche, sehnsüchtige, gleichsam die Selbstverehrung, der Nimbus um seinen jämmerlichen Zustand. Der Proletarier, wenn er sentimental wird, fühlt sich ein Märtyrer, der Bourgeois sucht dem Mangel und der Arbeit des Proletariers das Mäntelchen der Arbeitsamkeit, der Zufriedenheit, der Naivetät und des bescheidenen Glückes umzuhängen. Der Proletarier ist eben so leidenschaftlich als unwissend. In seiner Leidenschaftlichkeit liegt seine von ihm weit überschätzte Kraft, in ihr liegen alle seine Hoffnungen, liegt für ihn seine Zukunft; er hat

gegen die ganze materielle Wucht der Industrie, gegen das ganze Uebergewicht des agirenden und reagirenden, des wachsenden und sich stauenden Reichthums keine andere Waffe, als seine leeren Hände und seine einfachen Gefühle; mit seiner moralischen Einfachheit, mit der Gerechtigkeit seiner Ansprüche hofft er zu siegen. . . seine Grundsätze sind so klar, so einfach — sollte nicht bald die Zeit kommen, da Jeder von Ihnen überzeugt sein wird?

Je weiter diese Ueberzeugung um sich greift, desto weiter wird die Kluft . . . in demselben Verhältniß, wie der Bürger den Proletarier kennt, in demselben wachsen die Mittel um sich seiner zu erwehren . . . Moral ist eine gebrechliche Waffe gegen Habsucht und Eigennuz. —

Es handelt sich heute für mich nicht darum nachzuweisen, welche Brücken über diese Abgründe führen, noch wie sich das lecke Schiff unserer Sozietät durch das stürmische Meer der Zeit fortwälzt ohne unterzugehen. Ich nehme aus der Menge von Menschen, deren ostensibles Bestreben auf die Linderung der Noth in allen Erscheinungsformen gerichtet ist, für heute nur eine einzige Klasse heraus. . . den französischen Klerus. Wollen wir zusehen, wie gut sich's in Frankreich unter dem Krummstab leben läßt!

Die philanthropische Thätigkeit des französischen Klerus in Bezug auf die Proletarier, auf die Arbeiterklasse ist die geringere — die gesunde, erquickende Lektüre der philosophischen Schriften aus dem XVIII. Jahrhundert*) belebt so sehr das französische Proletariat, daß es lieber doppelt arbeitet und sich halber sättigt, als ein Stück Brod ist, das von den heuchlerischen Phrasen der französischen Klerisei gewürzt wäre; das ihm unter Bedingungen geboten wird, die es um seine Arbeitslust und Arbeitskraft betrügen und es hinunterwerfen in die unselige Klasse der lumpigen Bettler! Und doch ist es dem Klerus im Nancy, in Metz, in Lyon und selbst in Paris geglückt, eine wenn auch geringe Anzahl von Duvriers durch Hinhaltung eines Stückes irdischen Brodes zu verlocken, und sie dann zur Enthaltfamkeit, Gottseligkeit und Duldung mahnend mit himmlischen Wohlgerüchen abzuspeisen. „Il faut que le prêtre se fasse blouse,“ haben sie ihnen zugerufen; ist unsere Sache nicht auch die Cure? Sind wir alle nicht Söhne von Proletariern? Kennen wir nicht alle aus eigener

*) Unter der Restauration war es eines der wirksamsten Vorbereitungsmittel auf die Julirevolution, die Schriften Voltaires und der Encyclopädisten in Millionen von Abdrücken unter das Volk zu schleudern. Man kann den ganzen Voltaire, allerdings auf schlechtem Papier und mit unkorrektem Druck für 10 Franken bekommen. — Voltaire und — Lamartine sind die Lieblingsschriftsteller der französischen Proletarier.

Anschauung Eure Leiden, Eure Bedrückungen, Eure ganze Lage? Sind wir nicht auch verkannt, verspottet und verlästert wie Ihr, — hat man nicht auch uns Hab und Gut geraubt, und uns verwiesen auf's bessere Jenseits? Lehrt das Evangelium nicht Brüderlichkeit und Eintracht, und steht nicht geschrieben: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, denn ein Reicher in's Himmelreich?

Mit solchen Reden stieg in St. Roche, der Hofkirche in Paris, der Abbé Dreuil auf die Kanzel und bald förderte der „kommunistische“ Priester durch Uebersetzung irdischer Bedürfnisse in himmlische Verheißungen eine Schaar von Arbeitern an sich, und verwandelte in den trostlosen Konventikeln von St. Sulpice frische fleißige Arbeiter in kopfhängerische, widerwärtige Tagediebe.

Doch ist mir nicht bange, daß diese Zusammenkünfte von langer Dauer und von bleibendem Einfluß sein werden: — nach den ersten paar Gratisvorlesungen begehrt nämlich Tartüffe zwei oder drei Sous Entrée für Zwecke des Konventikels, und dann hat er sich einen wahren Hornisfenschwarm auf den Hals geladen. — Der Dubrier läßt sich sein Geld in kleinen Raten abschwindeln, aber dann summiert er und will wissen, was mit dem ganzen Gelde geschehen ist? — Wie möchte Tartüffe das nachweisen? Unter lauter Beten ist das Geld durch die Finger gerutscht wie die Kugeln an seinem Rosenkranz. —

Wie sehr man sich überhaupt in Acht nehmen muß, den Dubrier unvorsichtiger Weise anzugreifen, will ich im Vorübergehen an einem zu meiner Kenntniß gekommenen Fall erzählen. Ein deutscher Literat in Paris von der literarischsten Sorte hatte die Absicht, einen kritisch=rhetorischen Gallimathias über die preussischen Landtagsabschiede drucken zu lassen. Unglücklicherweise für die Geldbedürftigkeit des ehrenwerthen Autors fand sich kein Verleger für den Gallimathias — und die Noth war groß. Da kam ihm der Gedanke, das nöthige Geld dem propagandistischen Herzen einiger sozialistischer Schreinergefelln abzustofen. Der Plan gelang! Die armen Teufel fühlten sich durch dieses Begehren fogar geschmeichelt, hofften auf Rückerstattung durch den verheißenen enormen Erlös aus dem Verkauf der Brochüre, und erwarteten übrigens einige Nahrung für ihre weltregenerirenden Gemüther! Natürlich waren alle Hoffnungen betrogen. Die Schreiner fingen an wüthend über den Autor und seinen philosophisch=sozialistisch=literarischen Quark zu schelten — und um seinen Einfluß auf ein halb Duzend hochmüthiger, ignoranter Aspiranten bürgerlichen Respektabilität war's geschehen!

Ich komme zum Klerus und zu seiner Stellung zwischen Armen und Reichen zurück. Die Hauptrolle, die der französische Klerus heute über=

nimmt, um hinter ihr seine längst bekannten Pläne zu verfolgen, ist die Vermittelung zwischen den Wohlthätern und Hülfbedürftigen. Seine Hauptaktion ist auf Dienstboten, *) auf zurückgekommene Familien, auf *Pauvres honteux* und die lumpigen Bettler gerichtet. In Paris mag sich nach meiner Berechnung die Clientel der Klerisei auf 250,000 Köpfe belaufen. In einem unglücklichen Jahre, wie in dem laufenden, übersteigt sie ohne Zweifel diese Zahl. —

Der Klerus steht zwischen dem Reichen und dem Armen. Er benützt die Indolenz und den Abscheu der Reichen vor der „niedern Klasse,“ um sie unter dem Vorwande von Ansprüchen zu milden Zwecken zu exploitiren; und er benützt die Feigheit der Armen und die Unmöglichkeit, sich in ihrer ganzen Noth den Reichen gegenüberzustellen, um sie durch Geschenke in seine Gewalt zu bekommen. —

Zuerst bilden alle Klosterschulen und geistlichen Stifter, deren es in Paris eine gehörige Anzahl giebt und in denen die weibliche reiche Jugend erzogen wird, ebenso viele Heerde der Exploitation. Ich zähle zu ihnen, um nicht dasselbe Verfahren zweimal erzählen zu müssen, die 50 bis 60 *maisons des femmes de charité*, welche die Deutschen graue Schwestern zu nennen belieben. Namentlich sind es die Frauen, die gereizt von dem romantischen Außern dieser Institute, dorthin die für wohlthätige Zwecke bestimmten Gaben fließen lassen. In solchen Etablissements ist alles willkommen: Alte Kleider, Schuhe, Weißzeug, Holz, Abfall von Speisen, Anweisungen auf Brod und Spezereien an Kaufleute und namentlich Geld. Da in all diesen Häusern nur Naturalien gespendet werden, so habe ich Grund zu zweifeln, ob je auch nur ein *Sous* vom erhaltenen baaren Gelde in die Hände der Armen fällt. **)

Eben solche Centra der Habsucht unter dem Scheine der Wohlthätigkeit sind die Schulen der *frères ignorantins*, die zum größten Theil die Erziehung und den Primärunterricht der Jugend an sich gerissen haben,

*) Ich übergehe in dieser Darstellung die Beschäftigung des französischen Abbé als Gesindewerbinger, als Unterbringer unbeschäftigter Personen, als Beirathsstifter . . . Alle diese Beschäftigungen hängen jedoch mit dem *Commerce de Charité* zusammen. In reichen Familien, wo es sich von einer großen Geldheirath handelt, wird des Herkommens wegen immer der Hausabbé pro forma zu Rathe gezogen — wenn zwischen den betreffenden Parteien die Sache bereits abgemacht ist . . . der Abbé weiß dieses, und gibt dazu immer seine Zustimmung, um wenigstens seinen scheinbaren Einfluß nicht zu kompromittiren. Ueberhaupt spielt der Abbé in der großen Familie eine wahre Domestikenrolle.

**) Eine jede *femme de charité* erhält von der Stadt Paris außer freier Wohnung 700 Franken Gehalt.

ferner die Benediktiner- und Franziskaner-Klöster, in welchen in wenig Jahren enorme Summen aufgespeichert wurden, endlich die Numoniers oder Hauskapläne in Spitälern und Gefängnissen, und in allerletzter Ordnung der Curé des Viertels mit seinen Vikaren.

Ich erinnere mich, daß die Benediktiner im Anfange 1843 das geringe Kapital von 6000 Franken, das sie in eine kommerzielle Unternehmung stecken zu wollen vorgaben, nicht aufstreiben konnten, und daß sich ein intimer Freund von mir, der Abbé Barthélemy von Beauregard, deshalb unsägliche Mühe gab — aber umsonst. Die Benediktiner hatten noch keinen Kredit. Im Juni 1845 kauften sie bereits die leer stehende Zuckerraffinerie des Herrn Bailly für 180,000 Franken, und die Gebäude, welche sie seitdem auf dem acquirirten Boden aufrichten ließen, schlage ich auf eine halbe Million an. Das Jesuiten-Kollegium ist bekanntlich seit einem Jahre pro forma zur Erbauung des „Constitutionel“ aufgehoben Die Jesuiten haben ihr Ordenshaus in der Rue de la poste verkauft, aber ihr Vermögen blieb unangetastet und beläuft sich an Renten und Mobilarausständen auf mehr als 25 Millionen Franken. Und doch hatten diese lieben Leute noch vor 15 Jahren gar nichts —, sie waren Bettler, Staatsbettler, qui vivaient de l'autel. — (Meine genaue Bekanntschaft mit den Verhältnissen des französischen Klerus ist das Resultat eines sehr vertrauten Umgangs mit einer Menge von Ordens- und Weltgeistlichen —; die Kenntnisse, die ich dadurch erlangt, haben mich mehr als genug für die albernen Nachreden unredlicher Freunde entschädigt). —

Der Beichtstuhl und die letzte priesterliche Assistenz am Krankenbette bilden die Hauptquelle dieser enormen Einnahmen, über welche keine weltliche Kontrolle geführt wird oder nur möglich wäre. Immobilarschenkungen und testamentarische oder andere Verbriefungen vernichtet die bürgerliche Justiz zu Gunsten der lädirten Verwandtschaft des Schenkgebers — aber gegen das Handgeschenk, das don manuel, ist nicht aufzukommen. Was von den eingegangenen Geldern für die Armen bestimmt ist, was von diesen den Armen wirklich gegeben wird, was ausdrücklich für rein kirchliche Zwecke bestimmt ist, — das kann absolut nicht hergestellt werden. Und ist der Geistliche und sein Stand nicht selber bedürftig, hat man ihm nicht alle seine reichen Besitzthümer abgenommen, ist er nicht selber auf die Charité chrétienne angewiesen? daß sich Tartüffe nicht sollte herauszureden wissen!

Der Franzose weiß es einmal nicht anders, als daß er die zu Almosen bestimmten Summen seinem Hausabbé übergiebt. Schon die Theilung der Arbeit bringt dieß mit sich. Der Abbé ist ein frommer bescheidener Mann, der keinerlei Aufwand macht, dem Theater, Bälle, öffentliche

Spaziergänge, Kaffeehäuser, Jagd und Spiel strenge verboten sind, dessen vorschriftsmäßige Verwendung der 24 Stunden des Tages keine Zeit zur Verschwendung übrig läßt. Der Abbé kennt die Bedürftigen am Besten, der Bettel ist der Aether, in dem er lebt; sein Beruf ist Gutes zu thun — wie sollte es einen tauglicheren Mittelsmann zwischen dem Reichen und Armen geben? Der Reiche gibt und gibt wieder; es wäre eine Last für ihn, müßte er sich darum bekümmern, wie seine milden Gaben verwendet werden: in Ansehung dessen, was aus seiner Hand in die des Abbé übergegangen ist, schenkt er ihm vollkommenes Vertrauen, oder thut doch so — lieber als daß er einen Theil seiner Zeit, seiner kostbaren Zeit, noch außer seinem Gelde opfert.

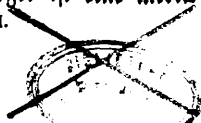
Das äußere Auftreten seines Abbé, die von ihm gekannte Disziplin geben ihm keinen Argwohn — und das ist dem Bourgeois immer genug! —

(Schluß folgt.)

Der Spießbürger.

Es würde den Raum dieser Blätter weit überschreiten, wenn wir des Spießbürgers „Leben, Meinungen und Thaten“ hier ausführlich schildern, wenn wir allen seinen Lebensäußerungen in diesem irdischen Jammerthale folgen wollten. Im Ganzen und Großen läßt sich zwar des Spießbürgers Pilgersfahrt von der Wiege bis zum Grabe mit den Worten bezeichnen: „Er aß und trank, er raisonnirte über Allerlei und hatte nie eine feste Meinung, viel weniger eine Ueberzeugung, er schlief und zeugte nebenbei viele Kinder;“ aber diese einzelnen Lebensakte bieten doch so viele Nuancen und Schattirungen dar, daß wir den Umfang und die Tonart der Jobstabe zur Disposition haben müßten, wenn wir das Alles gebührend abkonterfeien wollten. Wir beschränken uns daher auf eine naturgeschichtliche Skizze und heben nur einige charakteristische Merkmale hervor, an denen der Spießbürger unter allen Umständen zu erkennen ist; und obgleich das Geschlecht der Spießbürger auf der ganzen Erde vorkommt, so fassen wir doch hauptsächlich die Species des deutschen Spießbürgers in's Auge, einmal, weil uns Deutschland als unser buntes Vaterland am nächsten liegt und dann, weil der Spießbürger nirgends zu einer so üppigen und kolossalen Größe gedeiht, als in unserem bunten Vaterlande Deutschland, was Gott in Gnaden bessern möge! —

Der deutsche Spießbürger ist eine merkwürdige Mischung von allerlei
Das Wepphät. Dampf. 47. XI.



gaullerischen Illusionen, von blinder Idealisterei und von der abschreckendsten Trivialität, von dem kleinlichsten Eigennutz. Es ist zwar noch immer wahr, was der alte Arndt oder sonst Jemand von ihm sang: „Doch fährt ihm, statt an's Schwert, die Hand verzweifelnd an den Sack;“ aber trotzdem hat er eine Einbildung, so stark wie ein Karrengaul, und mit ihrer Hülfe setzt er spielend über die widerwärtigsten Erscheinungen weg. Er hat eine so heitere, anständige, wohlmeinende und bescheidene Lebensansicht, wie ein sechszehnjähriges blauäugiges Mägdelein, wenn es zum erstenmal die milblächelnde Luna zur Vertrauten ihrer stillen Liebe macht. Er hat eine so helle Einsicht in die Ereignisse, wie der geistreiche Vogel Strauß, wenn er den Kopf in den Sand steckt und beharrlich leugnet, daß etwas um ihn vorgehe, aus dem triftigen Grunde, weil er nichts sehe. Er hat nun einmal seinen Kopf darauf gesetzt, daß er die Dinge nicht so ansehen will, wie sie wirklich passiren und wie sie jeder vernünftige Mensch ansieht. Das ist ihm, dem gründlichen, gebildeten deutschen Spießbürger viel zu trivial; er zäumt lieber seine Phantasie auf, packt Alles, was ihm die Professoren von Philosophie und Abstraktion gelehrt haben, in seinen spießbürgerlichen Quersack, konstruirt dann lustig die Dinge so, wie er sie gern haben möchte und schwört dann Stein und Bein darauf, daß sie sich wirklich so zugetragen haben. Und wenn dies Alles nicht ausreicht, so stellt er sich auf den Kopf oder steckt den Kopf zwischen die Beine, wo sich denn die Dinge bekanntlich ganz anders ausnehmen, als wenn man sie von oben in aufrechter Stellung betrachtet. Dann klatscht er vergnügt in die Hände, aber leise, damit Niemand erschrickt, und sagt triumphirend: „Seht ihr, daß sich die Dinge so verhalten, wie ich sie mir vorstellte? Ja, ja, man muß nur zu beobachten verstehen“ — — und dann klopft er sich mit vielsagendem Lächeln vor die Stirn trotz seiner Bescheidenheit, die er freilich einer Behörde gegenüber, und wäre es nur ein lächerliches Nachwächteramt, nie verläugnet. Und wenn er den ganzen Tag die bunte Karte von Deutschland mit heimlichem Kopfschütteln und einem stillen, verstoßenen Seufzer angesehen hat, wenn er von allen Orten Klagen über Zollschranken zwischen den einzelnen deutschen Staaten, über die verschiedene Handhabung der Censur in den verschiedenen Vaterländern, (des gleichmäßigen Mangels an Pressfreiheit gar nicht zu gedenken,) über die Ausweisung mißliebiger Männer aus diesen verschiedenen Vaterländern, über die Recht- und Schutzlosigkeit der Deutschen im Auslande, bei dem Deutschland als Nation nirgend vertreten ist, gelesen hat: — das Alles hindert ihn gar nicht, sich des Abends, wenn er bei liberalen Festessen „Was ist des Deutschen Vaterland“ gesungen hat, im süßesten Bewußtsein der erfüllten Bürgerpflicht und der errungenen oder vielmehr erfunge-

nen deutschen Einheit zu Bett zu legen und trotzig von derselben sogar noch zu träumen. Und wenn er sicher ist, daß das Zweckessen von der Polizei nicht mißfällig vermerkt wurde, so brummt er noch am andern Morgen beim Kaffee ganz verwegen vor sich hin: Ein einiges Deutschland, stolz und frei wie seine Berge! Und wenn Weib und Kind ihn ganz erschrocken ansehen ob des fast revolutionairen Feuers in seinen Augen, so spricht er es unverholen aus, die Holländer sollten jetzt gezwungen werden, dem einigen Deutschland Kaffee und Zucker wohlfeiler zu verkaufen und dann brauchten sie keine Cichorien mehr zu trinken und die Kinder bekämen auch Zucker; das Alles sei gestern bei dem Zweckessen, welches die Frau der Kosten wegen so mißgünstig betrachte, ausgemacht und die deutsche Flotte sei auch schon bestellt, wenigstens wolle man sich nächstens nach einem Platz umsehen, wo man Bauholz — säen könnte. Hat aber die Polizei das Zweckessen ungnädig vermerkt, so ist der Spießbürger kleinlaut, weiß sich auf Nichts, was da passirt ist, zu besinnen, murmelt höchstens etwas von „unbesonnenen jungen Leuten,“ von „gottlosen Nichtswüthrichen,“ die immer „zu weit gingen“ und allen „besonnenen Fortschritt“ so zu sagen auf den Hund brächten — und leidet schwer an physischem und moralischem Kagenjammer. Hat er gar eine Adresse unterzeichnet, so schwört er hoch und theuer, er wolle nie wieder etwas unterschreiben, als Wechsel oder geheime Konduitenlisten, Sittenzeugnisse für seine Dienstboten oder Mäßigkeitsvereinsangelegenheiten, wo sich sein ehrlicher Name doch ohne polizeiliche Gefahr könne sehen lassen. —

So patriotisch ist der Spießbürger und so thatkräftig legt er seinen Patriotismus an den Tag. Aber höher als sein Patriotismus, fast noch höher als sein weißes Halstuch mit gestickten Zipfeln, steht ihm die Moral und das gute Gewissen. In diesem Punkte leistet er fast mehr, als im Essen und Kinderzeugen. Er befindet sich daher auf dem Gipfel des Vergnügens, wenn er seine Neigung für den Patriotismus mit seiner Leidenschaft für die Moral in Einklang bringen kann; wo es nur immer möglich ist, schildert er das Ausland mit den schwärzesten Farben, während er sein theures Vaterland mit eitel Blumenduft, Schmetterlingsstaub und Sonnenduft malt. „Nein,“ sagt er, wenn er zugestehen muß, daß das Ausland doch manche Einrichtungen hätte, die uns abgingen, die wir bisher vergebens ersuchten, „ehe ich solche Korruptionsstandale, solche Schand- und Gräueltthaten, wie sie Frankreich (das ist der stetige Sündenbock) befecken, über mein theures Vaterland hereinbrechen sehe, will ich doch lieber auf alle jene gepriesenen Einrichtungen verzichten, bei denen solche Dinge möglich sind. Was Konstitution, was Pressfreiheit, was Habeascorpusakte — erst kommt die Moral, und solche Schandthaten sind wenigstens in dem

fittlichen, christlich germanischen Deutschland nicht möglich!" So gutmüthig der Spießbürger sonst ist, bei solchen Dingen wird er grob und wüthig und ihr mögt wohl auf eurer Hut sein, wenn ihr mit ihm darüber disputiren wollt. Ihr sagt nun etwa, je entwickelter die Gesellschaft ist, desto freier kann sich das Individuum in ihr bewegen und geltend machen; ist es nun dabei auch leichter möglich, daß das Individuum das mißbraucht und sich auf Kosten Anderer hervordrängt oder bereichert, so wird man doch deshalb nicht die freie Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft in die alten Schläuche des patriarchalischen Feudalismus zurückpressen wollen, so wenig wie man die Messer abschafft, weil man Jemanden damit den Hals abschneiden kann. Bestechungen, wie sie im Prozeß Teste-Cubières, Unterschleife, wie sie im Prozeß Venier an den Tag kamen, falsches Spiel, welches sich Hr. v. Gudin, Herzog Nemours' Ordonnanzoffizier, erlaubte, falsches Zeugniß und sonstige Niederträchtigkeiten, wie sie sich die H. v. Beauvallon, Vicomte d'Ecquevilley und Hr. Granier de Cassagnac, Redakteur des „Globe“ im Solde des puritanischen Ministers Guizot, zu Schulden kommen ließen: — das Alles sind Ausflüsse, wenn auch skandalöse Ausflüsse der Prinzipien, auf denen die moderne bürgerliche Gesellschaft, das System der herrschenden Bourgeoisie beruht. Eben die Einrichtungen, welche durch diese Prinzipien geschaffen sind, setzen die Gesellschaft aber auch wieder in den Stand, solche Skandale an's Licht zu bringen und sie rücksichtslos zu ahnden, wenn die Uebelthäter auch den höchsten Klassen angehören. Die Deffentlichkeit, welche dort alle Zweige, alle Poren des Staatslebens durchdringt, erlaubt keine Verheimlichung, kein Bedecken solcher Nichtswürdigkeiten mit dem Mantel der christlichen Liebe und es ist nicht nur wahrscheinlich, sondern gewiß, daß gerade deshalb dergleichen Dinge fast nur aus Staaten mit freien politischen Institutionen berichtet werden. Wenn in Staaten mit anderen politischen Einrichtungen dergleichen eklatante Beispiele von Korruption nicht an den Tag kommen, so darf man daraus noch keineswegs schließen, daß die herrschende Bürokratie mit lauter Engeln des Lichts besetzt sei. Nur selten durchdringt ein Lichtstrahl den Schleier, den sie über ihr Treiben an den meisten Orten zu decken gewußt hat. Enthüllungen jeder Art werden ungern gesehen; gelangt ein Laie auf die Spur von Uebergriffen, so wird ihm die Verfolgung derselben immer erschwert oder unmöglich gemacht. Der esprit de corps veranlaßt die höheren Glieder, den niedrigeren die Hand über dem Kopfe zu halten; die niedrigeren können natürlich nicht daran denken, gegen die höheren aufzutreten; die öffentliche Stimmung, wenn sie nicht von vornherein durch die Censur erstickt wird, ist nicht kräftig genug, um alle diese Schutzmauern niederzuwerfen. Alle diese Dinge sind aber

dem sublimen Spießbürger viel zu trivial, als daß er sie in Erwägung ziehen möchte. Er denkt: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß; folglich sind bei uns solche Dinge unmöglich.“ Daß man aber die Bevormundung der Bürokratie der freien Bewegung zum Opfer bringen möchte, selbst wenn letztere einzelnen Individuen Uebergriffe und Mißbräuche leichter machte, das kann der tugendhafte Spießbürger nicht glauben; einen solchen Gedanken würde er aus Furcht vor einer Injurienlage Niemanden zutrauen, der nicht schon das Zeugniß der Reife für ein Irrenhaus in der Tasche hätte. —

Daß Blasirtheit, raffinirte Niederlichkeit, Genuß- und Gewinnsucht auch in unseren großen Städten, in unserer s. g. höheren Gesellschaft herrschen, daß diese auch bei uns nicht von allerlei Niederträchtigkeiten frei geblieben ist, das kann der Spießbürger freilich nicht läugnen. Aber mit welcher Satisfaktion vernahm er, der immer gesagt hatte, Frankreich sei viel unmoralischer, als Deutschland, die Kunde von dem scheußlichen Morde der Herzogin von Praslin durch ihren eigenen Mann, den Vater ihrer 9 Kinder! Mit wahrer Wollust beutete er das Entsetzen aus, welches diese blutige That in der ganzen Welt hervorrief. Ihr sagtet etwa: „Aber warum soll die ganze Nation verantwortlich sein für einen einzelnen Verbrecher, der aus seinen Konflikten mit den Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft keinen anderen Ausweg wußte, als den Mord? Verbrecher gibt es überall; es ist wenigstens sehr anzuerkennen, daß des Mörders hohe Stellung, sein vertrautes Verhältniß mit den königlichen Prinzen ihn nicht vor einer schnellen und strengen Untersuchung schützte, daß Nichts ihn vor der Guillotine geschützt haben würde, wenn er sich ihr nicht durch einen freiwilligen Tod entzogen hätte.“ Alles Nichts! Der Spießbürger hört und sieht nicht, er triumphirt nur immerfort: „In Deutschland sind solche Dinge unmöglich!“ Da kommt nun plötzlich der unmanierliche und gar nicht spießbürgerliche „Deutsche Zuschauer“ und schreckt den Spießbürger mit dem Artikel „der Tod der Gräfin von Görlich“ hartherzig auf aus seinen moralischen und patriotischen Träumen. Es ist wahr, es liegen schwere Verdachtsgründe gegen den Grafen vor; der Untersuchungsrichter selbst hat 24 Indizien aufgestellt, welche auf Mord deuten. Aber das kann ja Alles erfunden sein, denkt der Spießbürger; denn er hat die Akten nicht gesehen. Der Herr Graf hat unterdessen etwas von seiner „Verachtung“ dieses „Schandartikels, der ihn mit dem Verdacht des Mordes seiner geliebten Gattin zu belasten strebt,“ laut werden lassen; er hat sogar, als die Stimme der Presse zu laut wurde, auf Untersuchung angetragen — bei demselben Gericht, welches früher die Untersuchung ablehnte! Eine Verläumdungsklage hat er nicht angestellt, weil dann der

Ankläger direkt zu Worte gekommen wäre. Eine Entgegnung des „Deutschen Zuschauers“ auf jene Erklärung des Grafen hat die Censur unterdrückt; das Gericht scheint keine Lust zu haben, auf die Sache näher einzugehen. Sagt ihr nun, es sei unverantwortlich, daß bei solchen Indizien nicht schnell und streng nachgeforscht sei, bringt ihr die öffentliche Meinung als Beweismittel herbei, so sagt der Spießbürger mit seinem unverwundlichen Aktenvertrauen: „das Gericht, welches die Akten kennt, muß besser wissen, ob eine Untersuchung nöthig ist, oder nicht. Sollte das Gericht zu Darmstadt aber wirklich nachlässig oder pflichtwidrig genug sein, sich durch irgend einen Umstand von der Einleitung einer nothwendigen Untersuchung abhalten zu lassen, so bin ich doch fest überzeugt, daß so etwas in meinem speziellen Vaterlande, sei es nun Lobenstein-Ebersdorf, Preußen oder Lichtenstein und Vaduz, nicht möglich ist.“ Damit klopft er mit Seelengröße auf seine Dose, nimmt eine Prise, um sich von seiner Gemüthsaufregung zu erholen, und hat die ganze ärgerliche Geschichte, die ihn an seinem theuren Vaterlande irre machen könnte, bald vergessen. Der französische Spießbürger tröstet sich damit, daß der Herzog von Praslin eigentlich kein Glied der „großen Nation“ sei, sondern im tausendsten Grade von einem Irländer abstamme. —

Der Spießbürger ist auch sehr liberal und, wenn es auf's Reden ankommt, ein begeisterter Anhänger eines „vernünftigen,“ „besonnenen,“ organisch-historischen Fortschrittes. Freilich wird er sich nie zu solchen „Unbesonnenheiten“ hinreißen lassen, wie die Offenburger Versammlung, deren Manifest wir im vorigen Hefte mittheilten; solche „Uebertreibungen,“ solche „Demonstrationen“ schaden der „guten Sache“ nur. Bestimmte Forderungen stellen, sie mit männlicher Entschlossenheit als Rechte in Anspruch nehmen, das ist Nichts für den Spießbürger; er geht nicht über das stille Sehnen, das bescheidene Hoffen und Wünschen, das gläubige Vertrauen eines in tiefster Ehrfurcht ersterbenden, Alles in letzter Instanz höherem Ermessen anheimstellenden Unterthans hinaus. In der Begeisterung eines Festessens ist er freilich, sollte er auch ein Beamter sein, kapaibel, die 138 Deputirten als „Vertreter des Rechtsbodens“ leben zu lassen. Wenn er aber wieder nüchtern geworden ist und merkt, daß man seinen Liberalismus ernstlich mißbilligt, ihm wohl gar deshalb einen materiellen Nachtheil zufügen könnte, so desavouirt er sich selbst und die Deputirten obendrein. Der Spießbürger hat nun aus Liberalismus und Moral immer furchtbar skandalisirt über die Wahlbestechungen in England, über die allerdings unverschämten und sehr direkten Mittel, durch welche die französische Regierung ihren Einfluß auf die Wahlen geltend macht. Aus den süddeutschen konstitutionellen Staaten werden freilich auch wohl Klagen ge-

hört über die Mittel, durch welche die Regierungen ihre Kandidaten durchsetzen, über die Hindernisse und Chikane, welche sie der Wahl entschiedener Volksmänner entgegen stellen; diese Klagen ertönten wohl lauter und häufiger, wenn die Censur nicht über ihnen wachte; an anderen Orten hielt es die Regierung früher bei der gänzlichen Bedeutungslosigkeit der Stände und ihrer Beschlüsse gar nicht für der Mühe werth, sich besonderen Einfluß auf die Wahlen zu verschaffen. Das Alles hielt aber den Spießbürger nicht ab, sich unter vergnügtem Händereiben zu versichern: Bei uns in Deutschland sind solche Dinge nicht möglich! Da kam ihm nun der Bielefelder Garnisonwechsel recht fatal in die Quere. Eine Deputation wird nach Münster geschickt, um die in Folge von allerlei Konflikten nach Herford verlegte Garnison wieder nach Bielefeld zu bringen. Der König äußert sich mißfällig über die Richtung des Bielefelder Landtags-Deputirten Delius; der Oberpräsident Flottwell bestärkt die Bielefelder Deputation in dem Vorsatz, die Aufrichtigkeit ihrer Gesinnungen durch eine Thatfache zu beweisen; die Deputation berichtet in Bielefeld, wenn Delius und Johanning abbankten, so behielte die Stadt die Garnison. Der Spießbürger, mit einem materiellen Nachtheile bedroht, vergißt Konsequenz, Gesinnung, seine und seiner Mitbürger Ehre; er bestürmt jene Herren mit Bitten und Drohungen, um sie zur Abbankung zu bewegen; die Stadtverordneten fordern jene Herren, unter Versicherung persönlicher Hochachtung, auf, ihre Aemter aufzugeben, oder vielmehr sie verläugnen auch hier ihre spießbürgerliche Unentschlossenheit nicht, sondern theilen ihnen jene Alternative mit und ersuchen sie dringend, das Wohl der Stadt bei ihrer Entschließung nicht aus dem Auge zu verlieren. Jene Herren danken endlich ab und augenblicklich kehrt die Garnison von Herford nach Bielefeld zurück. Der Bielefelder Spießbürger fühlte zwar auch wohl, daß er sich sehr blamirt und unverantwortlich gegen die von ihm gewählten Mitbürger gehandelt hatte; es war ihm gar nicht wohl bei dem Aufsehen, welches diese Geschichte in ganz Deutschland machte; aber im Bewußtsein, einen materiellen Nachtheil von sich abgewendet zu haben, setzte er sich über solche tagenjämmerliche und reuevolle Anwandlungen hinweg. Desto schmerzlicher war der sonstige deutsche Spießbürger bewegt, namentlich als Jher „Rheinische Beobachter“ mit gewohnter Schadenfreude und Grobheit gerabezu erklärte: „die Entziehung der Garnison sei ein Zeichen der Ungnade und eine Strafe für die Oppositionswahlen.“ Die Thatfachen sprechen freilich für diesen Schluß — — sollte wirklich — — in Deutschland — — ? Nein, der Spießbürger kann's und will es nicht glauben. Er greift zur „Röln. Ztg.“ die ihm so oft gedient in Lust und Schmerz, und siehe da, sie rettet ihn auch diesmal aus seiner Bedrängniß.

„Wäre die Entziehung der Garnison Ungnade und Strafe, sagt Hr. Brüggemann, so würde das allerdings auch über das Weichbild von Bielefeld hinaus Trauer und Bestürzung erregen; der Garnisonwechsel läßt sich aber zum Glück auch anders erklären. Es hat durch denselben vielleicht nicht „eine große Reihe systematischer Oppositions = Kundgebungen“ bestraft werden sollen, es liegt der Grund vielmehr in solchen Konflitten zwischen Bürgerschaft und Garnison, deren Beseitigung als eine Bedingung betrachtet wurde, vor deren Erfüllung Bielefeld kein geeigneter Ort zur Beherbergung einer Garnison sein würde. Es ist offenbar etwas ganz Anderes, ob man eine Garnison aus einem solchen inneren Zweckmäßigkeitsgrunde verlegt, oder ob man es thut zur Strafe für Oppositions = Kundgebungen.“ Der gedrückte Spießbürger athmet frei auf; das ist natürlich ganz etwas Anderes. Freilich schien mit der Abdankung jener Herren auch die „Bedingung beseitigt zu sein, vor deren Erfüllung Bielefeld kein geeigneter Ort zur Beherbergung einer Garnison zu sein schien;“ aber wer kann wissen, was sonst für „innere Zweckmäßigkeits = Gründe“ obgewaltet haben? Der Spießbürger segnet den Scharfsinn des Hrn. Brüggemann, legt mit dem süßsäuerlichen Lächeln eines Menschen, dessen Leidschmerzen sich eben verzichten, die „Köln. Ztg.“ aus der Hand, setzt seine Nachtmütze auf und sucht beruhigt sein Lager auf. Er schläft süß und anmuthige moralische und patriotische Träume umgaukelu ihn. —

Wenn dem Spießbürger auch das Begehren nach Pressfreiheit wegen möglicher Pressfurcht zu weit geht, so schwärmt er doch trotz dem seligen Marquis Posa für Gedankenfreiheit, und besonders auch für Glaubens- und Gewissensfreiheit. Nichts verabscheut er mehr, als die Inquisition; aber er haßt sie nicht bloß wegen ihrer grausamen Strafen, sondern aus Prinzip, weil sie ein Glaubensgericht war und Glaubenszwang ausübte. Gottlob, sagt er, daß solche Dinge in unserem aufgeklärten Zeitalter nicht mehr möglich sind! Er bemitleidet die Katholiken herzlich, weil sie das für wahr halten müssen, was ihre Kirche, das Concilium oder der Pabst für ein Dogma erklärt haben, weil sie verdammen müssen, was jene verdammen, ohne ihrer eigenen Ueberzeugung folgen zu dürfen. Er preist sich glücklich, daß der Protestantismus solche Schranken nicht kennt, daß er auf dem Prinzip der freien Forschung beruht. Der Spießbürger wird ein Lichtfreund mit Leib und Seele und liebt die Deutschkatholiken sehr. Freilich Rupp, Ronge, Dowiak, Balzer oder gar Wislicenus gehen sehr weit und bringen allerlei weltliche Dinge mit der heiligen Sache der Lichtfreunde in Verbindung; aber Uhlich, der milde, besonnene Uhlich, der stets auf dem Boden der evangelischen Kirche zu bleiben behauptet, das ist sein Mann, dem schenkt er Zuckerrössel, den holt er als Triumphator ein, für

den geht er mit einem Wort durch's Feuer — d. h. in seinen Redensarten. Denn als nun endlich Uhlich suspendirt wurde, weil er Lehre und Liturgie der evangelischen Landeskirche verlegt habe, da mußten die begeisterten Lichtfreunde ihre Begeisterung für Uhlich's Lehre und Person nicht kräftiger und männlicher zu bethätigen, als durch eine Petition um einige Erleichterungen bei Ausübung der Liturgie. Das saubere Toppelskircher Volksblatt hat wahrlich ganz Recht, wenn es sie ob dieser Halbheit und Schlassheit verhöhnt. Noch mehr! Das westphälische Konsistorium will gegen Dr. Schrader, Pfarrer zu Holzhausen, einschreiten, weil er in seinem „Antipietist“ Haupt- und Grundlehren des Evangeliums und der evangelischen Kirche widersprochen hat; es will aber vorerst die Synode zu Soest gutachtlich über die Sache hören. Die Synode, „welche den verirrtten Amtsbruder herzlich bemitleidet und seine Rückkehr zur gesunden Lehre inständig begehrt,“ erklärt sich mit 36 gegen 89 Stimmen für kompetent, auf das Begehren einzutreten. Das Glaubensgericht ist konstituiert. Einstimmig wird anerkannt, daß der „Antipietist“ den Hauptlehren der evangelischen Kirche widerspreche, daß deshalb der Verfasser, wenn er auf diesem Widerspruche beharre, das evangelische Pfarramt nicht mehr mit Segen verwalten könne. Man will aber alle Mittel, brüderliche Besprechungen mit Amtsbrüdern und dgl. anwenden, um ihn zur Erkenntniß seines Irrthums zu bringen. Schlägt das fehl, beharrt er bei seinen Kezereien, dann freilich muß er aus der Kirche ausgestoßen und seines Amtes entsetzt werden. „Aber, sagt der Spießbürger, das ist doch kein Glaubensgericht; wir ehren die Ueberzeugung eines Jeden und thun ihm deshalb Nichts zu Leide. Die Synode zu Soest will ja den Pastor Schrader weder spießen, noch braten, wie das die Inquisition in dunkeln mittelalterlichen Zeiten zu thun pflegte. Sie will ihn nur von seinem Amte entfernen, weil — nun warum? — weil er mit den Lehren und Dogmen der evangelischen Kirche nicht mehr übereinstimmt. Tritt er von selbst zurück, so denkt die Synode nicht daran, ihn zu verfolgen, sie bemitleidet nur den Verirrten.“ Nun sagt ihr etwa: Es ist doch offenbar Glaubenszwang, wenn die evangelische Kirche für bestimmte von ihr aufgestellte Dogmen vollen Glauben und unverbrüchlichen Gehorsam fordert und im Uebertretungsfalle Strafen verhängt. Nichts Anderes thaten die alten Kezengerichte, Nichts anderes thut der Katholizismus. Dabei kann aber von freier Forschung, von Glaubensfreiheit keine Rede mehr sein.“ Der Spießbürger, der in Prinzipien überhaupt etwas schwach ist, kann nicht begreifen, daß die Synode zu Soest und die früheren Glaubensgerichte dieselben Prinzipien befolgen sollen. Er brummt immer fort: „Aber man thut dem Pastor Schrader ja Nichts zu Leide, man ehrt ja

seine Ueberzeugung, wenn man sie auch bemitleidet, — nur muß er sein Amt verlassen, wenn er nicht widerruft; er kann ja austreten!“ Dieser seit dem Toleranzedikt mögliche Austritt aus der Landeskirche ist das Stichwort des Spießbürgers geworden. Wolltet ihr aber etwa geltend machen, daß dieser Austritt die materielle Existenz des Mannes ruinirte, daß er sich dadurch vieler bürgerlicher und politischer Rechte beraubte, welche in Preußen nur der privilegierten Landeskirche zustehen, so macht euch nur auf einen vernichtenden Blick des Spießbürgers gefaßt. Solche kleinliche Trivialitäten, solche materielle Bedenken stören ihn nicht in seinen sublimen Abstraktionen; er sagt fort und fort mit Seelengröße: „Der Glaube“ über Alles; ich würde mich keine Minute besinnen; er kann ja austreten; übrigens lebe die Glaubensfreiheit!“ —

So breitweich, inkonsequent und so idealistrend d. h. sich selbst belügend, um seine That- und Gesinnungslosigkeit vor sich selbst zu entschuldigen, ist der Spießbürger in allen seinen Ansichten, Meinungen und Lebensäußerungen. Für heute wollen wir uns mit den hervorgehobenen Punkten begnügen, bitten aber inständigst jeden Spießbürger, dem diese Blätter in die Hände fallen, ernstlich des Ausspruchs des alten Weisen zu gedenken: *Erkenne dich selbst!* Dann ist auch Besserung möglich, — eher nicht! —

Korrespondenzen.

New-York, den 1. Oktober. Mehr als jemals ist es heute nothwendig, daß Europa mit Ernst und Aufmerksamkeit seine Blicke auf unsere nächsten Verhältnisse richtet. In unserer allernächsten Zukunft liegt der Schlüssel zu unserer Wirkung auf die ganze Welt — was wir thun werden, wenn wir durch Frieden oder fortgesetzten Krieg mit Mexico zu Ende kommen — dort liegt das Geheimniß unserer Existenz. Mir scheint, daß unsere Regierung klüger ist, als alle unsere Journalisten zusammen genommen. Mir scheint, daß sie sich von allen Reflexionen, die man von der Betrachtung längst historisch gewordenen Republiken abstrahirt, ferne hält, daß ihr die formelle Staatsmaschinerie abseits liegt, und daß sie nur darauf bedacht ist, dem Handel, der Industrie und dem Landbauvolf neue Quellen des Reichthums und der ganzen alten Welt die ganze neue als ein weites Asyl zu eröffnen. Alle Republiken erzeugen sich durch den Krieg — aber ist es mit der Monarchie anders? Für die Entstehung, für die Bildung aus dem Chaos, so sagen unsere wighistische Blätter, ist der Krieg nothwendig — dann aber wird er eine Pest, eine Unheilsquelle für den bereits organisirten Staat. Man darf aber mit Recht fragen, ist eine so umfangreiche Republik, die größte, welche die Weltgeschichte aufweist, nach 80 Jahren bereits ganz organisiert? Leben wir nicht noch immer im

ersten Organisationsprozesse? Ohne Zweifel, und damit fallen die Befürchtungen alle, die man an diesen großen Krieg knüpft. Man wirft der Regierung vor, sie denke daran nicht, was nach Beendigung des Krieges werden solle. Man sagt ihr, Ihr werdet erstens eine große Armee auf dem Halbe haben, die Ihr im Frieden nicht bedürft, die Ihr besolden müßt, die Ihr schwer entwaffnen könnt, und die Euch, wenn Ihr sie nicht entwaffnet, imponirt, vielleicht zu neuen Kriegen zwingt, Euch der Monarchie nahe bringt.

Man sagt ihr zweitens, Ihr habt bisher keine Schulden gehabt, von dem Krebschaden europäischer Staaten waret Ihr bisher frei — um die Kriegslasten zu decken, die Euch das gelbarme Mexico niemals ersetzen kann, verfallt Ihr den Banquiers und den Kapitalisten.

Man sagt ihr endlich, Ihr erwerbt so ungeheure Länderstrecken, daß sie eine Centralgewalt fast nicht zusammen halten kann; die Euch nur dem Scheine nach stärker, der That nach aber schwächer machen.

Kurz man hat der Geschichte drei unbezweifelte richtige Vorwürfe entlehnt — unbezweifelt richtig für jeden europäischen Staat, nicht aber für den amerikanischen. Darum hört man in Washington diese Vorwürfe an — und thut als ob man sie nicht gehört. Alle diese Gefahren, denkt Polk und dachte Silas Wright, der leider zu früh gestorbene Kopf der demokratischen Partei, würden grade dann eintreten, wenn die Vereinigten Staaten entschlossen wären, in ihren Grenzen zu bleiben.

Erstens würde ein Angriffskrieg einer konkurirenden Republik die Nothwendigkeit der Zerstörung einer von beiden bedingen. Dies zeigt heute schon in schwachem Maaße der Krieg mit Mexico. Wenn die Vereinigten Staaten etwa Rom sind, so ist Mexico wahrlich kein Carthago. Aber ein Verharren in unsern Grenzen würde entweder Texas oder Neumexico oder Alt-Mexico mit Californien im Laufe der Zeit zu einem Carthago gemacht haben — dann bedürften wir einer zehnmal so starken Armee, einer zehnmal so starken Schuld, und wir hätten vielleicht am Ende ein Land erobert, das zu amerikanisiren sehr schwer fallen dürfte, da eigenthümliche Sitten einer dichten, reichen Bevölkerung kaum auszurotten sind. Wir müssen die Staaten absorbiren, ehe sie mächtig genug sind, um mit uns in Konkurrenz zu treten, dann weichen wir der ungleichmäßig vertheilten Bevölkerung, der Herrschaft der Soldaten, der Unterjochung durch die großen Kapitalisten und der Monarchie zugleich aus. Um Texas und Neumexico zu behaupten, werden wir keine Festungen bauen; um die Landenge zu durchstechen, werden wir keine Dardanellenschlösser anlegen — sondern wir werden die Auswanderung aus Europa in jene Gegenden locken, werden unsere geworfenen Feinde reicher, sicherer im Genuß ihrer Arbeitszeugnisse, anhänglicher an den Boden machen, den sie ausbeuten — aber regieren werden wir in Texas viel, viel weniger, als wir in Pensilvanien, in Virginien und im Staate New-York regieren. Ließen wir in den alten Landesgrenzen sich die Bevölkerung stauen, wiesen wir ihre angeborenen Revolutionskräfte auf sich selber an — dann wäre Zerstücklung und Königthum wahrscheinlich. So aber drücken wir unsere Bevölkerung gegen die Landesgrenzen immer gegen Westen und Süden — und soweit diese Bevölkerung reichen wird, so weit wird sie selber stark genug sein ge-

gen jeden Eindringling. Woher aber sollten sie kommen die Eindringlinge? Aus Amerika sind dann keine solchen mehr denkbar; die spanischen Republiken Central-Amerika's sehnen sich nicht nach dem Norden — sie scheuen viel zu sehr die kalten Winde und die Arbeit . . . und Eindringlinge aus Europa? Seid uns willkommen, Ihr wandernden Völker — und zöge ganz Europa auf einmal aus — jenseits des Lewis und des Rio del Norte — von Neuabion herab bis nach Daraca ist Platz und Weide genug! Wir haben uns von England, von fremden Mächten befreit — wo aber ist in unserer ganzen Geseßgebung ein einziger Paragraph, der den europäischen Völkern abhold wäre?

Und das muß wahr sein — seit die Demokraten am Ruder sind, ist selbst der Nativismus zu dummer, armer Sektirerei zusammengeschmolzen — dessen letztes Organ die „Gazette and Times“ gestern zum letzten Male erschien. Kämpfen wir hier für uns — so kämpfen wir zugleich für Europa's Völker mit. Seid nicht blind, glaubt nicht, wir führen Kriege, wie man sie bei Euch führt — wir schlagen uns, weil unser Haus zu klein sein wird, um alle Gäste aufzunehmen, die im Vertrauen auf sich und uns herüberkommen. Wir schlagen uns für uns, und zugleich für die ganze bedrückte Welt!

(London, 18. Oktober.) Womit anders könnte gegenwärtig ein Brief aus London beginnen, als mit dem Zustande des Geldmarkts, mit der furchtbaren Stodung in Handel und Industrie? Ist dieser Zustand unerwartet hereingebrochen? Mit Nichten; denn Alle, die eine klare Einsicht in die jetzigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse besitzen, mußten lange vorher, daß es so kommen würde. Wie man Sonnen- und Mondfinsternisse, wie man das Eintreten von Ebbe und Fluth auf die Minute vorausbestimmt, eben so genau läßt sich die Wiederkehr der großen Handels- und Finanzkrisen vorhersagen. Die Wiederkehr der Letzteren erfolgt regelmäßig alle 5 Jahre und in der Art, daß jede folgende die vorige an Umfang und Heftigkeit übertrifft.

Die letzte Geld- und Handelskrisis fand im Jahre 1842 statt; wir schreiben 1847 und befinden uns inmitten einer neuen, die noch weit ärger im gesellschaftlichen Körper wüthet, als die von 1842.

Seit zwei Monaten vergeht fast kein Tag, wo nicht ein oder das andere Banquier- oder Handelshaus niederstürzte. Der „Examiner,“ ein hiesiges Journal, hat alle Namen der banferrotten Firmen zusammengestellt; beim Anblick dieser langen Liste versteinern die, welche bisher noch aufrecht standen. Schrecken und Bestürzung auf allen Gesichtern, ärger, als wenn ein siegreiches Barbarenheer auf der meerbeherrschenden Insel eingefallen wäre und sengend und plündernd durchs Land zöge. Voriges Jahr um dieselbe Zeit standen die Consols (engl. Staatspapiere) auf 97, jetzt auf 80. Die Eisenbahn-Aktien sind zum Theil in demselben Verhältnisse heruntergegangen und gar nicht mehr umzusetzen. Baares Geld (Gold) gegen die beste Sicherheit mit größter Noth zu 10 Proz. zu erlangen u. s. w. Und noch sind wir bei Weitem nicht am Ende. Deutschland wird

im bevorstehenden Winter ebenfalls die Rückwirkungen dieser Krisis verspüren, besonders sobald in Manchester die Industrieherrn dem Stöße nicht mehr Widerstand leisten können.

Wie es in und um Manchester, in sämtlichen Fabrikbezirken von Lancashire überhaupt, aussieht, werden Sie zum Theil aus den kurzen Notizen deutscher Zeitungen unter der Rubrik England erfahren haben. Eine große Zahl von Fabrikanten haben seit Monaten nur kurze Zeit (2 bis 3 Tage wöchentlich, oder 4 bis 5 Stunden täglich) arbeiten, Andere ihre Fabriken ganz still stehen lassen. Die Zahl der Letzteren beläuft sich auf 2000. Unter solchen Verhältnissen haben die Arbeiter bisher schon furchterlich gegen Noth und Elend zu kämpfen gehabt, zumal ihre Lage durch die hohen Lebensmittelpreise noch ungemein verschlimmert wurde.

Nun wurde kürzlich den Arbeitern zuerst in Ashton-under-Lyne und hierauf an andern Orten, von den Fabrikherren eine Verminderung des Lohnes um 10 Proz. angekündigt. Daß Jene darauf nicht eingehen würden, war vorauszusehen. Die englischen Arbeiter sind bereits weit genug in ihrer Organisation, um einer Lohnverminderung Widerstand zu leisten; auch haben sie Einsicht genug, um zu wissen, daß Verminderung des Arbeitslohnes schnell eingeführt, aber die Erhöhung desselben auf den frühesten Satz höchst schwierig sei.

Seit jener Ankündigung haben die Arbeiter nicht aufgehört, sich in Meetings über die zu treffenden Maaßregeln zu beraten. Sie sind zur Wahl von Deputirten geschritten, die sich gestern in Manchester zum Drittenmale versammelten. Dieses Arbeiter-Parlament faßte 3 Beschlüsse:

1, eine Deputation an die Fabrikherren, welche Herabsetzung des Arbeitslohnes angekündigt, zu dem Zwecke abzusenden, die letzteren durch Vorstellungen zur Zurücknahme der angedrohten Maaßregel zu bewegen. 2, Im Fall die Deputation nichts ausrichte, in sämtlichen Industriebezirken von Lancashire am 21. Oktober eine allgemeine Arbeitseinstellung vorzunehmen und 3, eine Arbeiter-Deputation an die Minister zu senden, diesen die ganze Lage auseinander zu setzen und auf schleunige Maaßregeln zur Abhülfe anzutragen, da andernfalls Ruhestörungen unvermeidlich sein würden.

So stehen die Sachen in Lancashire, nicht viel besser in andern Industriebezirken. In Schottland ist die Krisis auf gleicher Höhe wie in England. Dazu tritt dort noch die in den Hochlanden fortdauernde Noth.

Weit schlimmer geht's in Irland zu. Die zweimalige Misärnte der Kartoffeln hat Irland weiter gebracht, als 20 jähriges Schwaben der Repealer. Das jetzige Schlimmgehen ist eben der Vorläufer des Besserwerdens. Da die Kartoffel, der bisherige Grundpfeiler der irischen Gesellschaft, verschwunden ist, so stürzt allmählig das ganze alte Gebäude über den Haufen. Der Kampf zwischen den Grundherren und der Pacht- oder Grundrentezahlenden Landbevölkerung wird nicht mehr, wie sonst, von einzelnen geheimen mitternächtlichen Bauervereinen, sondern offen in großen Volksversammlungen, am hellen Tage, geführt. Dieser Kampf muß bald zur Entscheidung führen. Die irischen Pächter organisiren sich zum Umsturz der Bodenaristokratie. Die Bewegung fing in der Grafschaft Tipperary an und breitet sich mit erstaunlicher Schnelle nach allen Seiten hin-

aus. Neben dem offenen Widerstande dauert natürlich der geheime, den die Rotiten, Mully Maguires, Tommy Downshires u. s. w. leisten, nicht bloß fort, sondern tritt noch in viel bedrohlicherer und konsequenterer Weise hervor. Diese geheimen Verbindungen des irischen Landvolks würden für sich allein keinen Sieg erkämpfen, allein indem sie hinter der öffentlichen Organisation der Pächter und Arbeiter als unsichtbare Exekutive, als rücksichtslos vollziehende Macht stehen, helfen sie den Umsturz der jetzigen Dinge beschleunigen.

Die Minister sind in derselben Lage, wie eine dem Bankerutte nahe Firma. Von allen Seiten her werden Anforderungen an sie gestellt, die sie theils nicht erfüllen können, theils nicht erfüllen wollen. In der Verwirrung und dem Schrecken sind sie selbst verwirrt im Kopf geworden und von Schreckbildern beherrscht. Nach den halboffiziellen Artikeln einiger hiesigen Journale zu schließen, wird das Ministerium im nächsten Parlament eine nichts weniger als glänzende Rolle spielen. Denn, wie man ankündigt, werden die von ihm vorgeschlagenen Maaßregeln kleinlich, unwirksam und nach keiner Seite hin befriedigend sein. Eine lange Dauer scheint ihm nicht bevorzustehen. Hat doch das Wahlkomité der Chartisten in Manchester dieser Tage eine Adresse an die dortigen Wähler erlassen, worin es ihnen die Grundzüge der Chartistenpartei auseinandersetzt und seine Kandidaten empfiehlt, da wohl sehr bald eine Parlamentsauflösung (nach Abtritt der jetzigen Minister) erfolgen dürfte.

Schließlich ein Wort über das „deutsche Hospital in London.“ Am 14. d. Mts. fand unter dem Vorsitz des Herzogs von Cambridge ein Meeting statt in Angelegenheiten des Dr. Freund, des leitenden Arztes, der unentgeltlich Zeit und Mühe der Anstalt geopfert hat, aber kürzlich vom Komité „suspendirt“ worden war. Und weshalb? Weil er die auswärts wohnenden Kranken, die sich im Hospital bei ihm ärztlichen Rath und Medicamente holten, nicht unter freiem Himmel stundenlang stehen lassen wollte, sondern in den großen, bloß vom Komité benutzten, Saal der Anstalt eintreten ließ. Darüber gerieth er mit dem Komité in Streit, da es ihm durch Schloß und Riegel den Saal versperrte. In gedachtem Meeting nun trat Dr. Freund gegen die pietistischen Pfaffen bei der Anstalt (unter denen der muerische Hr. Wallbaum) auf, und zeigte, daß diese Leute, wo sie ihren Fuß hinsetzen, durch ihre Herrschsucht, Unbuddsamkeit und Bigotterie Zwiespalt und Unfrieden stiften. Die pietistische Partei in dieser Versammlung merkte bald, daß sie nicht die gehoffte Unterstützung finde. Die Opposition war so stark, daß der Herzog von Cambridge, Ritter Bunsen und andere Mitglieder des Komités den Saal verließen. Die Zurückbleibenden konstituirten sich zu einem neuen Meeting und beschloßen, daß die gegen Dr. Freund vom Komité verhängte „Suspension“ null und nichtig sei, daß letzterer fortwährend als leitender Arzt bei der Anstalt zu wirken habe, bis durch eine inzwischen vorzunehmende Untersuchung sich Grund oder Ungrund der vom Komité gegen ihn vorgebrachten Beschwerden erwiesen habe.

Mit dem „deutschen Hospital“ steht's finanziell sehr schlecht. Seine Einnahmen sind unzureichend, weil eine Menge Personen wegen der pietistischen Leitung dieses Hospitals jede Beisteuer verweigern. Man hat nun

die deutschen Arbeiter in London zu Beiträgen aufgefordert, bis jetzt mit keinem Erfolge, denn auch die Arbeiter wollen sich in keiner Weise an einer Anstalt betheiligen, die mit ihren Ansichten und Interessen im offenen Widerspruch steht.

Um diese Abneigung der Arbeiter gegen die Anstalt zu begreifen, muß man wissen, daß in dem Hospital 1, eine Anzahl von barmherzigen, aus einem rheinpreussischen Kloster verschriebenen Schwestern die Krankenpflege üben und den Kranken fortwährend mit religiösen Geschichten behelligen, 2, daß eine Anzahl von deutschen pietistischen Geistlichen fortwährend den Kranken umlagern, Besserung predigen, Nicht-Protestanten und Protestanten zum Pietismus zu befehren suchen (bei einigen Juden ist das fromme Werk gelungen); und 3, daß innerhalb des Hospitals jedes Wort über Politik auf's Schärfste untersagt und kein anderes Buch, als die Bibel zu lesen erlaubt ist. Diese Verkürzung der Rede- und Pressfreiheit behagt Arbeitern wenig, die durch längern oder kürzern Aufenthalt im Auslande sich einigermaßen von dem Bevormundungssystem, unter dem sie früher lebten, entwöhnt haben.

An Bibeln ist die Anstalt sehr reich. Sie hat eine ganze Masse von den selig im Herrn entschlafenen „evangelischen Jünglingsvereinen“ geerbt. Ohne auf die Klagen der Kranken über ungenießbar schlechtes Brod, Bevorzugung der fleißigen Bibelleser durch bessere Kost u. einzugehen, genügt schon das Wenige, um zu begreifen, weshalb der Aufruf an die Arbeiter zur Unterstützung des Hospitals so taube Ohren findet und weshalb auch unter den anfässigen deutschen Bourgeois Viele zurücktreten und Andere von vornherein jede Theilnahme verweigern.

(Aus Paris, 20. Oktober.) Unsere Politik ist zu einer so jämmerlichen Kleinlichkeit zusammengeschrumpft, wieder so ganz in den Sumpf der alten Hof- und Familienintriguen hineingepatscht, daß sie einem entschledenen, resoluten Manne — der noch andere Zeichen der Mannheit hat, als Beinkleider, Frack und Manschetten — nur den allerhöchsten Ekel erregen kann. Froh, wie ein Primaner, der zum erstenmal in den Ferien seinem Heimathstädtchen zueilt, um den Gespielinnen mit seiner jungen Herrlichkeit zu imponiren, zog ich heute hinaus, am Montmartre vorüber, in jene Dörfer in Paris, die ich seit Jahren durchwandere und kenne. Aber, die Reflexion drängt sich aller Orten hinzu und macht einem ein naives Hingeben an unbefangenen Frohsinn fast unmöglich. Den verfluchten Journalen mit ihrem Gesudel über Guizot und Karvaez, Praslin und Teste, Christine und Isabella bin ich zwar für heute entlaufen; an sie will ich heute nicht denken. Lassen Sie sich statt dessen erzählen, was für Leute die s. g. Campagne um Paris herum bewohnen. Möchte die Art meiner Auffassung fleißige Beobachter deutscher Länderstrecken bewegen, ähnliche Skizzen zu veröffentlichen, — dadurch lösen sich vielleicht die allgemeinen Begriffe in anschauliche plastische Gebilde auf. —

Die Bewohner der Dörfer um Paris sind von 2 verschiedenen Gattungen, Bourgeois und Cultivateurs. Zu den Bourgeois gehört zuerst der

pariser Bürger, Geschäftsmann, Gelehrte oder Kapitalist, der eine Campagne, ein Landhaus eigen oder zur Miethe in den zunächst um Paris gelegenen Dörfern besitzt, und entweder dort den Sommer zubringt, oder der Wohlfeilheit wegen das ganze Jahr hier verlebt und seine Renten verzehrt. Dieser Menschenschlag gehört zu den unerträglichsten Leuten, die es auf dem Erdboden gibt. Der pariser aktive Bourgeois, der echte Parvenu in Thätigkeit hat bei seiner gemeinen Behäbigkeit doch einen gewissen französischen Stolz auf seine Errungenschaft, was einiges Interesse an ihm einflößt — diese landbewohnenden Bourgeois, die Retirés mit ihrem echten Namen, spreizen sich nur mit ihrer Behäbigkeit, sind — ich finde wahrlich kein deutsches schlagendes Wort dafür — die *outréouissance* selber. Der Retiré vegetirt, genießt nur in vollständigster Unthätigkeit — er verhält sich vollkommen passiv gegen das Leben; er will nicht mehr reicher werden — damit ist Alles gesagt. Darum gleicht der zurückgezogene Krämer dem ehemaligen Professor an der Sorbonne wie ein Ei dem andern; der alte Oberst, der abgedankte Generaleinnehmer, der ehemalige fürstlich-leiningische Gefandte, der alte Baron Bilderbeck, der Dichter der Urne im einsamen Thal und unzähliger deutscher und französischer Romane und Schauspiele, dem als Millionär retirirten Wasserträger oder Entrepreneur der fosses inodores. Alle essen und trinken, wissen eine Stunde nachdem sie den Siècle gelesen haben, nicht mehr was drin stund, und kommen des Abends mit ihren Damen zu einer Thee- und Spielparthie zusammen. Unausstehlich ist das rechte Wort nicht für diesen Umgang — man ist an dem Tage begraben gewesen, den man mit diesen Mumien zubrachte. Dabei einen Hochmuth auf dies Nichtsthun, auf ihr souveraines Siechthum, wie ihn ein Held, ein Erlöser von Profession nicht hat. Und diese Menschen sind die Götter der Campagne.

Zu den Bourgeois gehören ferner alle Landbewohner, die verheirathet und selbstständig sind, und andere Geschäfte als den Landbau betreiben. Dahin gehören Perückenmacher, Seiler, Krämer, Bäcker, kleine Kaufleute und Weinhändler. Sie stehen zwischen den Retirés und den Cultivateurs, haben die spitzbübischen Bauernmanöuvres gelernt, und die spitzbübische Städterränke nicht vergessen — wahre Amphibien sind sie halb roh, halb gewigt, halb bäurisch gekleidet, halb geschmacklos städtisch in fertige, für alle Welt gemachte Kleider gesteckt. Ihr Handel beruht nicht auf einem durch Nachfrage und Ankaufspreis bestimmten Gewinn, sondern auf einer ununterbrochenen Reihe der plumpsten, verbrauchtesten Betrügereien. Der Landkrämer kauft absolut nur pariser Ausschußwaaren; er betrügt an Qualität wie an Maas und Gewicht, er leugnet einem das Weiße aus den Augen, er sinnt, er rechnet auf weiter nichts als auf Prellerei. Nebenbei wuchert er mit kleinen Kapitalien mit den Bauern, und erpreßt von ihnen bereits vor der Erndte seinen Bedarf an Kartoffeln und Gemüse für den Winter. Was man schmutzig nennen kann — das ist dieser Menschenschlag.

Zuletzt gehören hierher die Landärzte, die Pfarrer, die Einnehmer, die Institutsvorsteher, die Notäre und die Huissiers: lauter Ausschuß aus den pariser Kategorien dieses Namens — bodenlos gemeines, gewissenloses, ignorantés Geschmeiß — die wohlverdiente Landplage ihrer Untergebenen.

Ich rede hier nicht im Allgemeinen, ich kenne durch meine häuslichen und Gemeindebeziehungen mehrere Duzende dieser Leute — nicht einen einzigen lernte ich kennen, mit dem ich Salz essen möchte. Bantrutte pariser Kaufleute, durch irgend eine Infamie in Paris compromittirte Aerzte, Advokaten, Priester und andere „Honorationen“ werfen sich auf die nächste Umgebung der Hauptstadt, und erpressen hier und dort, was sie noch können. Einem Arzte und einem Notär hier in die Hände fallen, oder an Leib und Geldbeutel geschunden sein ist eins und dasselbe. Gil-Blas' Quacksalber sind medizinische Künstler gegen unsern Arzt — ich sah ihn einem sechsjährigen Knaben mit einem verrosteten halbpfündigen Brecheisen einen Zahn abbrechen — mir verging das Hören und Sehen — dem armen Kinde war der ganze Mund zerrissen!

Ich verlasse auch diesen Menschenschlag und komme zu der herrschenden Klasse, zu den Bauern.

Die hiesigen Bauern sind zu eif zwölftheilen nicht Eigenthümer des Grundes und Bodens, den sie bebauen, so wenig als der Häuser, die sie bewohnen. Der pariser mittlere Bourgeois, der einen naiven Hang hat, das zu sehen, was ihm gehört, kauft sich nur ungern weit weg von Paris an: er bezahlt den Grundbesitz in der Umgegend der Hauptstadt lieber dreimal so theuer, als er werth ist, als daß er sich Güter in der Provence oder in Langedoc kauft — er will seine Güter in der Nähe haben. So kam es, daß fast alles Land in einem Durchmesser von 10 Stunden, Paris als Centrum genommen, pariser Rentiers gehört, die es, um die höchstmöglichen Preise natürlich, an die Bauern verpachten. 80—100 Franken Pachtzins zahlt er für den rheinischen Morgen. Kann der Bauer ein einziges Mal nicht zahlen, so leiht ihm sein Grundherr noch Geld dazu, natürlich gegen Hypothek seines Hauses, so geräth dieses am Ende in Saut, und es fällt ebenfalls dem Pariser Rentier in die Hände. Um diesen horrenden Pacht erschwingen zu können, verwandelt sich der hiesige Bauer in einen Stier. Härter, anhaltender und geschickter sparsamer und profitlicher als er hier arbeitet, arbeitet der Bauer selbst nicht im Rheinthal. Auf demselben Boden macht er regelmäßig zwei Erndten des Jahres. Keine Scholle bleibt jemals brach liegen. Dies ist natürlich nur des Düngers wegen möglich, den Paris liefert — dort verwandelt sich, wie Felix Pyats Lumpensammler sagt, alles Irdische in Mist! Den einzigen Kirchweihstag, oder sein eigenes Hochzeitfest ausgenommen kennt der hiesige Bauer keinen Ruhetag im ganzen Jahr. In der brennenden Hitze des vorigen Sommers (1846) sah ich diese Bauernherkuleffe von Morgens 3 Uhr bis Nachts um 11 Uhr, mit Unterbrechung von einer einzigen Stunde, ihre Gemüesfelder s. g. Marais geradezu unter Wasser setzen. Sie schöpfen das Wasser aus kleinen von der Seine und der Dife, von der Mosne und andern kleinen Bächen gezogenen Leitungen und trugen tausende von Eimern auf ihre Felder. Während in meinem Garten aber auch Alles trotz menschlichen Begießens sich nur kümmerlich gegen die glühenden Sonnenstrahlen erhielt, hatten diese Buschmänner wahrhaft exotische Vegetation in ihren Feldern. Artischocken und Krautköpfe und Blumenkohl von nie gesehener Größe! Da hätte einer von Regen reden sollen! Gesteinigt würden sie ihn haben. Die Sonne, sagten sie, hätten

ſie nicht in den Augen, aber ſo lange die Seine Waſſer hat, trügen ſie den Regen auf ihre Felder. Der hieſige Bauer geht niemals in die Kirche; er ſchickt ſeine Kinder vom 4ten bis zum eilften Jahre in eine ſ. g. Schule — denn da der Staat die Volkſchulen hier nicht bezahlt, ſo ſind die Schulen bloße Aufenthaltsorte, in denen die Jugend beten und Kirchengeſänge brüllen lernt — an Leſen, Schreiben und Rechnen iſt nicht zu denken.

Daher iſt die Ignoranz unſerer Landleute in Bezug auf Alles, was Bodenkultur u. Wetterprophezeihung — darin ſind ſie ſehr ſtark — nicht angeht, ganz kolossal, — für Duacſalber, Winkeladvokaten, Ferkelſtecher u. Notäre ſind dieſe Gegenden daher unſchätzbar. Denken Sie, daß in einem Dorfe von 3000 Köpfen wie Billiers-le-Bel, oder Ecouen die Etüde, d. h. das nackte Geſchäft eines Notärs 150 bis 200,000 Franken koſtet! Wie iſt es möglich, daß der Notär nur die Zinſen dieſes Kapitals herausbringt? Ganz einfach, — der Bauer kann nicht ſchreiben, nicht rechnen und nicht leſen, und trotzdem hat er es mit Maſſen von Geld zu thun. Mißtrauiſch wie jeder Ignorant und Schurke macht er Alles nur ſchriftlich ab — jede Quittung, jede Rechnung ſtellt ihm der Notär; von 100 Akten, die der Notär aufnimmt, muß er bei 99 konſtatiren, die Parteien hätten erklärt, ſie könnten nicht einmal ihren Namen ſchreiben.

Welcher Grad von Rohheit daher unter Menſchen herrſcht, die doch Tag für Tag mit ihren Waaren und Produkten nach Paris, dem „Centrum der Civiliſation“ kommen, iſt kaum zu beſchreiben. Nur höchſt ſelten entdeckt man einen Zug von Güte, von Menſchenliebe in dieſen Leuten; es ziehen Regimente mit klingendem Spiel durchs Dorf, — kein Zug der Neugierde, der Freude — kein Kopf guckt aus den Fenſtern; der Sou ſoll noch geſchlagen werden, den ein hieſiger Bauer einem armen Wanderer giebt — aus Mangel an jeglichem Gemeinſinn iſt in ihren Dörfern nur die Straße beleuchtet und gepflaſtert, die dem Staat angehört; Bivinalwege ſind wahre Sümpfe; ſie eſſen, wie das Vieh, faſt lauter rohe Speiſen, Salat und Brod dazu, oder ein Stück Speck; kochen ſie jemals, ſo iſt ihr Getöck ein ſchwarzes, ſcheußliches Mus aus Zwiebeln, Speck, Kartoffeln und Hammelfleiſch zuſammengehackt. Was ſie abhält, ſich einander zu zerfleiſchen, iſt nur die unausgeſetzte Iſolirung bei der Arbeit, und die Furcht, während einer Gefängnißſtrafe Arbeitszeit und damit Geld zu verlieren. Niemals erweiſt ein Bauer dem andern eine Gefälligkeit; hat er es doch einmal gethan, ſo fällt es ihm gar nicht ein auf Gegenseitigkeit zu rechnen. Der Zufall hat es gewollt, daß ich viele tauſend Lauchpflanzen zu viel in meinem Garten hatte. Ich wußte nicht, was mit anfangen, und ſchenkte dieſe ganze Beet einem Nachbarn. Er ließ nicht ein einziges Pflänzchen zurück. 8 Tage ſpäter fand ich, daß um ein Beet voll zu machen, mir etwa 50 Stück dieſer Pflänzchen fehlten: ich ging denſelben Nachbarn an — und er verkaufte mir von meinen eigenen Pflanzen fünfzig für 4 Sous. Es wäre ihm unſinnig vorgekommen, wenn er mir ſie ſchenkte. Ähnliche, wenn auch nicht ſo ſchneidende Fälle erlebte ich alle Tage.

Für heute genug — es war mir eine wahre Erholung, ſtatt von

castilischen Stuten und Hengsten auch einmal von bäurischen Stieren reden zu können. —

(Brüssel, 22. Oktober.) Nach all' dem Lärmen und Treiben während der Septemberfeste schreiten wir jetzt wieder in dem gewöhnlichen Lebensglaufe fort, so gut es gehen will. In den verschiedenen Ministerien wird ämsig gearbeitet; denn die Eröffnung der gesetzgebenden Kammern findet spätestens den 9. November statt, wofern sie der König nicht etwa einige Tage früher einberuft. In Belgien hängt es in keiner Weise von der Regierung ab, den Zusammentritt der Kammern über eine bestimmte Zeit hinauszuschieben. Diese kommen jedes Jahr, falls sie nicht früher eröffnet werden, vermöge eines Artikels in der Verfassung spätestens am zweiten Dienstage des Novembers zusammen. Das doktrinäre Ministerium Rogier präparirt sich daher, um wenigstens einige der in seinem Programm verheissenen Gesetzworschläge gleich im Anfang der Session zur Berathung vorzulegen.

Keine andere Angelegenheit macht dem Ministerium so viel zu schaffen, als die in den beiden Flandern und einigen angränzenden Distrikten unter der arbeitenden Klasse nicht bloß fortdauernde, sondern stets höher anschwellende Noth. Unter der Masse von Vorschlägen und Entwürfen zur Ausrottung des Pauperismus kommt es zu keinem festen Entschlusse. Doch muß es sich jetzt nothgedrungen entscheiden, weil bald nach Eröffnung der Kammern die Zustände in den beiden Flandern zur Diskussion gebracht werden müssen. Daß ein Ministerium der Bourgeoisie dem Pauperismus eben so wenig abhelfen, ihn eben so wenig ausrotten wird, als das am 8. Juni in den Wahlen besiegte katholische Cabinet, liegt auf der Hand. Das erstere wird aber gleichwohl etwas weitergehende Maaßregeln ergreifen müssen.

Der Ausfall der Ernte hat auf das flandrische Elend nur geringen Einfluß; wäre doppelt so viel Getreide im Lande und die Preise um die Hälfte niedriger, der massenhafte flandrische Pauperismus dauerte gleichwohl fort. Die diesjährige Ernte ist durchschnittlich eine gute zu nennen; sie ergiebt einen Ueberfluß von 3 Millionen Hektoliters über den gewöhnlichen Bedarf des Landes. Die Getreidepreise gehen zwar allmählig herunter, indeß doch sehr langsam; im Vergleich zu früheren Jahren sind sie immer noch ziemlich hoch. Die gute Ernte mindert in keiner Weise die unzähligen Haufen flandrischer Bettler, die sich nach den andern Provinzen begeben, um ihr Leben fortzukristen. Brüssel war sonst ihr gelobtes Land; das ist ihnen durch vermehrte Polizei, strenge Ueberwachung und Abführung ins Gefängniß und nach einem Bettler-Dépôt etwas verleidet. Der Strom sucht sich daher ein anderes Bett und verästelt sich nach verschiedenen Seiten hin. Gegenwärtig sind es Charleroi und seine Umgebungen, die von jenen Schaaren heimgesucht werden. Die Klagen aus den gedachten Kommunen über den Zubrang flandrischer Armen und ihr oft drohendes Auftreten werden täglich ärger. Man kann sich vorstellen, wie das im Winter werden wird.

Die Industrie-Ausstellung wurde mit dem 1. Oktbr. geschlossen. Die

aus 37 Mitgliedern bestehende Jury ist mit Ausfertigung der Liste beschäftigt, nach welcher die Vertheilung der Preise an die Aussteller der vorzüglichsten Produkte erfolgen soll. Der Jury ist vom Minister nachträglich aufgegeben, sich von den Ausstellern diejenigen ihrer Arbeiter namhaft machen zu lassen, welche durch Tüchtigkeit in ihrem Fache und „gute Ausführung“ eine Belohnung verdienen. Den so bezeichneten Arbeitern wird dann ebenfalls eine „Auszeichnung“ zu Theil werden.

Die Arbeiter selbst fragen, warum man denn bloß bei ihnen eine „Auszeichnung“ von guter moralischer Führung abhängig mache, während die Jury dem ausstellenden Bourgeois ohne Rücksicht darauf, ob er säuft, hurt, spielt, betrügt, lügt u. die goldene Medaille zuerkennt, also lediglich das ausgestellte Produkt des Fabrikanten, nicht dessen Lebenswandel zum Maßstabe nimmt. Den Arbeitern scheint es ferner, daß ihre Herren Arbeitsgeber weder hinreichend befähigt, noch unparteiisch genug sind, um über ihren Lebenswandel ein Urtheil zu fällen. In den Augen des Fabrikanten führe sich derjenige Arbeiter am moralischsten auf, der sich am demüthigsten und hündischsten gegen den Ersteren betrage, kurz, wer am Besten das geduldige Schaaf zu spielen wisse. Man will 1000 Arbeitern einen Preis zuerkennen, während über 300,000 Arbeiter bei Hervorbringung der auf der Industrie-Ausstellung befindlich gewesenen Produkte beschäftigt sind. Da ferner nur ein Theil der Fabrikanten an der Ausstellung Theil genommen, mithin nur die von ihnen beschäftigten Arbeiter in Betracht kommen, so fragen die Uebrigen, was sie dafür können, daß ihre Arbeitsherren sich fern gehalten, daß sie somit von vornherein bei dieser sogenannten von der Staatsbehörde angeordneten „Auszeichnung“ befeitigt sind?

Seit Anfang dies. Monats dreht sich der Streit zwischen den Journalen der katholischen und liberalen Partei um eine von der ersteren gegen Hr. Leclercq, dem der Gesandtschaftsposten in Rom angetragen worden, in aller Heimlichkeit durchgeführte Intrigue. Es ist bekannt, daß das katholische Ministerium de Theux, kurz vor seinem Zurücktritt und nachdem es lange zuvor seine Entlassung eingereicht, den Grafen Vanderstraeten-Ponthoz, einen der klerikalen Partei durch und durch ergebenen Mann, zum Gesandten am päpstlichen Hofe ernannt hatte. Das Ministerium Rogier, so feig es sich in Bezug auf andere Anhänger der katholischen Partei bewies — es ließ z. B. die jesuitischen Gouverneure Muelenaere und d'Huart auf ihren wichtigen Posten — stellte doch hier als unerläßliche Bedingung die alsbaldige Absetzung des Vanderstraeten auf und ersah Hr. Leclercq, der wegen seiner höchst mäßig-liberalen Ansichten und sogar als fleißiger Besucher der Kirche und Mitmacher aller Ceremonien bekannt ist, zum Nachfolger. Die katholische Partei wußte durch hochgestellte Personen in Brüssel — unter denen der Herzog von Ahremberg zu nennen ist — den Einfluß aristokratischer und jesuitischer Familien in Rom geschickt zu benutzen und den Hr. Leclercq als einen der katholischen Kirche feindlich gesinnten Menschen hinzustellen. Es währte nicht lange, so erklärte der hiesige päpstliche Nuntius dem Minister Rogier, daß der Pabst den Hr. Leclercq als Gesandten nicht empfangen könne. So sehr sich nun anfänglich die katholische Partei über das Gelingen ihrer Intrigue ge-

freut hat, steht sie jetzt, daß sie sich selbst den schlimmsten Streich gespielt hat. Denn wenn je die öffentliche Meinung das Verfahren der klerikalen Partei energisch verdammt hat, so ist es in dieser Angelegenheit geschehen, besonders da durch den Kampf in den Journalen alle Fäden des schmutzigen Jesuitengewebes ans Tageslicht gekommen sind.

Schließlich gedente ich eines Planes, den die hiesigen Schneider, insoweit sie Gesellen, überhaupt Lohnarbeiter sind, binnen Kurzem auszuführen verabredet haben. Sie wollen sich insgesammt vereinigen, auf gemeinschaftliche Rechnung einkaufen, arbeiten, verkaufen. Sie haben berechnet, daß sie dem Konsumenten um mehrere Prozent billigere und zudem bessere Waare liefern können, als dies jetzt geschieht, und daß die Arbeiter sich gleichwohl unverhältnißmäßig besser stehen werden, als gegenwärtig. Dies ist hier der erste Versuch einer Vereinigung unter den arbeitenden Klassen, wenigstens unter einem Theile derselben und wird zu weiteren, größeren, umfassenderen Versuchen führen. Daß die Schneider mit ihrem Plane nicht lange bestehen können, werden sie bald selbst merken und ist für Jeden klar, der die jetzigen Arbeitsverhältnisse, die auf dem Kapital, auf der freien Konkurrenz beruhen, nicht aus den Augen verliert. Allein die Proletarier werden vielerlei Fehlversuche machen müssen, ehe sie in ihrer Organisation und in ihrer Einsicht in die Lage der Dinge so weit gelangt sind, daß sie endlich das Rechte treffen und zugleich die Macht besitzen, es durchzuführen.

*** (Zürich, Mitte Oktober.) (Beschlüsse von Graubünden und St. Gallen. Waffensendung von Besançon. Macht der liberalen Stände. Gr. Rath von St. Gallen. Fremde in der Schweiz und in Deutschland. Noble Gesinnung eines Zürch. Pfarrers.) Die feberhafte Spannung, mit welcher seit einigen Tagen die Augen aller liberalen Züricher gegen Osten, nach Thur und St. Gallen, sich richteten, hat endlich der beruhigenden Gewißheit und zugleich auch dem lautesten Jubel Platz gemacht: die Beschlüsse der dort versammelten Gr. Räte waren die letzten, welche noch fehlten, um die Zwölfstimmenmehrheit auf der Tagsatzung für die bewaffnete Exekution der gegen den Sonderbund gerichteten Beschlüsse vollzählig zu machen; sie sind da: am 13. Abends theilte der Kapitain des von Schmerikon, am obern Ende des Zürichsees, kommenden Dämpfers an allen Landungsplätzen Zettel unter die Rahnführer aus des Inhalts: „die Liberalen haben gestern im Gr. Rathe zu Thur mit 38 gegen 27 Stimmen gesiegt!“ — am 14. Morgens um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr sprengte schwelßbedeckt eine Stafette von St. Gallen in die Straßen Zürich's mit der Nachricht: „heute Morgen um 3 Uhr (es sind 16 starke Stunden von St. Gallen nach Zürich) hat der Gr. Rath von St. Gallen mit 76 gegen 73 Stimmen bewaffnete Exekution gegen den Sonderbund beschlossen!“ — Sie können sich den Jubel denken, den diese Nachrichten verursachten; nur die eifrigsten Radikalen machen bedenkliche Gesichter, aus Furcht — der Sonderbund werde zum Rückzug blasen, und die radikale Schweiz werde so die schönste

Gelegenheit verlieren, die ihr seit Jahrhunderten geboten, an die Stelle des fünfzehner Bundes ein neues stattliches Gebäude zu setzen, in welchem zwar alle 22 souverainen Kantone nebeneinander Platz hätten, dessen obere Leitung aber in die Hände eines mit hinreichender Kraft ausgerüsteten Bauherrn gelegt wäre; — mit einem Worte, sie glauben, durch ein Nachgeben des Sonderbundes würde die Leitung der Dinge, die jetzt unzweifelhaft in der westlichen Schweiz zu suchen ist, wieder an die gemäßigtere östliche Schweiz übergehen, und dann der günstigste Moment für Durchsetzung einer radikalen Bundesrevision, nach dem Prinzipie der Kopfszahl und auf dem Wege des Verfassungs Rathes, unbenutzt verabsäumt werden. Nun! bei der Mehrheit der Sonderbundsstände ist von Nachgiebigkeit noch nicht viel zu verspüren: Uri und Unterwalden, die Majoritäten in Wallis, Freiburg, Schwyz und Luzern folgen blind ihren geistlichen und weltlichen Führern; diese suchen ihr einziges Heil in dem konsequenten Festhalten der bisherigen Prinzipien, in Aufstellung einer einigen, kompakten katholischen Schweiz, die jetzt zwar nur von ihrer Vertheidigung redet, die aber im ersten besten günstigen Augenblick auch die Offensive ergreifen könnte. Sie spielen daher, banterotten Spielern gleich, ihr großes Va banque; am Tage der Entscheidung werden die Luzerner freilich ihren „Schwarzwälder,“ ihren „Blutbäni“ (Bernh. Meyer, von seiner Sendung nach Wallis her) vergeblich in ihren Reichen suchen; dieselben werden mit den Jesuiten P. Koh und andern dieses Gelichters sich schon in respektvoller Entfernung halten. Freiburg ist von diesen Kantonen noch am Wenigsten sattelfest; abgesehen von dem Wiedererwachen der liberalen Opposition in Murten, Boll und Greyerz ist es im Schooße des Staats Rathes selbst schon zu den unangenehmsten Debatten gekommen, in Folge deren der Schultheiß Fournier (Sie kennen von der letzten Tagsatzung her sein ehrliches Gesicht) seine Demission einreichen wollte; er wurde jedoch bedeuert, das jetzt bleiben zu lassen, er sei an allem Unheil Schuld, und dürfe sich nun, im Augenblicke der Gefahr, nicht zurückziehen. Dazu die größte Ebbe im Staats schatz, so daß die Regierung schon zu den winzigsten Anleihbegehren sich veranlaßt sah, und endlich noch die vereitelte Sendung von Kanonen, Pulver und Blei und 6000 Flinten aus dem Zeughause von Besançon, die Hr. Guizot so gütig war, seinen guten Freunden, den Sonderbündlern, zukommen lassen zu wollen. Der Staatsrath von Neuenburg hätte so gern durch die Finger gesehen, trotz der Mahnungen des Vororts, der sogar die minutiösesten Details gab; — da kommen leider die ungeschliffenen, von Waadtländern aufgewiegelten Patrioten des Val-de-Travers, fassen 4 Wagen ab, und esfortiren sie im Triumph nach St. Croix auf Waadtländer Gebiet; dessen Regierung, nicht faul, requirirt ohne viel Umstände zu Yverdun das Neuenburger Dampfschiff L'industriel, bemannt dasselbe mit einer Kanone und ein paar Duzend Schützen, läßt es lustig auf dem Neuenburger See herum kreuzen und erwischt richtig in der Nacht vom 10. auf den 11. einen andern Theil jener Sendung, durch „offenbare Piraterie,“ wie unsere „Eidg. Ztg.“ sich ausdrückt. Die übrigen Wagen kehren eiligst auf französisches Gebiet zurück, und die Neuenb. Regierung, an welche der Vorort unterdessen den Hrn. Stockmar als Abgeordneten gesandt, windet und krümmt sich vor Verlegenheit, wie sie ihr Legalitäts-

prinzip und die Nichtachtung des legalen Tagsatzungsbeschlusses vom 21. August in Einklang bringen möge; Staatsrath Calame, der in Bern war, mußte unverrichteter Sache wieder nach Neuenburg zurückkehren. —

Etwas anders verhält sich die Sache im 7ten Sonderbundstande, in Zug; seit dem entschiedenen Auftreten der über ein Drittheil der Gesamtzahl betragenden liberalen Teilnehmer der letzten Landsgemeinde vom 3. Okt., fühlt sich die Regierung nicht mehr recht heimlich auf ihren Sesseln, und sie beginnt schon unsicher hin und her zu schwanken: bald heißt es, es soll ein Bataillon Schwyzer einrücken, bald redet man wieder von einem Rücktritt aus dem Sonderbunde. Der am 13. versammelte dreifache Landrath verwarf zwar mit großer Majorität den unbedingten Austritt aus dem Sonderbunde, und erklärte sich für diesen Austritt unter ganz unzulässigen Bedingungen, als: Sühnung des begangenen Unrechts (mit andern Worten Wiederherstellung der aargauischen Klöster), Falllassen der Jesuitenfrage, Unantastbarkeit der Bundesakte von 1815 u. s. w., allein wenn das Resultat der Großrathsbeschlüsse von St. Gallen und Graubündten dort bekannt wird, und somit der letzte Hoffnungsschimmer auf Uneinigkeit im liberalen Lager erlischt, — dann dürfte der kleine, von allen Seiten offene Rt. Zug wohl andere Saiten aufziehen. Nun, das wird die nächste Zeit lehren. Die liberalen Stände sind vollkommen gerüstet, und des ersten Winkes der Tagsatzung gewärtig, um die Offensive gegen die renitenten Kantone zu ergreifen. Letztere können über eine Macht von wenigstens 32,000 Mann verfügen, die fast Alle wohlbewaffnet, zum großen Theil fanatisirt, zum kleinern von wirklich militärischem Geiste besetzt sind, wie namentlich die Bataillone von Schwyz. Die Eidgenossenschaft dagegen, wie sie von den 12½ Ständen repräsentirt wird, stellt ein Bundeskontingent von 50,000 M., welches nach den gemachten Rüstungen und sonstigen Vorbereitungen mit Leichtigkeit auf 100,000 wohlbewaffnete Soldaten gebracht werden kann. Bern z. B. hat 22 Bataillone Auszug und Reserve; daneben hat die Regierung 28 Landwehr-Bataillone aus der uneingetheilten Mannschaft vom 21. bis zum 39. Jahre gebildet; außerdem besitzt sie einen Artilleriepark von wenigstens 100 Kanonen; die ganze bewaffnete Mannschaft beträgt nahe an 50,000 M. Die Waadt hat am 3. Okt. ihre Truppen beeidigt, nämlich 20,000 M. Auszug und Reserve, 16 Depotbataillone und 8 Bat. Freiwilliger, zusammen 34,000 M. Aargau reorganisirt, außer dem Auszug und der ersten Landwehr, seine 2te Landwehr und hat allgemeine Landesbewaffnung wie die Waadt angeordnet. Zürich hat 15,000 M. Auszug und erste Landwehr auf's Piket gestellt, seine Artillerie ist ganz vorzüglich, seine zweite Landwehr wird ebenfalls mobil gemacht; Zürich kann, sobald es nöthig wird, in Zeit von 12 Stunden 2 Bataillone, in 18 Stunden 6 Bat., in 24 Stunden den gesammten Bundesauszug in den Rt. Zug oder in das etwa bedrohte Freienamt (Aargau) werfen, und das kann vielleicht heute oder morgen geschehen, falls nämlich das etwas unwahrscheinliche Gerücht sich bewahrheitet, der Sonderbund werde die Offensive ergreifen, sobald sich 12 Stände für bewaffnete Exekution erklärt. Die übrigen liberalen Stände rüsten ebenfalls nach Kräften; Sie mögen also ermessen, über welch' eine

Macht wir verfügen können, wenn wir wirklich alle unsre Kräfte anspannen wollen. —

Am 17. kommt die Tagssagung wieder in Bern zusammen; ehe sie „zu den Waffen!“ kommandirt, wird sie noch, vielleicht mit angemessener Bedeckung, eine Absendung von eidg. Kommissarien in die Sonderbundskantone abordnen; sollte dieselbe fruchtlos sein, dann wird binnen 24 Stunden eine eidg. Armee von 80 — 100,000 M. auf den Beinen sein, damit man möglichst schnell den entscheidenden Schlag führen könne. Wir erwarten, in etwa 2—3 Wochen, wenn die Sachen ihren wahrscheinlichen Gang gehen, aufgeboten zu werden, vielleicht auch schon früher, höchst unwahrscheinlich später. Alles freut sich auf den Feldzug, der, wenn er auch heiß werden sollte, uns doch die schönsten Früchte für die Zukunft, für den Wiederaufbau einer in sich einigen und zusammenhängenden Schweiz verspricht. Zwar gibt es auch bei uns einige Wühler, die gern Zwietracht säen möchten; der zum außerordentlichen Staatsanwalt ad hoc ernannte Herr Fürsprecher Ehrhardt hat schon mehrere politische Prozesse dieser Art an die Hand nehmen müssen, unter anderm einen gegen Hrn. Spöndli, einer der größten und giftigsten Helden des Septembertumes, welcher beschuldigt ist, Soldaten zum Ungehorsam gegen die Vorgesetzten aufgewiegelt zu haben.

Ich muß noch mit ein paar Worten auf die Sitzung des Gr. Rathes in St. Gallen zurückkommen, die eine äußerst stürmische war, namentlich die erste vom 11. Oktober, in welcher die Führer der Konservativen es förmlich auf Ueberrumpelung und Sprengung der Regierung abgesehen zu haben schienen; ihre Sprache war so frech, so anmaaßend, daß es wahrlich einer starken Dosis Kaltblütigkeit bedurfte, um nicht in gleicher Münze zu erwidern. Bei einer Beifallsbezeugung von der Tribüne her schreit Oberst Breni: „ich befehle die Tribüne zu räumen!“ „Und ich befehle, sie nicht räumen.“ fügt Hr. Großrathspräsident Steiger hinzu, „erwarte aber, daß die Tribüne nicht in die unangenehme Lage bringe, diesen Befehl ausprechen zu müssen.“ — Hr. Baumgartner, der berühmte Apostat, hatte die gränzenlose Frechheit, sich über die Truppenaufgebote in den 3 Nachbarantonen Thurgau, Zürich und Appenzell A. R. zu beschweren, die Regierung dürfe nicht leiden, „daß 3 Fäuste zumal gegen den Kanton ausgestreckt würden,“ durch die Einberufung der 3 Jägerkompagnien, durch die Bildung der freiwilligen Bürgerwache sei die Freiheit der Diskussion gefährdet u. dgl. m. Andre Konservative drückten sich ebenso leidenschaftlich aus; als man sich nun Abends in der Dunkelheit trennte, soll die konservative Partei im Gedränge von Seite des Auditoriums mit einigen Püssen und Rippenstößen regalirt worden sein; Baumgartner namentlich, der im Laufe seines Ergusses die Appenzeller „Buben“ geheißen, trug beim Nachhausegehen von einem solchen „Buben“ eine derbe Ohrfeige davon. Das ist freilich nicht zu billigen; wer aber auf außerparlamentarischen Bahnen wandelt, der mag sich auch auf außerparlamentarische Steine des Anstoßes gefaßt machen. Am andern Morgen natürlich ein gewaltiges Aufheben von diesen Püssen und Ohrfeigen, worauf die Regierung nach besten Kräften Abhülfe versprach; auch erneuerten sich diese Szenen nicht wieder. —

Ich habe sehr häufig schon die Schweizer gegen das allgemeine Vorurtheil, als seien sie sammt und sonders eingefleischte Fremdenfresser, zu verteidigen gehabt; daß selbst Luzern, das verrufene, berüchtigte, Siezwartische, Ammannische Luzern sich in dieser Hinsicht vor manchem deutschen Kulturstaat auszeichnet, soll folgendes Beispiel zeigen. Das Stadthalteramt Luzern verhaftete am 23. März den deutschen Schneider R. Kämpferling wegen Verbreitung der Flugschrift „deutsches Rechenexempel;“ dieser erklärt, die Schrift vom Schneider A. Lang erhalten zu haben, man nimmt Hausuntersuchung bei demselben vor, findet kommunistische Schriften, und verhaftet auch ihn. Er erklärt, Kommunist zu sein, aber nicht nach den Ansichten der abgefaßten Schriften, sein Kommunismus sei friedlicher Art und widerspreche weder der Kirche noch der Gesetzgebung von Luzern. Das Bezirksgericht Luzern, in Erwägung, daß der bloße Besitz von Druckschriften nicht strafbar, daß Beklagte nur der Verbreitung des „Rechenexempels“ überwiesen, daß diese Schrift weder den Kt. Luzern noch die Eidgenossenschaft antaste, daß Schriften, welche Lügen, Beleidigungen, Verläumdungen, Höhnung der gesetzlichen Ordnung, der Sittlichkeit oder Religion enthalten, durch richterliches Urtheil für strafbar zu erklären, zu vernichten oder zu verbieten sind, — erkannte zu Recht, daß eine strafbare Handlung gegen Beklagte nicht nachgewiesen sei, und daß Beide sofort in Freiheit gesetzt würden. Daß man anderwärts mit armen Handwerksburschen wohl weniger Umstände gemacht hätte als selbst in Luzern, dafür folgenden Beleg: „Inhaber dieses ist den diesseitigen Landesvorschriften gemäß, als Angehöriger der Schweiz, angewiesen, bei Meidung des Schubs innerhalb 24 Stunden das Großherzogthum Hessen zu verlassen, keine Handwerksberge zu besuchen, von der bezeichneten Marschroute nicht abzuweichen, und die bis zur Gränze bestimmte Reisezeit einzuhalten. April 1847.“ Ein weiterer Kommentar ist überflüssig. —

Zum Schluß noch folgendes Stückchen, das in Zürich passirte, und welches die Habsucht eines unserer „angesehensten“ Geistlichen, des Diakon Fäsi, auf's Charakteristischste zeichnet. Hr. Escher im Brunnen, ein reicher, konservativer Züricher, schickte dem Hrn. Fäsi für die Konfirmation eines seiner Kinder einen Schuldbrief von 300 Gulden. Ein solcher alter, hypothekarisch versicherter Schuldschein wird fast für besser angesehen als baares Geld; es war also eine Art von Courtoisie, denselben statt baaren Geldes zu überschießen. Hr. Fäsi sack den Schuldbrief ein; als aber das Bäuerlein kömmt, um seine wahrscheinlich schon seit undenklichen Zeiten auf dem Briefe haftenden 4 Prozent zu zahlen, erklärt er demselben, er sei nicht gewohnt, zu so niedrigem Zinsfuß Geld auszuliehen, für die Zukunft habe Schuldner 5 Prozent zu zahlen. Das erschrockene Bäuerlein eilt zum Hrn. Escher, um ihm seine Noth zu klagen, und dieser, auf's Höchste gegen die unsägliche Habsucht erbittert, schickt dem Diakon sofort baare 300 Gulden, und läßt sich den Schuldbrief wieder zustellen. — So etwas ist freilich gesetzlich nicht strafbar, aber ich wüßte nichts seit längerer Zeit, was mich so empört hätte, als die niedrige Gesinnung dieses Pfaffen! —

(Dresden, Mitte Oktober.) Die Publizistik hat sich in neuester Zeit vielfach über einen Krebschaden der Gesellschaft ausgesprochen, der als solcher nur erst durch das treffliche Werk Parent-Duchatels in weiteren Kreisen die ihm gebührende Beachtung gefunden hat, leider aber hat sich auch die bloße schriftstellerische Spekulation auf die Ausbeutung dieses Themas geworfen. Schon Stiebers Buch über die Berliner Prostitution ist nicht von diesem Streben frei; ein reines Produkt desselben aber ist die 26 Bogen zählende Schrift des bekannten schreibseligen Groß-Hoffinger, „die Schicksale der Frauen,“ das nur ein Wiederabdruck der Bevölkerungsstatistik Oestreichs und seiner Geseze über Militairwesen, Ehen und Dienstboten ist, dem der Verf. sehr lüstern geschriebene, angeblich der Wirklichkeit entlehnte Verführungsgeschichten, sogar in dramatischer Form zugesetzt hat. Nur in den letzten Tagen ist von J. Lippert in Hamburg ein gehaltreiches, wissenschaftliches Werk über die Prostitution in dieser Stadt (Hamburg b. Berendssohn) veröffentlicht worden, während ein bei Kosska in Leipzig erschienenes Schriftchen über denselben Gegenstand dagegen ganz unbedeutend erscheint. Angeregt nun durch das Studium Parent-Duchatels und des Stieberschen Buches, veröffentlichte unter dem Titel: Die Prostitution und Emanzipation der Weiblichkeit“ (Leipz. Friesch.) August Hirschold eine kleine Broschüre, in deren ersten beiden Paragraphen, Einleitung u. Quellen der Prostitution, er dem Publikum den Umfang und die Bedeutung dieses Uebels vorführt, immer auf die statistischen Forschungen jener Beiden sich berufend. Im dritten Abschnitte, Stellung der Prostitution, entwickelt er seine Ansichten über die Mittel und Wege ihr zu steuern, die, einem tiefen Gefühle für die Noth der untern Klassen und ächte Weiblichkeit entsprungen, zwar eine scharfe Kritik der jetzigen Mißverhältnisse geben, aber doch in anderer Hinsicht unpraktisch sein würden. Nachdem er gezeigt hat, wie der Rigorismus der Kirche sich des Staates bemächtigt und so den sogenannten christlichen Staat konstruirt hat, der alles Außereheliche mit strengen Gesezen verfolgt, stellt er beiden hier machtlos gebliebenen Gewalten die Sitte gegenüber, durch die „die Sünde gegen das siebente Gebot bis auf unsere Tage herab das Schooskind der Menschheit geblieben sei.“ Wenn nun aber auch die rigoristische Unterdrückung der Prostitution nur zu verunglückten Versuchen geführt habe, „so streite doch die Privilegirung derselben gegen das Prinzip der Selbsterhaltung des Staates.“ Denn wenn dieser Verletzungen des ehelichen Bandes, Rupperei und Tödtung der Kinder bestrafe, da er nur eine durch Ehe beschränkte Geschlechtslust anerkenne, so könne er eine illegale Verbindung zwischen Mann und Weib unbedingt nicht gutheissen, ohne den Werth und die Bedeutung seiner eignen Einrichtungen herabzusetzen. Diesen vom Standpunkte des christlichen Staates theoretisch richtigen Satz will er nun praktisch konsequent durchgeführt wissen und läßt deshalb an ihm alle Gegengründe zerschellen. Zunächst den politischen, daß die privilegirte Prostitution ein Ableiter für den unbescholtenen Theil des weiblichen Geschlechts sei und die bestehenden Ehen schütze. Der angeführte Grund aber, daß der Lüftling lieber Unbescholtene verführe als den freien Markt besuche, dürste nicht sichhaltig sein, denn viele dieser Opfer würden der heimlichen Prostitution anheimfallen, und der rohen Gewalt gedenkt der Verf. gar nicht, die den Senat Vene-

digs veranlaßte, sein Verbot öffentlicher Häuser zurückzunehmen. Viel richtiger ist der Grund, daß die Prostitution Ausgangs- wie Anfangspunkt des Lasters sei, das Erste für die ihr Ergebenen, das Zweite durch Verführung der Jünglinge. Auch die Gesundheitspolizei wird zurückgewiesen. Hier soll der Staat zu Gunsten der Unverheiratheten die Ausschweifung nicht gestatten, sondern auf „möglichst frühzeitiges Heirathen“ wirken. Was aber die ganz oder ziemlich Mittellosen, an dem Heirathen Verhinderten betrifft, so „hat der Staat mit vollem Eifer zunächst an der Beseitigung des Proletariats zu arbeiten.“ Sehr gut, aber bis dahin ist leider noch sehr weit. dauern doch selbst viele wilde Ehen nur aus dem traurig einfachen Grunde fort, daß die kirchlichen Gebühren für die Armen zu hoch sind, als daß sie ohne Gefahr für ihren Lebensunterhalt ihre menschliche Liebe staatlich und kirchlich anerkennen lassen könnten. Der Verf. wirft dem Staate selbst Kupperei vor, die er doch strafgesetzlich ahnde. „Die Subjektivität seiner Staatsbürgerinnen verbiete ihm schlechterdings, sie als offizinelles Heilmittel für das männliche Geschlecht zu bezeichnen; sie spricht gegen die Anlegung von Apotheken, in welche jenes Mittel, bestehend aus den geknickten Blüten der Weiblichkeit, eingesammelt werden soll.“ Geduldet oder nicht geduldet, wir haben aber jetzt dergleichen Anstalten, sollen sie keiner staatlichen Ueberwachung anheimfallen? Der Verf. sagt nein und verwirft die gesundheitspolizeiliche Rücksicht auf diese Heerde der Lustseuche. „Auch diese Ueberwachung — meint er — scheint von zwei Uebeln das größere zu sein. Zuerst ist wohl zu erwägen, daß es gewöhnlich ganz in der Willkür der Staatsangehörigen liegt, ob sie sich dieser Pest aussetzen wollen, während sie den meisten übrigen Krankheiten verfallen sind. Hier fragen wir, ob es nicht die näher liegende heilige Verpflichtung des Staats ist, den letzteren, bloß durch die Mangelhaftigkeit seines eignen Organismus bedingten unzähligen Krankheiten abzuwehren, ehe er sich um die einzelne Seuche kümmert, welche die böse Lust über seine Angehörigen herbeizieht. Es fragt sich, ob die allgemeineren Leiden, welche aus mangelnder oder schlechter Nahrung, aus ungesundem oder unerwärmten Wohnungen, aus dürftiger Bekleidung, die Nerven- und Zehrfieber der Armen nicht eher Berücksichtigung verdienen, als die selbst zugezogenen Maladien der Lüstlinge?“ Warum nicht Beides vereinigen, hat der Verf. nicht selbst gesagt, daß aus der Armuth vorzugsweise die Prostitution sich erzeuge? Er vergift in seinem Feuereifer gegen die zügellose Männerwelt ganz, daß er nicht Vorschläge macht gegen ein erst bevorstehendes Uebel, sondern daß dieses in furchtbarer Größe und Gestalt schon da ist. Soll hier die Gesundheitspolizei die Arme gleichgültig ineinanderschlagen und rufen, es ist euch schon recht, daß ihr krank seid, von mir fordert keine Hülfe? Die Prostitution und mit ihr die Syphilis gehört jetzt ganz besonders mit unter die Krankheiten, „die aus der Mangelhaftigkeit des Staatsorganismus geboren werden, die in Verbindung mit Elend und Entblößung einen immer furchtbareren Charakter gewinnen. Nicht zur Sicherstellung der Lüstlinge, sondern zur Ausrottung dieser Krankheit als solcher hat daher, wie Parent-Duchatelet energisch fordert (Brüss. Ausgabe S. 373), der Staat alle Kräfte aufzubieten. „Rastlos — ruft er — verfolge die Behörde die Krankheiten, welche durch die Prostitution verbreitet werden, es sei ihr

Ziel, sie von der Liste menschlicher Unvollkommenheiten verschwinden zu lassen. Ihre Anstrengungen werden sich auch mit Erfolg krönen, aber es wird dieß das Werk mehrerer Generationen sein, die späteren Geschlechter werden die Früchte dieser Beharrlichkeit ernten!“ Endlich will der Verf. die Syphilis zum Nutzen der Sittlichkeit ausbeuten, „die Furcht vor Ansteckung — ruft er — tritt oft als letzter Hebel der erloschenen sittlichen Kraft ein.“ Wir glauben aber, daß diese Furcht bei erwachter Geschlechtslust nicht wirksam sein oder noch viel Schlimmeres erzeugen werde. Aus diesen Gründen bekämpft der Verf. die Privilegirung der Prostitution und verlangt von der Würde des Staates, daß er sich nur dulndend zu ihr verhalte; wir werden unten sehen, wohin diese Duldung führt.

Im letzten Abschnitt seiner Schrift schlägt er statt der pietistisch klösterlichen Stiftungen für reuige Prostituirte die Gründung eines männlichen Emanzipationsvereines vor, der durch eignes tugendhaftes Beispiel voranleuchtend, die Töchter des Leides und der Freude der gesellschaftlichen Ordnung wieder zuzuführen habe, indem er sie in Dienste bringe oder ihnen ausreichenden Erwerb zuweise. Der Verf. hat sich zwar „keine sanguinischen Hoffnungen über die Wirksamkeit des Vereins“ gemacht, ist aber selbst in der Annahme des Zustandekommens eines solchen Sanguiniter gewesen, bis jetzt wenigstens habe ich noch nichts davon gehört.

Fragen wir nun nach der Stellung und den Gefahren der Prostitution in Dresden, so ist die Antwort aus mehreren Gründen eine schwierige und mangelhafte. Zunächst steht die Staats- wie die städtische Behörde auf dem Hirscholdschen Standpunkte; das Kriminal-Gesetzbuch verbietet in §. 305 die Unzucht als Gewerbe mit 3—6 wöchentlicher Gefängnißstrafe, und in §. 306 die Kuppelei ebenso, Strafen, die im Falle, daß Lustseuche dabei austrat, auf 6 monatliches Gefängniß und einjähriges Arbeitshaus steigen können. Das Gesetz will also von Prostitution nichts wissen, die Staatsbehörde will dessen strenge Handhabung, die Polizeibehörde aber sieht sich genöthigt, dulndend zu verfahren und nur die Uebergrieffe zu zügeln. Wir haben daher hier nur geheime Prostitution, und somit fällt der Maafstab, den Parent-Duchatelet anlegen konnte, hier ganz weg. Es giebt hier keine Bordels, keine Absteigequartiere, keine öffentlichen Dirnen, nein die Häuser, wie die Dirnen sind nur der Kuppelei und der Prostitution „verdächtig,“ und darum unter polizeilicher Aufsicht. Alles, was gegen Winkelhurei geltend gemacht ist, trifft daher auch Dresden in vollem Maafße, und wir werden in Folgendem Beweise dafür bringen, so weit dieß bei dem Mangel an statistischen Nachrichten möglich ist. Ist die Statistik überhaupt noch fern von dem Ziele, in Sachsen als Wissenschaft anerkannt zu werden, ja scheint es sogar, als ob man sie fürchte und hasse, sobald sie sich über Viehzählungen hinaus erstreckt, so begreift sich, daß aus dem obigen Grunde sie den Forscher hier gänzlich im Stich läßt! Damit bitte ich zugleich um Nachsicht für die wenigen Notizen, die ich geben kann und doch nur mühsam zusammengebracht habe.

Ich enthalte mich, auf die Darstellung der Lebensweise dieser unglücklichen Geschöpfe einzugehen, sie ist hier dieselbe wie anderwärts, wir finden dieselbe freche Ausbeutung derselben durch Kuppplerinnen und Wirthinnen, so wie durch die Ausleiherrinnen von Kleidern und Schmuckgegenstän-

den, die verkauft werden gegen monatliche Abzahlung und zurückgenommen, sobald ein solcher Termin nicht eingehalten wird, wenn auch schon zwei Drittel des außerdem überschätzten Werthes gedeckt ist. Ich gehe sogleich zu den statistischen Notizen über. Da seit 1844 der statistische Verein kein neues Heft über die Bevölkerungslisten Sachsens herausgegeben hat, so muß ich der Spezialitäten wegen das Jahr 1843 hier zu Grunde legen. Es hatte danach im Jahre 1843 Dresden 79,000 Einw., worunter 35,942 männliche und 43,053 weibliche; Ehen gab es 11,768, ledige Personen männlichen Geschlechts 23,902, weiblichen 30,869, getrennt lebende Eheleute: Männer 272, Frauen 416. Dazu kommen im Laufe des Jahres 1845: 70,209 Fremde, 19,660 eingewanderte, 16,559 ausgewanderte, 1817 in Arbeit gekommene Handwerksgefelln, 12,492 weibliche u. 4111 männliche Dienftboten, durchschnittlich mit Ausschluß der Beurlaubten 1800—2000 M. Garnison, und die Einwohnerzahl ist auf 80,787 Köpfe gewachsen. Im Jahre 1846 finden sich 71,070 Fremde, 22,000 eingewanderte, 19,172 ausgewanderte und 5027 in Arbeit getretene Gefellen, 13,144 weibliche und 4282 männliche Dienftboten — und doch stellt sich für diese Menge das Verhältniß der Prostituirten sehr günstig. Es gab nämlich im Jahre 1844 unter polizeilicher Aufsicht 53 Kuppelwirthschaften und 165 Dirnen; 1845: 30 Wirthschaften und 119 Dirnen, 1846: 21 Wirthschaften und 128 Dirnen, von denen in den genannten 3 Jahren 99, 122 und 99 zur Haft gebracht wurden wegen Ausübung ihres Gewerbes. Das Mißverhältniß springt in die Augen, Dresden müßte denn eine exemplarisch sittliche Stadt sein, was sie — nicht ist. Die Polizeibehörden sind natürlich bei diesem Zustande der Dinge unvermögend etwas zu thun, und das System des Gehenslassens trägt denn auch seine bitteren Früchte. Von den der Polizei bekannten Mädchen ist der bei weitem größte Theil niederen Standes, das Alter zwischen 17—27 Jahren; genauere Nachrichten ließen sich nicht erfahren, da keine Einregistrierung stattfindet, aus der Parent=Duchatelet seine wichtigen Bemerkungen schöpfte; die in Bordels (d. h. nach unserm offiziellen Sprachgebrauch, der Kuppelci verdächtigen Häusern) zu treffenden Mädchen schlafen und essen auswärts und nur einzelne kontrahiren auch in diesen Punkten mit der Wirthin. Wie viele weibliche Dienftboten, Näherinnen, Fuß- und Blumenarbeiterinnen ihren Erwerb der Prostitution verdanken, darüber läßt sich hier nichts aufstellen, Gelegenheit dazu findet sich besonders auf mehreren berühmten Tanzorten, die nur von der feilen Klasse besucht werden. Daß bei der Menge vornehmer Fremder, bei der Anwesenheit eines Hofstaates auch das Kapitel der unterhaltenen Frauen nicht inhaltsleer ist, daß manche très honeste dame, wie der gute Brantôme seine abenteuernden Edeldamen nennt, auch ihren Platz unter den Priesterinnen dieser Venus einnimmt, bedarf keiner Erwähnung, ist aber, sobald nicht die Sache zum éclat kommt, der Polizei entrückt. Diese befindet sich bei Ueberwachung der Prostitution nothwendig auf einem schwierigen Felde; von oben wird angenommen, daß es keine Kuppelci und keine Freudenmädchen gibt, daß wenigstens ihr Auftreten unnachsichtlich bestraft wird; sie selbst erkennt, daß in dieser Weise nichts auszurichten ist, und gleichwohl fehlen ihr die Mittel zur Sicherstellung der Bewohner vor den Ver-

heerungen der mit der Prostitution unausbleiblichen Syphilis. Ein Blick auf die Krankheitszustände wird dieß klar machen. Bis vor ungefähr 5 Jahren war von einem sogenannten Dispensatorium, von einer Untersuchung prostituirter Mädchen noch nicht die Rede, und als der Bezirksarzt den ersten Versuch zu diesem Behufe machte, erhoben mehre sehr vornehme Herren laute Klage gegen den Polizeidirektor über diese „Chifane,“ wie sie es nannten. So wenig nun im Ganzen diese ärztliche Untersuchung besagt, da sie nur in Zwischenräumen von 8 Tagen eintritt und nicht alle polizeilich bekannten Dirnen zu gleicher Zeit umfaßt, so hat sie doch einen mittelbaren Nutzen geschaffen, die größere Sorgfalt der Mädchen für ihre Gesundheit und ihr freiwilliges Anmelden im Krankenhaus, in welchem Falle sie von jeder Strafe verschont bleiben. Bis zu diesem Zeitpunkte wurden nur die aufgegriffenen Dirnen untersucht und bei Krankheitsymptomen ins Spital geschickt, wo sie im Rückfall mit Spinnhaus bestraft wurden. Fremde d. h. nicht einheimische Mädchen werden ausgewiesen, kehren aber oft genug bald wieder, um sich arretiren und auf Kosten der Stadt heilen zu lassen, da dieß in den meisten Fällen das Endresultat ist. Für die ärztliche Untersuchung wird nichts bezahlt, und nur in wenig Fällen werden die Krankenhaussätze von den Mädchen entrichtet. Nach den Listen dieses Instituts war im Jahre

die Gesammtz. der Kranken,		davon syphilitisch,		männlich,		weiblich.	
1841	=	=	1493	182,	12,19%	80 od. 5,36%	102, 6,83%
1842	=	=	1451	239,	16,46 =	104 = 7,16 =	135, 9,30 =
1843	=	=	1464	236,	16,12 =	90 = 6,15 =	146, 9,97 =
1844	=	=	1404	218,	15,52 =	92 = 6,52 =	126, 9,00 =
1845				fehlt		fehlt	
1846	=	=	1451	174,	11,99 =	79 = 5,44 =	95, 6,55 =

Wir erfahren hieraus, daß die Zahl der Prostituirten eine bedeutend größere sein muß, denn die Zahl der Erkrankten übertrifft wo möglich die der polizeilich Bekannten, und das Verhältniß der Syphilitischen zu den übrigen Kranken ist ein schredenerregendes. Ueber das Militärhospital werde ich Ihnen erst im nächsten Briefe eine Angabe machen, da die versprochene Notiz noch nicht eingegangen ist. Und diesen Zuständen gegenüber sollte die Gesundheitspolizei unthätig verbleiben? Die sächsische Halbsheit, dieses Netten des Scheins, wenn auch die Sache bleibt wie sie ist, tritt auch hier in ihrer verderblichen Wirkung an's Licht, denn wenn Hirschold Vorsorge der Regierung fordert zur Verstopfung der Quellen der Prostitution, so kennt, nach dem Angeführten zu schließen, unsere Regierung diese noch nicht einmal in Bezug auf Dresden, den Sitz ihrer Thätigkeit.

(Leipzig, im September.) Wenn die Trier'sche Zeitung endlich das Brüsseler „Atelier“ bespricht und dessen Vorschläge verfolgt, so thut sie ganz dasselbe, was sich eine kürzlich erschienene Broschüre über „die französische Volksliteratur seit 1833“ zu entwickeln zur Aufgabe stellte. Das „Atelier“ erschien zuerst Ende Juli 1846 und hat seitdem einen tüchtigen Schritt vorwärts gethan. Unter allen andern demokratischen Blättern

fördert es das Volksinteresse am eifrigsten, weil es nicht politisch, sondern sozial wirkt, d. h. weil es das öffentliche Wohl nicht durch politische, sondern durch soziale Reformen zu erreichen überzeugt ist. Gleich anfangs erklärte es sich gegen Konservative und Liberale, welche beide das Volk mit ihren Versprechungen am Narrenseile herumsführten, beide Privilegien beanspruchten, beide also das Volk auszubeuten suchten, auszubeuten unter der Maske der Ordnung und der Freiheit. Im Dezember nimmt das „Atelier“ den bezeichnenden Zusatz *démocratique* an. Es zieht das Elend der Arbeiter in Thatsachen an's Licht; es schlägt zur Abhülfe eine Assoziation der Arbeiter gegen die Arbeitgeber vor, um Jene zu einer völligen Emanzipation vorzubereiten, um sie über ihr eigenes Recht aufzuklären. Von dem guten Willen der politisch Berechtigten erwartet das Volksorgan nichts, wenn es sich auch für die Kammerdebatten und Kammerwahlen interessiert. Dieses Interesse zeigt sich natürlich in kritischer Form. Das „Atelier“ sieht jedesmal zu, inwiefern das Interesse der Masse mit den bürgerlichen parlamentarischen Kämpfen in Verbindung steht; es scheint mir aber mit Unrecht gegen die Behauptungen des *Débat social*, eines anderen demokratischen Blattes, aufgetreten zu sein, welches sich folgendermaßen über die Repräsentation bei Gelegenheit der erneuerten Wahlen aus sprach:

„Was kümmern uns unter dem heutigen politischen und sozialen Regiment die Wahlen, uns Arbeiter und Proletarier? Sind wir nicht von Gnaden der Bourgeoisie von aller wirklichen Theilnahme an dem politischen Leben ausgeschlossen, abgesehen davon, daß die herrschende Klasse den größten Theil der schweren Steuerlast auf unsere Schultern zu legen mußte? Freilich bedeutet Bürgersein gar nichts, außer etwa in den öffentlichen Versammlungen Stimmrecht zu haben und an der Herrschaft Antheil zu nehmen, wie es das Wörterbuch der französischen Akademie erklärt; freilich ist es folglich ein schändlicher Sprachmißbrauch und eine Beleidigung der gesunden Vernunft, eine Nation in aktive und nichtaktive Bürger zu scheiden. Aber weil die Bourgeoisie, von ihrem Klasseninteresse geleitet, die Aktivbürgerrechte und vorzüglich die Wahlrechte nur einer geringen Anzahl Privilegirter übertragen hat, bei denen die Quittung des Steuer-Einnehmers als Nachweis ihrer Fähigkeit genügt; weil endlich Keiner von uns Steuern genug zahlt, um auf der Wählerliste, selbst des kleinsten Dorfes, zu glänzen: so fragen wir auf's Neue, was kümmern die Wahlen den Proletarier?

Oder wollt ihr vielleicht, daß der Eine oder Andere von uns von seinem Rechte der Wählbarkeit Gebrauch mache, das die Verfassung jedem großjährigen Belgier, der seine politischen und sozialen Rechte genießt, verleiht? Ob es auch unter uns Männer giebt, welche eben so gut im Nationalpallast sitzen können, als viele von denen, welche darin sitzen und jetzt danach ringen, das brauchen wir keineswegs zu bezweifeln. Aber es wäre gerade, als wollten wir zu den Wölfen sagen, sie sollten Hämmer zu Letztern nehmen, wenn wir den jetzigen bürgerlichen Wählern vorschlugen, einen Proletarier in die Kammer zu senden. So lange das jetzige Wahlgesetz Kraft hat, ist unser Recht der Wählbarkeit bloß eine Täuschung, ein

bitterer Hohn. Also auch unter diesem Gesichtspunkte kümmern uns die Wahlen nicht.

Was den Gebrauch, den die Bourgeoisie von ihren Wahlrechten machen, was die Wahl, welche ihre erhabene Weisheit und ihr glühender Patriotismus anrathen, was die Personen anlangt, die sie in die Kammern schicken werde: nun, das kümmert uns eben so wenig. Mögen die Liberalen über die Katholiken siegen oder von diesen besiegt werden, mögen Voltaire's oder Loyola's Zöglinge gewählt werden, darauf kommt wenig an. Die Zeit ist vorüber, wo wir auf schöne Versprechungen und honigsüße Reden vertrauten, mit denen beide Parteien so verschwenderisch umgehen; wir kennen jetzt ihren wahren Werth. Sie mögen nur in ihren Journalen schwagen, sie verträten die Sache des Volkes: wir glauben davon keine Sylbe mehr. Denn in ihrem Verfahren sehen wir, daß sie in den Kammern nur an Eines denken, nämlich an ihre Privatinteressen, an die Interessen ihrer Kommitenten, an die Interessen ihrer Klasse. Dächten sie an das Volk, so hätten sie längst die Accise abgeschafft und die Besteuerungsweise verändert. Also noch einmal, weder die Wahlen noch ihre Resultate kümmern uns Proletarier, dadurch bekommen wir nicht mehr Brod und nicht höheren Lohn, mag nun das Ministerium oder die Opposition siegen.“ *)

*) Die hier vom Débat social vorgetragene Ansicht ist die nämliche idealistische Abstraktion, die man auch in Deutschland (in specie bei unserem geehrten Korrespondenten aus Leipzig) so oft bei den Sozialisten findet, obgleich (oder weil?) sie das Leben u. Treiben der wirklichen Welt täglich widerlegt. Die liberale Bourgeoisie denkt nur an sich, nicht an das Volk, sie macht nur Gesetze für sich, nicht für das Volk, die Freiheit, die sie verspricht, ist nur für sie eine wirkliche, für das Volk eine illusorische, das Volk kann nicht durch politische, sondern durch soziale Reform in eine menschliche, materiell und geistig befriedigende Lage gebracht werden u. c. u. c.: — du lieber Himmel, das weiß nun bald jedes Kind und wir sind am wenigsten geneigt, diesen Sätzen zu widersprechen. Aber deshalb dem Volke die Politik zu verleihen, ihm die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, an den Wahlen u. c. abzurathen, das ist eine so große Thorheit, daß wir dem Aelster von ganzem Herzen Beifall rufen, wenn es gegen diese unsinnige Abstraktion auftritt. Was hat die englischen Arbeiter stark und mächtig gemacht? Daß sie sich an den politischen Kämpfen des Staats beteiligten, obschon ihnen die Früchte nicht sogleich in's Maul fielen, daß sie den Sturm der Bourgeoisie gegen den Grundadel unterstützten und sich dadurch Konzessionen erzwingen: — dadurch sind sie dahin gelangt, daß sie jetzt schon mehrere Vertreter im Parlamente haben, daß sie bald das allgemeine Wahlrecht, die Volkspartei durchsetzen und dann die Gesetzgebung in der Hand haben werden. Politische Macht das Mittel, soziale Reform der Zweck! Nur ein Querkeß kann sich dagegen sträuben. Die Industrie ist die Beherrscherin der modernen Welt und die Bourgeoisie ist vor der Hand die Beherrscherin der Industrie. Damit aber die Industrie zu ihrer vollen Entwicklung, zur Erschaffung der Gegensätze, deren Lösung das Problem des Jahrhunderts ist, gelange, muß die Gesetzgebung in die Hände der Bourgeoisie gelangen. Die Bourgeoisie nivellirt dann nach oben und so bleiben zwei Stände, Bourgeoisie und Volk, was man heute den vierten Stand nennt. Dann sind die Reihen geordnet, dann ist das Ziel klar und offen gesteckt. Dann ist die Entscheidung möglich und sie kommt sicher; denn die allgemeinen politischen Freiheiten, welche die Bourgeoisie wegen ihres revolutionären Ursprungs, wegen ihrer Interessen nicht entbehren kann, zu ihrem Aerger meinetwegen, kommen auch dem vierten Stande zu Gute und schaffen ihm erst die Mittel,

†† **Mus Bielefeld**, 3. November. Ich habe der Korrespondenz im vorigen Heft nur wenig zuzufügen. Die H. Delius und Johanning haben wirklich pure abgedankt, weil ihnen die Munizipalbehörden in einem von ihnen veröffentlichten Schreiben mitgetheilt hatten, was die nach Münster gesandte Deputation berichtet hatte, daß nämlich höheren Orts der Austritt jener beiden Herren als Bedingung für die Belassung der Garnison direkt hingestellt sei. Wie diese Mittheilung der Deputation mit der Erklärung des Hrn. Flottwell zu reimen ist, daß er sich möglichst bemüht habe, den Austritt und die Belassung der Garnison, die in einen unbegreiflichen und unpassenden Causalzusammenhang gebracht seien, gänzlich auseinander zu halten, das mag die Deputation mit sich selber ausmachen. Die Garnison ist geblieben; aber die Mittel, durch welche die H. Kommerzienrath Delius, Kommissionsrath Junkermann, Justizrath Bessel dieses Resultat erarbeiteten, haben allgemeine Indignation erregt. Und daß die Majorität der Stadtverordneten die von ihr gewählten Mitbürger nicht kräftiger gegen das Andringen der von jenen Herren verhetzten und misleiteten Bürger schützte, hat bei dem Theile der Bürger, welcher eine männlich feste Gesinnung und ehrenhaften Bürgerstolz höher achtet, als einen möglichen materiellen Verlust, ebenfalls große Mißbilligung gefunden. Zwar ist an Hrn. Flottwell, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, eine Dankadresse, von den H. Junkermann, Delius und etwa 60 Namen unterzeichnet, erlassen. Darin danken die Unterzeichner, „daß es dem Hrn. Oberpräsidenten gelungen sei, die von Wenigen verschertzte Gnade des Königs der Stadt wieder zuzuwenden. Sie beklagen, unter Versicherung ihrer loyalen Gesinnung gegen den König, tief, daß Personen, welche seit Jahren in der Stadt Unruhe erregt und derselben so sehr geschadet haben, jetzt durch Artikel in der „Köln. Ztg.“ (d. h. durch eine getreue Darstellung des Verlaufs) die Unterzeichner auf's Neue um die Früchte der Anstrengungen des Hrn. Oberpräsidenten zu bringen suchen. Sie verwahren sich davor, daß ihnen solches nicht angerechnet werde.“

Daß die Majorität der Bürger diese Adresse nicht als den Ausdruck ihrer Gesinnungen betrachtet, geht theils aus der geringen Zahl der Unterschriften, theils aus dem Ergebnis der in diesen Tagen stattgehabten Ergänzungswahlen zu der Stadtverordneten-Versammlung hervor. Die liberale Partei hat unter 6 Wahlen 5 ihrer Kandidaten durchgesetzt. Dazu sind die Stadtverordneten aus dem Mittelstande, welche früher zwar die liberalen Anträge der Versammlung unterstützten, aber ihren Liberalismus vergaßen, sobald er ihren Vortheil zu beeinträchtigen drohte, durch unabhängige Männer ersetzt, welche hoffentlich politisch gebildet und energisch

auf dem Kampfsplatze zu erscheinen. Der Liberalismus mündet in der Demokratie und die Demokratie wird die sozialen Probleme lösen. In England ist der Sieg der Demokratie nahe, in Frankreich und Belgien sammelt die Demokratie ihre Kräfte. Sogar in Baden geht jetzt aus dem bürgerlichen Liberalismus und Radikalismus eine demokratische Partei hervor. In Italien dagegen, wo die Sache erst beginnt, steht die Bourgeoisie in den vordersten Reihen der Kämpfer.

genug sind, um nicht einem kleinen Lokalinteresse alle Gesinnung zum Opfer zu bringen. Der einsichtsvollere Theil der Handwerker sieht auch wohl ein, daß er durch unabhängige Männer besser vertreten wird. Und so scheiterten denn alle Einflüsterungen der Konservativen von großen Geldsummen, welche die Liberalen für die Verschönerung der Stadt zu verschwenden gedächten, und die Wahlen hatten das obengemeldete Resultat.

Weltbegebenheiten.

10 — 31. Oktober.

Preußen. Die „Köln. Zeitung“ hat sich entschlossen, allzu sanguinische Hoffnungen auf die Entwicklung unserer Verfassung vorerst aufzuheben. Ich weiß nicht, worin diese „sanguinischen Hoffnungen“ bestanden haben. Hat sie darauf gerechnet, daß der König die Gesetzgebung vom 3. Februar wesentlich abändern werde, ehe er von dem entschiedenen Streben des Volkes nach einer solchen wesentlichen Abänderung unwiderleglich überzeugt worden ist, so ist die „Köln. Zeitung“ allerdings sanguinischer gewesen, als es sich für ihre sonstige Pedanterie, Schwerfälligkeit schickt. Das Gouvernement strebt ersichtlich dahin, sich eine ständische Partei zu bilden, welche nicht nur ihre eigenen Interessen verträte, sondern auch die Meinungen, welche das Ministerium auf dem Landtage vertrat. Der König hofft in seiner Antwort an die kurbrandenburgischen Ritter, „daß der Geist des alten deutschen Lebens (der diese Partei beseelen soll) auch lernen wird, mit der Waffe des Wortes zu kämpfen gegen den der Zeittheorien.“ Bisher ist der Geist des alten deutschen Lebens eben nicht glücklich gewesen in der Handhabung der Waffe des Wortes, hat deshalb auch meistens andere Waffen vorgezogen; nach den Beobachtungen, welche ich über den Geist der Wähler und Gewählten habe machen können, scheint es mir unzweifelhaft, daß dieser Geist des alten deutschen Lebens der liberalen Opposition auf dem nächsten Vereinigten Landtage keinen stärkeren Widerstand wird leisten können, als auf dem ersten. Aber der König ist anderer Ansicht; er erklärt die liberale Opposition nur für eine „Fraktion“ des Landtages und „der geringe Widerstand, den sie dort fand, hat ihn nicht irre gemacht über den Widerspruch in That und Wahrheit, den sie in den Herzen der großen Majorität seiner getreuen Stände in und außer dem VersammlungsSaale gefunden hat.“ Der König muß diese Ueberzeugung aus der Adresse kurbrandenburgischer Ritterschaft, welche besonders durch den frommen Prof. Hengstenberg veranlaßt worden ist, und ähnlichen Zuschriften, an denen es gewiß nicht gefehlt hat, geschöpft haben; er muß darin bestärkt sein durch Unterhaltungen mit Einzelnen, wie z. B. mit der Bielefelder Deputation, durch Berichte, welche die zahlreichen den entschieden liberalen Deputirten im Lande dargebrachten Guldigungen für unwichtiger zur Bezeichnung der Volksmeinung hielten, als die spärlichen Festlichkeiten für konservative Abgeordnete. Es ist mit solchen Berichten

eine eigene Sache; sie weichen oft sogar in Kleinigkeiten erheblich von den Wahrnehmungen nicht amtlicher Beobachter ab. Wie dem nun auch sei, es käme darauf an, dem Könige den Beweis zu liefern, daß das Volk wirklich lebendige Sympathien für die entschieden liberalen Deputirten hege. Dazu aber muß das Volk offen und entschieden kund thun, was es wünscht und hofft und will, dazu muß es männlich und konsequent an dem fest halten, was es einmal für recht und wahr erkannt und ausgesprochen hat. Unentschlossenes Schwanken, Heuchelei, oder jene bereitwillige Verläugnung der früher durch Wahlen bethätigten Grundsätze, wie sie sich die Vielefelder Bürgerschaft zu Schulden kommen ließ, müssen das Urtheil trüben und irre leiten. Ich habe im vorigen Hefte behauptet, daß der Landtag an den kleinen Bürgern und Bauern fast spurlos vorübergegangen wäre. Mich würde nichts mehr freuen, als der Beweis, daß ich dem Volke Unrecht gethan, daß ich es durchaus falsch beurtheilt hätte. Dieser Beweis ist im Ganzen leider noch nicht geführt; aber mit wahrer Freude theile ich unseren Lesern ein Faktum mit, welches meine Behauptung für einen Theil des Vaterlandes Lügen straft, von dem man es am wenigsten erwartet hätte. Einige 40 kurmärkische Bauern, an ihrer Spitze den wackern Hrn. v. Holzendorf-Vietmannsdorf, haben sich gedrungen gefühlt, dem Könige ihre Ansichten über die Patente vom 3. Febr. und die Thronrede vom 11. April mitzutheilen, welche freilich von denen in der Adresse der kurbrandenburgischen Ritter verlautbarten himmelweit verschieden sind. —

Wenngleich die Nachricht, daß der westphälische Deputirte v. Bochum-Dolfs wegen seiner ständischen Thätigkeit durch den Regierungspräsidenten von Arnberg, Graf Ikenplitz, vernommen sei, sich bis jetzt nicht bestätigt hat, so hat die Regierung doch an den ostpreussischen Deputirten v. Bardeleben die Fragen gerichtet, ob er die Patente vom 3. Febr. für nicht rechtsbeständig halte, und ob er als Beamter alle Anordnungen und Ausflüsse dieser Gesetzgebung unbedingt ausführen werde? Die erste Frage hat er als Unterzeichner der „Deklaration der Rechte“ natürlich bejaht, weil mehrere Bestimmungen der Patente mit den 1815 und 1820 dem Lande ertheilten und nicht aufgehobenen Zusicherungen unvereinbar wären; in Bezug auf die zweite Frage erklärt er, er würde seinen Abschied nehmen, wenn sein Gewissen mit den Anordnungen seiner Vorgesetzten in Konflikt gerieth und er dieselben nicht durch Vorstellungen ändern könnte. — Raumburg, dessen Stadtverordnete sich bekanntlich beharrlich weigerten, einen Deputirten zum Prov. Landtag zu wählen, weil ein erheblicher Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten von demselben nicht zu erwarten sei, die nur wählten, weil sie mit Verlust der Städteordnung bedroht wurden, hat jetzt eine Petition eingereicht um Aufhebung der Unfähigkeit zu städtischen und ständischen Aemtern, welche in Folge jener Wahsverweigerung über 24 Stadtverordnete verhängt wurde. — In der Antwort auf die Adresse, welche die Raumburger an Hrn. v. Vinde gerichtet hatten, hebt dieser besonders 2 Punkte hervor: 1, das Volk hat gewisse bestimmte Rechte, welche ihm nie ohne Zustimmung seiner Stände entzogen werden können; 2, die einzelnen Provinzen müssen vor Allem ihre Sonderinteressen dem großen Ganzen zu unterordnen wissen, wie die ostpreussischen Deputirten auf dem Landtage bei der Eisenbahnfrage davon ein so glänzendes

Beispiel gaben. Der dritte Satz ist die stereotype, in allen Adressen und Antworten wiederkehrende Form: dann wird Preußen zeigen, daß es noch das alte Preußen (das von 1813? oder 1806? oder 1756?) ist, treu dem Fürsten, unerschütterlich in Behauptung seines Rechts, stark und einig nach außen u. s. w. in bekannter Melodie. — Die „Allg. Preuß. Ztg.“ gibt sich jetzt unendlich viel Mühe, zu beweisen, daß die nächstens zusammen tretenden Provinzial-Landtage kein Recht haben, sich mit der Periodizitätsfrage zu befassen d. h. mit dem Versuche, die regelmäßige Wiederkehr des Vereinigten Landtages zu erwirken, weil sie sich eben nur mit Angelegenheiten der Provinz zu befassen hätten. Aber ist denn diese Periodizität nicht auch für jede Provinz sehr wichtig? Müssen nicht die einzelnen Provinzial-Landtage den aus ihnen gebildeten Vereinigten Landtag mit vertreten, bis er zu einem festgewurzelten, vollständig gesicherten centralständischen Institute geworden ist? Haben nicht die Prov. Landtage seit 1840 sich stets mit solchen allgemeinen Fragen beschäftigt und in der Regel auch Bescheid darauf erhalten, wenn auch abschlägigen? Alle diese nahe liegenden Dinge hob natürlich auch die „Köln. Ztg.“ hervor in einem leitenden Artikel, der fast noch länger und schwerfälliger gewesen wäre, als sie gewöhnlich sind; das ist aber nicht wohl möglich. Die „Allg. Preuß. Ztg.“ wurde aber über die ganze Geschichte so mild und ihre Wildheit so blind, daß sie der „Köln. Ztg.“ grade zu, ohne sich zu schämen, vorwarf: „Sie sehe zu viel auf den Geist — bei der Auslegung der Gesetze!“ Wenn man die „Allg. Preuß.“ in die Hand nimmt, so muß man auf Alles gefaßt sein und darf sich durch einige schallende der Vernunft ertheilte Maulschellen nicht irre machen lassen; aber der „Köln. Ztg.“ vorzuwerfen, sie mache zu sehr in Geist, das ist selbst in der „Allg. Preuß.“ noch nicht dagewesen und selbst ihr nicht zu verzeihen. Was zu arg ist, ist zu arg. — Hr. Lauterbach, der Polizeipräsident von Königsberg, der auf Auerwald's Antrag aus dem Kasino austreten mußte, dessen Abwesenheit die Landschaftsräthe zur Bedingung ihrer Anwesenheit bei dem Diner des Oberpräsidenten machten, scheint von der Klage, welche viele der 138 Deputirten gegen ihn wegen grober Injurien erhoben haben, ziemlich leicht abzukommen. Das Kriminalgericht zu Königsberg hat nämlich eine fiskalische Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Der schlesische Deputirte Milde wollte dagegen auf dem Wege des Civilprocesses gegen ihn vorschreiten, wurde aber vom Gericht bedetert, der Civilprozeß sei nicht zulässig, weil einmal die fiskalische Untersuchung eingeleitet sei; die beleidigten 138 Deputirten, die Unterzeichner der Deklaration, die Hr. Lauterbach „hochverrätherische Schurken“ nannte, seien wie eine Korporation oder Gemeinde zu betrachten und könnte daher nicht jeder einzeln für ihre gekränkte Ehre auftreten. Dadurch wird die Sache für Hrn. Lauterbach sehr leicht; er wird vielleicht zu 100 Thlr. Geldstrafe verurtheilt, was auf die gekränkte Ehre jedes einzelnen Deputirten etwa 20 Sgr. macht. —

Das Obergensurgericht, die höchste zum Schutz der Presse eingesetzte Behörde, streicht jetzt häufig Artikel, welche einzelne Lokalcensoren ohne Bedenken passiren ließen. So wurde z. B. auch die Beschwerde der „Köln. Ztg.“ gegen ihren Censor, welcher das bereits in anderen rheinischen Zeitungen (auch im vorigen Heft dieser Bl.) mitgetheilte Manifest der Ver-

sammlung in Offenburg gestrichen hatte, vom Obergensurgericht verworfen. Dergleichen Fälle sind öfter vorgekommen; so unmöglich ist es, die Censur gleichmäßig zu handhaben. — Uebrigens ist man in den Kreisen der Bureaukratie noch immer der Ansicht, daß ein ehrbarer und solider Mann, geschweige denn ein Beamter, sich Anstands halber nicht mit der fatalen Presse einlassen dürfe, obgleich auch die höchsten Beamten stellenweise sich „thatsächlicher Berichtigungen“ nicht „enthalten“ können, wovon der Oberpräsident Flottwell kürzlich in der „Köln. Zeitung“ in Bezug auf eine Korrespondenz über den Bielefelder Garnisonwechsel ein staunenwerthes, glänzendes Beispiel lieferte. Der Magistrat zu Königsberg hatte sich über Hrn. Lauterbach beschwert, weil dieser bei einer Feuersbrunst an einem Sonntage während der Kirche der Löschmannschaft das Arbeiten verboten hatte. Das Ministerium weist die Beschwerde ab, weil sie auf einem „Mißverständnis“ (wo so?) beruhte, erteilt aber beiden Parteien einen Verweis, weil sie sich in ihren Differenzen der Presse bedient hatten, „welches die nothwendige Achtung des Publicums vor ihnen zu schmälern geeignet sei!“ Was geht es die Bürger an, ob der Polizeipräsident das Löschen verbietet, ob er so oder so handelt? Darum haben sie sich nicht zu kümmern; das wird auf dem dienstlichen Wege abgemacht. — Nidecki, früher im Dienste des bischöflichen Vikariats zu Breslau, hatte diese Behörde heftig angegriffen wegen ihrer Verwaltung von Stiftungsgeldern und hatte dieselbe als „frevelhafte Betrügerei“ bezeichnet. Das Gericht ließ die Einrede der Wahrheit nicht zu, obgleich es selbst eine „mangelhafte Verwaltung der Stiftungsgelder“ anerkennt. Nidecki wurde wegen Injurien zu 3 Monat Gefängniß verurtheilt; er erhielt aber noch 1½ Monat als Zugabe wegen Pasquills, „weil er Dinge, die nicht vor die Oeffentlichkeit gehörten (in Bezug auf jene Verwaltung), durch die Presse, im „deutschen Zuschauer“ veröffentlicht habe.“ So spricht der Präsident des öffentlichen Gerichts zu Breslau. Kann man sich da noch wundern, daß Bielefelder Stadtverordnete einem ihrer Kollegen Vorwürfe machen, weil er die Vorgänge in der Versammlung Anderen mitgetheilt habe, obgleich das Kollegium längst auf Oeffentlichkeit seiner Sitzungen angetragen hat? — Heinrich Simon's Prozeß wegen seiner bekannten Schrift über die Patente vom 3. Februar „Annehmen oder Ablehnen“ ist noch immer nicht entschieden. Simon hatte den Präsidenten des Breslauer Obergerichts, Hrn. Starke, perhorreszirt, weil er nach dem Verfahren desselben bei der Voruntersuchung in ihm keinen unparteiischen Richter zu finden hoffen könne. Der Justizminister, Hr. Uhden, weist dieses Perhorreszenzgesuch zurück. Simon protestirt aber gegen des Ministers Kompetenz in dieser Sache; er grade habe Hrn. Starke theilweise die Befehle erteilt, wegen deren Ausföhrung Simon ihn perhorresziren müsse; Simon habe Hrn. Uhden selbst schon wegen seiner Einwirkung auf die Untersuchung angegriffen, deshalb könne derselbe nicht Richter in eigener Sache sein. — In Berlin hat das Gericht kürzlich einen jungen Menschen wegen eines in der Kirche verübten Taschendiebstahls zu 18 Jahr Strafarbeit verurtheilt; es erklärte diesen Diebstahl für Kirchenraub (!), obgleich sonst Jedermann unter Kirchenraub nur die Entwendung von Sachen versteht, welche der Kirche gehören, welche man für heilig hält, auf

deren Entwendung man deshalb eine viel schärfere Strafe setzt, als auf die Entwendung profaner Gegenstände. —

In Erwägung der großen Noth während des letzten Frühjahrs sind alle diejenigen begnadigt, welche sich Diebstähle von Lebensmitteln und Brennmaterial, kleine gemeine Diebstähle, selbst mit Einbruch, Betrug, Unterschlagung, Veruntreuung, Versehung und Verkauf fremden Eigenthums, sofern der gesuchte Gewinn nicht über 5 Thlr betrug, Bettelrei und Landstreicherei haben zu Schulden kommen lassen. Ein Korrespondent der „Deutschen Zeitung“ ist außer sich vor Entsetzen über diese Amnestie; grade in Zeiten der Noth, meint er, müßten die Eigenthumsgesetze am strengsten aufrecht erhalten werden, damit der Arme, wenn er sich erhöbe, nicht etwa ein Recht dazu zu haben vermeinen; dem Korrespondenten ist bei dieser Amnestie zu Muth, wie einem Passagier, wenn der Kapitain das Schiff anbohrt. Wir haben keine Sympathien für die angstvollen Ansichten dieses Organes des vornehmen Konstitutionalismus, welches kürzlich auch eine Entschuldigung für nöthig hielt, als es sich der unthätigen deutschen Diplomatie gegenüber eines von der französischen Polizei zu Paris mißhandelten Deutschen annahm, der freilich nur ein armer Teufel, aber doch auch so zu sagen ein Mensch und ein Deutscher sei. Wir sehen nur mit Erstaunen, daß die Amnestie der verurtheilten Tumultuanten gar nicht erwähnt. Glaubt man noch immer, daß diese Tumulte nur durch bösen Willen und destruktive Tendenzen und nicht größtentheils durch die bitterste Noth entstanden seien? —

Uhlich ist suspendirt. Der Kirchenvorstand, der Magistrat als Patron seiner Pfarre hatte stets für Uhlich gesprochen und ihm die wärmste Anhänglichkeit bewiesen. Nach der Suspension kam natürlich auch zur Sprache, ob man nicht en masse aus der Kirche austreten wolle. Einer aber nannte das gar eine Revolution und man beschloß, den König vorläufig — um einige liturgische Erleichterungen zu bitten. Man muß gesehen, das Kirchenregiment kennt seine Leute; die Unentschlossenheit und Schlaffheit des deutschen Spießbürgers sind das sicherste Fundament für jede amtliche und hierarchisch-inquisitorische Unmaaßung und Ueberschreitung. Freilich muß man auch erwägen, daß durch allerlei Kosten (mehrere Thaler) der Austritt aus der Kirche erschwert ist, wodurch in Halle besonders viele ärmere Leute davon abgehalten werden, daß die Austretenden Kirche und Kirchenvermögen den Zurückbleibenden überlassen müssen. Die Lichtfreunde, welche so viel Gewicht auf die Religion legen, können jetzt nicht mehr umhin, den entscheidenden Schritt zu thun. Die materiellen Nachtheile müssen sie tragen. Nur müssen sie eine Haltung annehmen, welche ihnen die durch das Dissidentengesetz verkümmerte Ausübung bürgerlicher und politischer Rechte ungeschmälert erhält! —

Der Polenprozeß schleppt sich langsam fort; selbst die Gruppe der Posener Angeklagten, die einzige, die aktiv geworden war, konnte das Interesse nicht sehr in Anspruch nehmen. Man denke nur, 16 jährige Knaben, Tertianer, Sekundaner stehen als Hochverräter vor den Schranken des Gerichts! Nachträglich kommen noch allerlei Aufklärungen über Angaben und Geständnisse russischer und österreichischer Gefangener. Oesterreich berichtet an Rußland, Graf Wiesiolowski habe ausgesagt, ein Russe,

Ramienski, sei der Verfasser der „Lebensfragen.“ Ramienski wird eingezogen und gesteht die Autorschaft zu; er gesteht auch, daß er den „demokratischen Katechismus“ verfaßt habe. Jetzt ergibt sich, daß der Verfasser der ersten ein Emigrant Saniewski, des letzteren der in Lemberg gehängte Wisniowski ist. Was aus Ramienski geworden ist, weiß ich nicht; Tod durch die Knute oder Sibirien wird sein Loos gewesen sein.

Der preussische Gesandte zu Paris, Hr. v. Arnim, weigerte sich kürzlich, der Frau Herwegh ihren schweizerischen Paß nach Berlin, wo ihre Eltern wohnen, zu visiren. „Herwegh und seine Frau würden wohl wissen, sagte er, warum sie keinen Paß verdienten.“ Als ob die Ertheilung des Passes, also der staatliche Schutz eine Gefälligkeit und nicht eine Pflicht des Staates wären! Diese Strupulösität gegen eine Dame sollte man kaum einen österreichischen Mauthbeamten, viel weniger einem uckermärkischen Granden zutrauen. Frau Herwegh reiste trotzdem mit ihren Kindern nach Berlin. Daß sie aber dort unangefochten weilt, ist nicht etwa, wie die „Vosß. Ztg.“ meint, eine Widerlegung jener Weigerung des Hrn. v. Arnim, sondern das beweist nur, daß die Berliner Polizei galanter und vernünftiger ist, als der Herr Gesandte. —

Hamburg. Ein Bürger hatte eine Broschüre drucken lassen, ohne sie vorher der Censur vorzulegen. Er weigerte sich aber, die deshalb über ihn verhängte Geldstrafe zu zahlen, weil die Censur in Hamburg ungesetzlich sei. Die bestehende Censurordnung sei nur eine polizeiliche Verfügung, welche, wie jedes andere Gesetz, erst rechtliche Kraft erhalte, wenn die Bürgerschaft sie sanktionirte, was bis jetzt nicht geschehen sei. Recht mag der Mann haben, — aber zahlen wird er müssen. Die Censur ist in ganz Deutschland eine Ausnahmemaafregel, da bekanntlich in der deutschen Bundesakte § 18 Pressfreiheit zugesichert ist.

Sachsen. Es gab eine Zeit, wo gutmüthige Leute Sachsen für das liberale Land par excellence ansahen; die gegenwärtige Regierung hat ihr Möglichstes gethan, um dieses irrhümliche Vorurtheil zu beseitigen. Sie sucht nicht einmal den Schein des Liberalismus zu retten, indem sie sich, wie das Ministerium Bött in Baden, eine Partei aus s. g. liberalen Büreauratzen bildete; sie stützt sich vielmehr offen auf den Konservatismus des Adels und der Geistlichen. Ebenso wenig ist Hr. v. Falkenstein darauf bedacht, seinen Maaßregeln gegen die Presse irgend ein liberales Mäntelchen umzuhängen. Der Dr. Schaffrath ist zum Stadtrichter gewählt, das Ministerium versagt unter Hinweisung auf seine Rechtsgrundsätze und sein politisches Verhalten, unter Bezugnahme auf Denunziationen und Verdächtigungen dieser Wahl seine Bestätigung. Aus ähnlichen Gründen ist in diesem letzten Jahr bereits **sieben** städtischen Wahlen freisinniger Männer die Bestätigung versagt! Uebrigens hat die konservative Partei in der Kammer durch den Austritt des gewandten Hrn. v. Thilau (weiland liberal) einen empfindlichen Verlust erlitten, während die Liberalen sich in den Wahlen zu verstärken scheinen und namentlich auch Robert Blum einen Platz in der Kammer zu verschaffen hoffen. —

Baiern. Wir haben schon im vorigen Hefte angeführt, daß die Kammer in ihrer Adresse alle die Ansprüche erwähnt und empfohlen hat,

welche der konstitutionelle Liberalismus als Stichworte zu gebrauchen pflegt. Sie fährt fort, Anträge ähnlicher Tendenz zu stellen. Die Kammer der Reichsräthe hat beantragt, daß in ihren Verhandlungen künftig auch die Redner namentlich aufgeführt werden sollen. Hr. Edel beantragt in der II. Kammer, um einem Nothstande, wie er voriges Jahr das Land drückte, künftig vorzubeugen, ein nationales Schutzollsystem, Revision der Verfassungsnormen beim Getreidehandel, Beschaffung angemessener Vorräthe für künftige Nothfälle, Sicherung vor Wucher. Professor v. Scheuerl beantragt Aufhebung der Censur für innere Angelegenheiten und der Nachcensur für auswärtige censirte Blätter, unbedingte Ertheilung des Postdebit für alle nicht verbotenen Blätter, während die Regierung bis jetzt nach ihrem Belieben den Postdebit entzog, wenn ihr das Blatt mißlieblich war; (dabei bemerke ich, daß auch in anderen Ländern z. B. in Preußen der Postaufschlag für demokratische Blätter, wie „Deutsche Zuschauer“, „Mannheimer Abendz.“ ungleich höher ist, als für andere Zeitschriften; der „Zuschauer“ kostet durch den Buchhandel bezogen jährlich 6 fl. oder etwa 3½ Thlr., durch die Post bezogen dagegen 10 Thlr. 20 Sgr.! Ebenso die „Mannheimer Abendztg.“) Hr. v. Scheuerl will endlich, daß die Beschlagnahme von Druckschriften nur unter den in § 6 bis 11 der dritten Verfassungs-Beilage enthaltenen Vorschriften erfolgen soll. Dekan Baur, Freiherr v. Closen haben wacker gegen die Censur gesprochen, sie fand keinen Vertheidiger außer dem Pfarrer Kuland. Aber wird eine Bitte der Kammer genügen, um ihren Wünschen Eingang zu verschaffen? Ich zweifle sehr. Hr. Minister von Zenetti behauptet zwar, unter dem neuen Regiment sei noch keinem Blatte, das darum nachgesucht hätte, der Postdebit entzogen, obgleich z. B. sogar die „deutsche Ztg.“ sehr lange darauf warten mußte — wegen zufälliger Verlegung der Akten; er stellt die Nachcensur in Abrede und behauptet, daß die Presse in der Besprechung innerer Angelegenheiten so frei sei, wie noch nie. Für diese Behauptungen erwartet der Minister Glauben zu finden, „denn die Thatsachen, worauf sich seine Behauptungen stützen, hat er zufällig zu Hause gelassen!“ Aber diesen Behauptungen stehen entgegengesetzte Behauptungen entgegen, wie das Leporello-Register von Censurleichen, welches Closen in der Kammer aufrollte. Und Hr. v. Zenetti behauptet ferner mit vielem Pathos, der Verfassungseid, den sie Alle geleistet, bedinge die Nothwendigkeit der Censur! Wie! Sind die Bundesakte und die Verfassung von Baiern, welche Pressfreiheit zusichern, nicht ebenso gut beschworen, als die Verfassungsbeilagen, welche die Censur anordnet? Besteht nicht die Bundesakte noch zu Recht mit ihrem §. 18? Unter solchen Umständen halten wir die vertrauensvolle Bitte der Stände um Erleichterung der Presse für eine Halbheit und Schwachheit, die zu Nichts führen wird. Hätte sie männlich die Pressfreiheit als ein verfassungsmäßiges Recht jedes Deutschen in Anspruch genommen, so würde sich das Ministerium eher zu Zugeständnissen haben bereit finden lassen.

Hessen-Darmstadt. Obgleich der „Deutsche Zuschauer“ bis jetzt noch durch die Censur verhindert worden ist, auf die Schimpfreden von „Verachtung“ und „Schandartikel“ zu antworten, mit welchen der Graf von Görlich den Artikel des Zuschauers „der Tod der Gräfin von Gör-

lig" (s. Oktoberheft) abzufertigen vermeinte, so hat sich doch der Herr Graf durch die laut und deutlich sich kundgebende Stimme von ganz Deutschland gezwungen gesehen, selbst einen Antrag auf weitere Untersuchung gegen ihn selbst zu stellen. Aber dieser Antrag wurde bei demselben Gerichte gestellt, welches schon früher trotz der Verdachtsgründe des Untersuchungsrichters eine Untersuchung für überflüssig hielt. Das Darmstädter Gericht lehnt auch jetzt den Antrag ab, wenn der Herr Graf nicht selbst weiteres Material zur Untersuchung beibringen könne! Wahrlich, diesem Bescheide wird eine Säule gesetzt werden in den Annalen der deutschen Gerechtigkeitspflege! Was! Ein Mann, den die öffentliche Meinung, die Presse, der Untersuchungsrichter selbst mit schwerem Verdachte belasten, soll selbst weiteres Material zur Begründung dieses Verdachtes beibringen, sonst kann ihm die Wohlthat einer Untersuchung nicht gewährt werden! Offenbarer ist die Rechtspflege, die Stimme des Volkes, welche Gerechtigkeit forderte, noch nie verhöhnt, als in diesem Bescheide des Darmstädter Gerichts. Fast sollte man schließen, daß ein Georgi keine Abnormität in der hessischen Bürokratie sei. —

Hr. v. Linde, der bekannte Jesuitenfreund, ist als Mitglied des Ministeriums des Innern und der Justiz, als Direktor des Oberstudienrathes quieszirt, nicht ohne den Dank seines Fürsten für geleistete Dienste zu empfangen; auch ist er Kanzler der Landesuniversität Gießen geblieben. Sein Nachfolger im Oberstudienrathe ist Lindelof, im Ministerium Frank, beide von derselben Richtung, wenn auch nicht von derselben Schlaubheit und Energie, wie Hr. v. Linde. Das System des Ministers du Teil bleibt also vorläufig noch unerschüttert. Wir werden sehen, was die Kammer thut und was sie durchzusetzen vermag. —

Die „Deutsche Zeitung“ meldete eine schauerhafte Geschichte von der grausamen und hinterlistigen Verwundung eines Wilddiebes, welche demselben trotz seines Flehens von dem Jäger des Grafen Erbach auf dessen Befehl beigebracht wäre. Eine spätere Korrespondenz gibt zwar die Verwundung zu, stellt aber die empörenden Nebenumstände in Abrede und versichert, der Korrespondent werde vor Gericht gezogen werden. Wir werden auf den Verlauf dieser Geschichte achten; unter dem Schutze des Jagdrechts passiren in unserem gebildeten Vaterlande noch oft genug Grausamkeiten.

Baden. Die demokratische Partei, welche in dem mitgetheilten Pfaffenburger Manifeste ihr Programm und ihr politisches Glaubensbekenntniß abgegeben hat, tritt immer entschiedener und mit immer besserem Erfolge hervor. Die Wahl der demokratischen Kandidaten Hecker, Rindeschwender, Soiron, Rapp, Brentano scheint gesichert zu sein. In Mannheim setzten die „Bürger im engeren Sinne“ die „Liberal-Konserpativen“ vergebens Alles in Bewegung, um die Wahlen nach ihrem Sinne zu leiten. Nur in 4 Wahlbezirken stegten sie; im zweiten hatten sie noch dazu 82 Unteroffiziere stimmen lassen, von denen höchstens 35 wahlfähig waren. Der Bürgermeister protestirte dagegen, sonst ließ man die Sache beruhen, weil der Sieg in allen übrigen Wahlbezirken den Radikalen verblieb. Die „Bürger im engeren Sinne“ entblödeten sich aber nicht, eine lange Jerezmiade resp. Denunziation wegen Beschränkung der Wahlfreiheit, Mißhandlungen durch die Radikalen vom Stapel zu lassen und das großherzogliche

Stadtamt erklärte die Klagen für theilweise begründet, obgleich der Bürgermeister durch Zeugen bewies, daß sie rein aus der Luft gegriffen seien. Wer das Treiben des „Mannheimer Morgenblattes“ und seiner Patrone, der H. Adrian und Berberich nur etwas kennt, der wird sich über dergleichen Lügen und Verläumdungen nicht wundern. Die Kammer wird aber auch diesmal schwerlich zu kräftigen demokratischen Beschlüssen geneigt sein. Wahrscheinlich wird Mittermaier wieder Präsident; dann erhalten wir nach allerlei Plänkeleien wieder kleine Konzessionen des liberal-bürokratischen Ministeriums Bekk an die vornehme konstitutionelle Partei, um das doktrinaire Juste-Milieu, dessen Wortführer in der Kammer Mittermaier, Bassermann, Mathy und a. sind, dessen Organ die „deutsche Zeitung“ von Gervinus ist; aber energische volksthümliche Maßregeln haben wir dann schwerlich zu erwarten. Uebrigens haben sich Notable dieser Partei, aus Deputirten aller konstitutionellen Länder bestehend, kürzlich in Heppenheim versammelt; um in die konstitutionellen Bestrebungen aller deutschen Kammern Einheit zu bringen, haben sie sich näher besprochen über die Nothwendigkeit einer Vertretung des deutschen Volkes bei'm deutschen Bunde und bei'm Zollverein (durch Notable), über Pressefreiheit, Jury, Trennung der Verwaltung von der Administration, Verminderung der stehenden Heere, Befreiung des Bodens von allen noch übrigen Feudallasten, Selbstverwaltung der Gemeinden und dgl. Diese Dinge sollen in allen deutschen Kammern beantragt werden. Sie haben einen Ausschuß erwählt, bestehend aus den H. Hansemann (Preußen), Bassermann und Mathy (Baden), v. Gagern (Darmstadt) und Hergenbahn (Rassau). Diese sollen die konstitutionellen Bestrebungen in einheitlicher Verbindung erhalten, künftig nothwendige Maßregeln vorbereiten und der Versammlung im nächsten Jahre, bei der auch Nicht-Deputirte sollen eingeführt werden können, einen Bericht über die Lage der arbeitenden Klassen abstaten, die man dann ohne Zweifel auf ein nationales Schußsystem vertrösten wird. Das wäre nun Alles recht schön und wir wollen auch jene Anträge natürlich mit allen unseren Kräften unterstützen;

Deutschland war wieder mit dem Schauspiel der Ausweisung eines Deutschen aus einem deutschen Vaterlande bedroht. Hoffmann v. Fallersleben, der sich in Mannheim aufhält, erhielt die Weisung, Baden binnen 24 Stunden zu verlassen; doch war Hr. Bekk „liberal“ genug, diese Ausweisung auf persönliche Verwendung Jhssteins wieder zurückzunehmen. — Der Buchhändler Hoff ist von der Anklage auf Majestätsbeleidigung wegen zweier in einem bei ihm erschienenen Liederbuche enthaltenen Gedichte von Forster und Follenius freigesprochen. —

Schweiz. Unsere Korrespondenz erzählt, wie die Radikalen in St. Gallen und Graubünden die Majorität für bewaffnete Exekution gegen den Sonderbund erhielten, wie die Waadtländer auf dem Neuchâtel-See gegen Freiburg kreuzten. Unterdessen trat die Tagsatzung wieder zusammen. Als letzter Versuch, die Streitpunkte auf friedlichem Wege zu schlichten, erließ die Tagsatzung eine versöhnliche Proklamation an die Sonderbundskantone und schickte eidgenössische Kommissare in dieselben, um sie zum Gehorsam gegen die legale Behörde zurückzuführen. Der Erfolg war vorauszusehen. Die Kommissare wurden mit frostiger Höflichkeit betkomplimentirt,

aber strenge beobachtet; man erklärte ihnen von vornherein, sie könnten mit keiner Behörde verhandeln, da die Tagsatzungsgesandten der Kantone ganz im Sinne der Regierungen gesprochen und gestimmt hätten. Mit Ausnahme Zug's verboten die Sonderbunds Kantone das Lesen und Verbreiten der Tagsatzungs-Proklamation bei schwerer Strafe. Jetzt war das Maaß gefüllt. Die Tagsatzung wählte den Oberst Dufour von Genf zum Obergeneral und stellte ihm 50,000 Mann zur Verfügung. Dufour ist kein Radikaler und die Radikalen hätten wohl die Wahl Rilliet-Constant's oder Ochsenbein's lieber gesehen; aber Dufour ist ein erfahrener Genieoffizier, der schon unter Napoleon kommandirt hat, ein wackerer Degen und ein braver Mann, der sicher seinen Auftrag nach besten Kräften erfüllen wird. Er hat sich auch bei der Wahl der Divisionäre nur von der militairischen Tüchtigkeit, nicht von der Parteistellung leiten lassen. Das ist wohl recht; aber mit Verwunderung sehen wir doch den erkonservativen Oberst Ziegler von Zürich unter den Divisionären, dem seine „Ehre“ nicht erlaubte, neben dem Bundespräsidenten Ochsenbein im Kriegsraath zu sitzen, weil derselbe früher die Freischaaren kommandirt hatte. Ochsenbein hat kein Kommando, ist nur Präsident des Kriegsraathes. Der Sonderbund hat seiner Seits auch seine Truppen aufgeboten, den Hrn. v. Salis-Soglio zum Obergeneral ernannt und dieser, ein Protestant, setzt in seiner Proklamation Himmel und Hölle in Bewegung, um die Urkantone im Namen ihrer gefährdeten (katholischen) Religion zu fanatisiren. — Als man sich nun so bewaffnet gegenüber stand, als Luzern schon die Auslieferung eidgenössischer Lazaretheffekten verweigert hatte, was der Gesandte, Hr. Bernhard Meyer, auf der Tagsatzung mit gewohnter Unverschämtheit damit entschuldigte, daß die Wegführung gleichsam „diebischer Weise“ — auf einigen 40 Wagen! — hätte geschehen sollen, da mochte den jesuitischen Machthabern doch wohl etwas bange werden bei der Machtentwidelung der Radikalen. Alle Lügen, die sie über die Feigheit derselben und die Zerwürfnisse in ihrem Lager verbreitet hatten, wurden von der fröhlichen und entschlossenen Haltung der radikalen Truppen glänzend widerlegt. Alle Putschversuche, welche sie gegen die St. Galler und Aargauer Regierung im Toggenburg und im Freiamt anzettelten, scheiterten an der Wachsamkeit der Radikalen. Alle Wühlereien und Verdächtigungen, welche die guten Freunde der Jesuiten, die Liberal-Konservativen in Zürich unter Hrn. Bluntschli zur Schwächung der Radikalen versuchten, wurden von der Regierung energisch unterdrückt; sie ließ den Redakteur der liberal-konservativen „Eidgenössischen Zeitung“ vor Gericht stellen wegen Aufreizung zur Auflehnung gegen die Regierung. Dagegen gingen Liberale aus Luzern und den Urkantonen massenweise zu den Radikalen über; zwei Bataillone im Unterwallis mußten wegen ihres antisonderbündlerischen Geistes wieder aufgelöst werden; die Milizen des Bezirks Murten im Kanton Freiburg weigerten der Regierung den Gehorsam und wollten nur unter eidgenössischer Fahne fechten.

Ingefihrts dieser Thatsachen begehrtten die Sonderbundsgesandten auf Zug's und Freiburg's Betrieb auf's Neue zu unterhandeln. Die Radikalen boten bereitwillig die Hand. Die 7 Kantone wollten auf den Sonderbund verzichten; als sie aber dagegen verlangten, die Tagsatzung solle

von der Entfernung der Jesuiten absehen, als sie die alte längst abgethane Aargauer Klostergeschichte wieder aufrührten und die Wiederherstellung dieser aufgehobenen Klöster forderten, als sie gar vor allen weiteren Unterhandlungen die gegenseitige Entwaffnung verlangten, da wurde es auch dem Geduldigsten klar, daß mit diesen Leuten nicht zu unterhandeln sei, daß sie nur Zeit gewinnen und keineswegs Zugeständnisse machen wollten. Nach der energischen Rede Furrer's von Zürich sah Jeder in den s. g. Vermittlungsanträgen die Perfidie der Jesuiten und sie wurden mit den gewöhnlichen 12½ Stimmen verworfen. Darauf verlas Hr. Meyer von Luzern eine Erklärung des Sonderbunds = Gesandten; sie alle verließen den Saal um an den Verhandlungen der Tagsatzung nicht weiter Theil zu nehmen, und reisten unverzüglich ab. Somit scheint der Kampf unvermeidlich. In der That, zwischen der liberalen Schweiz und den unglaublich verbummten und bigotten Urkantonen ist erst nach dem Kampfe eine Verständigung möglich. Die jesuitischen Machthaber haben das Volk furchtbar fanatisirt; sie erzählen die abentheuerlichsten Geschichten von den Radikalen, die sie als Wahnsinnige (Dachsenbein ist nach ihnen in's Irrenhaus gebracht), als eitel Teufel in Menschengestalt verschreien. Kein anderes Zeitungsblatt wird in's Land gelassen. Erst wenn die armen Verführten sehen, daß die Amulette von Leu's Hemden (seine Garderobe ist so uner schöpfl ich, daß aus dem Verkauf dieser Hemdsephen ein hübscher Beitrag zu den Kriegskosten gezogen wird), sie nicht hieb- und kugelfest machen, erst wenn sie sehen, daß die Radikalen wackere Schweizer und keine Kanibalen sind, erst dann werden ihnen die Augen über ihre Verführer aufgehen, erst dann werden sie unterhandeln. Die Radikalen müssen von den Urkantonen die Achtung, welche sie bei ihnen durch die mißlungenen Freischaarenzüge verloren, auf dem Schlachtfelde wiedergewinnen; aber wie viele Opfer wird die gegenseitige furchtbare Erbitterung erst noch fordern? Wehe denen, die daran Schuld sind! —

Neuchâtel will neutral bleiben; wenn aber die Bundesbehörde den Krieg beschließt, so kann sie keine Neutralität anerkennen, sondern muß das Bundeskontingent fordern. An fremde Intervention denkt Niemand mehr. Frankreich hätte zwar Oesterreich gern dazu verleitet, um dasselbe in der Schweiz verhaßt zu machen und um sich freie Hand in Spanien zu erhalten; Louis Philipp selbst konnte natürlich nicht daran denken, der öffentlichen Meinung durch eine Intervention zu Gunsten der Jesuiten Trost zu bieten. Das geht in Frankreich nicht und er beschränkte sich daher auf heimliche Waffenlieferungen. Aber auch Oesterreich hat erklärt, daß es neutral bleiben wolle. So mögen denn die Waffen entscheiden, ob die Ideen des 19. Jahrhunderts den neuen Schweizerbund durchdringen oder ob die schönen Thäler, von den Talaren der Jesuiten bedeckt, in die barbarische Nacht vergangener Jahrhunderte zurückgeworfen werden sollen! Der Kampf wird blutig sein, — aber der Ausgang ist nicht zweifelhaft. Das Jahrhundert wird siegen! —

Holland. Von der Schweiz nach Holland, das ist heuer ein Sprung aus dem Glühofen in eiskaltes Wasser. Von den reinen glänzenden Firnen in Niederland's Sümpfe! Aber was hilft's? Wir müssen uns auch dort umsehen. Die Kammern sind eröffnet. Der König sagt in der

Thronrede: „er habe sich von der Nothwendigkeit überzeugt, den Bestimmungen des Grundgesetzes, welche sich auf das Stimm- und Wahlrecht beziehen, größere Klarheit zu geben. Schon früher habe er gesagt, er würde nicht zögern, wenn er erst die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, das Grundgesetz zu ändern, gewonnen habe. Er erwarte die Vorschläge der edelmögenden Herren und werde auch Anträge vorlegen lassen.“ Fünfmal sind die von der Regierung vorgelegten Entwürfe des Wahlgesetzes verworfen, ehe sie sich zur Abänderung des Grundgesetzes entschloß. Man sollte nun denken, die Kammer hätte sich nach dieser offenen Sprache beeilt, die Wünsche des Volkes nach einer vollständigen und liberalen Reform des Grundgesetzes eben so freimüthig an den König zu bringen. Gott bewahre! Mit dieser Kammer ist ein liberaler Fortschritt ebenso unmöglich, als mit diesem Ministerium. Das Ministerium hält sich fern von der Adressdebatte, weil es den Reformabsichten feindlich ist. Die Kammer laßt es nicht einmal zum Erscheinen ein, obgleich Aufklärungen über die in der Thronrede verheißene Ausdehnung der öffentlichen Arbeiten zur Linderung der Noth zugleich mit Verminderung der Staatsschuld höchst nöthig sind. Die Adresse ist eine farblose Umschreibung der Thronrede. Die Majorität der Kammer ist selbst der Wahlreform abgeneigt, weil sie fürchtet, daß damit auch der Nepotismus, das Monopol der Ehren und Stellen und fetten Pfründen zu Grabe getragen werden möchte.

Charakteristisch für die Moralität der holländischen Bureaucratie ist eine Bekanntmachung des Finanzministers, „nach welcher Steuer und Zollbeamte bei gesetzwidrigen Forderungen und Einnahmen forthin auf keine Schonung zu rechnen hätten.“ Bislang war man also gutmüthig gewesen, offensbaren Betrügereien und Erpressungen durch die Finger zu sehen. Clericus clericum non decimat. —

Frankreich. Die französische Staatskunst ist zu einer jämmerlichen Familienpolitik zusammengeschrumpft; um der Interessen seines Hauses willen umstrickt der bürgerlich sittsame Familienvater Louis Philipp die unschuldige Isabella mit Intriguen; um für diese Intriguen in Spanien freie Hand zu behalten, sympathesirt er in der Schweiz und Italien mit Oesterreich und den Jesuiten, wie sehr der „National“ auch über diese unwürdige Rolle Frankreichs knirscht. Frankreich, welches man als den Heerd und den Hort der Freiheit, als den Pfortner der Weltgeschichte ansehen mußte, ist jetzt durch seine Regierung mit geistlicher und weltlicher Reaktion verpuffelt! Wahrlich, es ist nicht bloß eine leere Form, wenn jetzt auf allen Reformbanketten, die noch immer zahlreich gefeiert werden, der Toast auf den König weggelassen wird. Louis Philipp irrt sich sehr, wenn er glaubt, daß seine Handlungsweise die Interessen seines Hauses gefördert habe.

Außer dieser reaktionären auswärtigen Politik verzeihen ihm die Franzosen am wenigsten die offenbar ungesegliche Begünstigung der geistlichen Stiftungen und Klöster. Frankreich hat jetzt mehr Klöster, als es 1789 hatte. Durch die anstößigsten Mittel, durch Erbschleichereien jeder Art haben die geistlichen Korporationen einen ungeheuern Reichthum zusammengescharrt; die verbotenen Mönchsorden spreizen sich, wie welsche Fähne.

Hat doch Louis Philipp selbst offiziell das Kloster La Trappe besucht, obgleich es gesetzlich nicht existiren soll! Und im Innern dieser Klöster haufen auch noch, wie immer, Laster und die dummste Bigotterie. In einer Stadt des südlichen Frankreichs sind neulich Mönche angeklagt, ein junges Mädchen in's Kloster gelockt, sie geschändet und nachher grausam ermordet zu haben. In St. Etienne haben Nonnen ein „Zufluchts haus“ angelegt, in welchem man die Moral junger Mädchen durch Ketten, eiserne Halsbänder, Mißhandlungen aller Art, Festhalten gegen ihren Willen zu stärken suchte. Die Justiz folgt dem Beispiel von oben und sieht ruhig zu; das Volk aber, dem die Démocratie pacifique diesen Unfug enthüllte, ist sehr erbittert.

Hr. v. Lamartine hat ein neues Manifest erlassen, in seinem politischen Theile radikal, voll großer Erinnerungen an die Republik, hinreichend, in seinem halb sozialistischen Theile unklar und unausführbar, wie seine Manifeste immer sind. — Viel Aufsehen macht ein im ministeriellen Sinne geschriebenes, von Hrn. Minister Duchatel bestelltes Buch „die Präsidentschaft des Herrn Guizot.“ Dieser aber, der das Buch in der Eile nicht vorher gesehen hatte, ist erschrocken über die allzu große Offenherzigkeit, mit welcher Hr. Duchatel seine reaktionären Regierungsgrundsätze entwickeln läßt. Das „Journal des Débats“ hat also den Auftrag erhalten, das Buch tüchtig mitzunehmen und zu verläugnen.

England. Die Handelskrisis, welche England drückt, lastete natürlich wieder am schwersten auf den Fabrikdistrikten. Daher versammelten sich, wie die Korrespondenz erzählt, in Manchester 40 Arbeiter, die Abgeordneten von 26 Distrikten, um über die Mittel zur Verbesserung ihrer Lage zu berathen. Englische und deutsche Journale erkennen an, daß diese einfachen Arbeiter einen bewunderungswürdigen parlamentarischen Takt und eine tiefe Einsicht in nationalökonomische Fragen, namentlich in das Verhältniß der Arbeit zum Kapital bewiesen hätten; hoffentlich werden sie diese Einsicht bald praktisch bethätigen. —

Die Geldverlegenheit, das Mißtrauen an der Börse wuchs indessen mit jedem Tage, mit jedem Falliment, namentlich als auch einige Banken z. B. in Liverpool ihre Zahlungen einstellten. Erst als die Whigs, denen man in Finanzangelegenheiten nicht viel zutraut, mit Sir Robert Peel Rücksprache genommen hatten, besserte sich der Geldmarkt und die Fonds stiegen; so günstig denkt man von dem finanziellen Talent Sir Roberts, obgleich grade seine Bankbill die Geldverlegenheit soll mitverschuldet haben. Lord John Russell und der Schatzkanzler die gestehen, sich früher gänzlich getäuscht zu haben (die Minister!!) in Folge dieser Rücksprache riefen den Gouverneuren der Bank von England neue Noten, so weit es Bedürfnis sei, auszugeben, ihre Diskontirungen und Vorschüsse auf anerkannte Sicherheiten zu erweitern, jedoch den Zinsfuß auf mindestens 8 Prozent zu setzen, um die Operation in vernünftigen Grenzen zu halten. Sollte dadurch irgend eine Verletzung des Gesetzes entstehen, so würde das Ministerium seiner Zeit eine Indemnitätsbill nachsuchen. —

In Irland ist wieder Alles in der größten Noth und Unordnung. Die Pächter, welche Zins zahlen, werden so gut bedroht und ermordet, als die, welche den Zins nehmen. „Wer den Grundzins zahlt, wird be-

strast bei geringerem Ungehorsam mit Verwüstung seines Eigenthums, sonst mit dem Tode," sagen die Proklamationen der geheimen Gesellschaften und der Erfolg zeigt, daß das nicht etwa eine renommirende Phrase, sondern blutiger Ernst ist. Das englische Ministerium erklärt, es könne Nichts mehr für Irland thun, ohne die arbeitenden Klassen Englands ungebührlich zu belasten; die irischen Grundbesitzer müßten der irischen Noth abhelfen. Diese aber wollen von einem solchen altenglischen Armengesetz Nichts wissen; sie stehen aber zwischen 2 Feuern. Denn ihnen gegenüber stehen wieder geheime Pächterverbindungen (Tommy Downshire), welche die Armensteuer sehr herabsetzen und Jeden, der mehr zahlt, mit dem rothen Hahn bedrohen; was fehlt, sollen die Gutsbesitzer zahlen. Furchtbare Noth und grausame Mordthaten werden auch diesen Winter wieder das grüne Erin verwüsten.

Spanien. Eine Pallastintrigue hat wieder die Lage der Dinge ganz verändert. Narvaez war mit seinen Sünderfuchen zwischen dem Könige und der Königin schmähslich abgelaufen. Aber er ließ sich nicht abschrecken. Er wußte Serrano auf den progressistischen Oberst Gandara eifersüchtig zu machen; dieser um seinen Einfluß nicht zu verlieren, verrieth die Progressisten, überredete die Königin, es sei eine progressistische Verschwörung gegen sie im Werke und brachte Narvaez so an's Ruder. Damit sich aber die Königin mit ihrem Gemahl pro forma wieder versöhnen könne, erhielt Serrano 1,200,000 Fr., wurde zum General-Kapitain von Granada ernannt und somit von Madrid entfernt. Madame Christine Muñoz eilte mit Saft und Paß von Paris herbei, um ferner für Louis Philipp thätig zu sein, der seine Hoffnung für Montpensier's einstige Thronbesteigung auf Isabellen's Kinderlosigkeit stützt. Die Versöhnung kann nicht von Dauer sein. Unterdessen hat Narvaez ein moderatistisches Ministerium zu bilden und hält sich vor der Hand legal. Die Maßregeln des vorigen Ministers Salamanca, Verkauf der Klostergüter und der Proprios (Güter, die bis jetzt von den Municipalitäten verwaltet wurden), Verwendung der Einkünfte der Nationalgüter, der Bergwerke von Almaden zur Zinszahlung der 3 Proz. Nationalschuld, hat Narvaez suspendirt, bis sie die Cortes genehmigt hätten. Außerdem hat er Espartero den Botschafterposten in London angeboten. Dadurch hält er ihn fern von Spanien und setzt ihn in die fatale Situation, entweder durch Nichtannahme den Ruf der Unversöhnlichkeit auf sich zu laden, oder sich moralisch zu vernichten, indem er ein Amt aus der Hand des Mannes annimmt, der ihn aus Spanien jagte. —

Italien. In Rom nähert man sich mehr und mehr den Einrichtungen, welche der Bürgerschaft Antheil an der Verwaltung und Gesetzgebung sichern. Rom hat eine Municipalverfassung erhalten; die Senatoren, welche eine Rente von 200 — 6000 Thlr. haben müssen, haben allerlei Gegenstände der Verwaltung und auch theilweise das Schulwesen unter ihrer Aufsicht. Die Jesuiten verlieren zwar dadurch jährlich 15,000 Studi, machen aber gute Miene zum bösen Spiel und illuminiren ebenfalls, um ihre Theilnahme an dem allgemeinen Enthusiasmus zu bekunden. Der Pabst hat ferner einen Staatsrath eingerichtet, der aus 24 von ihm zu ernennenden Mitgliedern besteht und geistliche Präsidenten und Vice-

präsidenten hat; er soll der Regierung auf ihr Verlangen in Regierungs- und Verwaltungssachen Rath ertheilen, das Budget prüfen und die Ausgabenrechnungen beglaubigen. Das sind kleine Anfänge, aber es geht doch vorwärts. — Der Herzog v. Lucca hat sich aus der Affaire gezogen und sein Ländchen gegen eine bedeutende Summe an Toskana abgetreten. Eine Landschaft aber, welche nach einem alten Erbvertrage an das absolutische Modena fallen soll, will durchaus zu Toskana gehören; so ist hier wieder neuer Stoff zu Reibungen, welche kürzlich in Ferrara in Folge der Mißhandlung eines Bürgers durch einen österreichischen Wachtposten beinahe zu lichten Flammen ausgebrochen wäre. — Aus Neapel sind die Nachrichten noch immer sehr unbestimmt. Die Minister Pietracatella und Santangelo sind für Konzessionen im liberalen Sinne; der König aber, der sich übrigens nie mehr ohne zahlreiche Husarenbedeckung zeigt, will Nichts davon wissen. Daß man in Sizilien und Kalabrien Prämien von 300 Dukaten auf die Einlieferung todter und von 1000 Dukaten auf die lebendige Insurgenten gesetzt hat, ist ebenso gewiß, als daß kürzlich wieder in Reggio, Messina, Gerace und Konzenza gefangene Insurgenten oder sonst Verdächtige erschossen sind.

Oesterreich. Die böhmischen Stände hatten einen Posten von 50,000 fl., den die Regierung für den Kriminalfond forderte, nicht bewilligt, bis ihnen nähere Auskunft über die Verwendung dieser Summe ertheilt sein würde. Das ist ein unbestreitbares Recht der Stände. In der Privilegienbestätigung für Böhmen von Kaiser Ferdinand II., welche jeder Kaiser beschwört, heißt es: „Wir wollen keine Contribution oder Steuern anders von unsern getreuen Ständen begehren, als auf denen Landtagen, und über das, was sie selbst bewilligen, ihnen keine Contribution auflegen.“ So deutlich daraus das Recht der Stände hervorgeht, so gerieth doch die Regierung über die Ausübung dieses Rechts dermaßen in Harnisch, daß sie durch einen Gewaltstreich das ganze ständische Steuerbewilligungsrecht aufhob. Sie befahl dem Oberstburggrafen von Böhmen, Graf Salm-Reifferscheidt, den von den Ständen nicht bewilligten Posten von dem ständischen Ausschusse repartiren, und alle Steuern im Namen der Stände erheben zu lassen. So werden also Steuern, welche die Stände nicht bewilligten, in ihrem Namen exultorisch erhoben. Es heißt auch, daß die Mitglieder der Opposition, Graf Auersberg, Deym ic. von allen ferneren ständischen Berathungen ausgeschlossen werden. Die Stände sind aber entschlossen, diesen offenbaren gewaltthätigen Verfassungsverletzungen energischen Widerstand entgegenzusetzen. So geht Oesterreich durch sein halstarriges, keine Rechte achtendes Festhalten an absoluten Regiment einer stürmischen Zukunft entgegen. Abgesehen von den Verwickelungen in Böhmen, Italien und Ungarn hat es auch Gallizien durch Umwandlung der Krakauer Universität, des letzten wissenschaftlichen Bollwerks der Polen, in eine deutsche tief verwundet; diese Umwandlung erbittert um so mehr, da weder Professoren, noch Studenten deutsch verstehen. —

Nordamerika. Obgleich uns sonst der Raum nicht gestattet, unsere Rundschau bis über den Ozean auszudehnen, so müssen wir doch unsern Lesern die wichtige Nachricht mittheilen, daß die Amerikaner die

Hauptstadt Mexiko mit Sturm genommen haben. Der Kampf war blutig, die Verwüstung durch das Bombardement furchtbar. In den Straßen und Häusern haben die Mexikaner zum erstenmal tapfer gestritten; aber den Amerikanern, die „wie Teufel“ fochten, konnten sie nicht widerstehen. Uebrigens verloren diese gegen 3000 Mann und die Lage des Restes von etwa 4000 Mann in einer großen Stadt mitten in Feindesland ist sehr prekär, wenn nicht bald Verstärkung kommt. Zahlreiche mexikanische Guerrillahaufen stehen noch unter den Waffen, tödten viele Menschen und nehmen manchen Transport weg. Die Amerikaner sehen aber auch jetzt ein, daß sie mit Mexiko nicht durch Unterhandlungen zum Ziel kommen, daß der Krieg nur durch vollständige Eroberung und Kolonisation Mexiko's beendet werden kann. Bisher wollten sie Mexiko durch Milde gewinnen und zahlten z. B. alles, was sie brauchten, baar. Die Summen für den Krieg werden sie aber von jetzt ab durch Kontributionen beschaffen und überhaupt Mexiko als erobertes Land behandeln. Die Texaner waren von Anfang an der Ansicht, man müsse die mexikanische Rasse vertilgen.

A h e d a, den 3. November 1847.

2.

